



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 8. Wahlperiode: 1971/75

(18.5.1972) 15. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

15. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. Mai 1972

Inhalt

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Fachhochschulen der Freien Hansestadt Bremen (Einstellungsvoraussetzungen für die Hochschullehrer)Antrag der Fraktion der FDP
vom 14. März 1972
(Drucksache 8/82)**Fortsetzung der Aussprache**

Abg. Schepers (CDU)	831
Abg. v. Hassel (SPD)	831
Abg. Kähler (SPD) zur Geschäftsordnung	832
Abg. John (FDP) zur Geschäftsordnung	832
Abg. Schepers (CDU) zur Geschäftsordnung	832
Abg. v. Hassel (SPD) zur Geschäftsordnung	833

Arbeitszeit der SozialpädagogenAntrag der Fraktion der FDP
vom 28. März 1972
(Drucksache 8/95)

Abg. Eva Schütte (FDP)	833
Abg. Stichweh (SPD)	833
Abg. Ehlers (CDU)	834
Abstimmung	835

Einsetzung eines nichtständigen parlamentarischen Ausschusses zur Erarbeitung eines Programms und eines Gesetzes betr. UmweltschutzAntrag der Fraktion der CDU
vom 14. April 1972
(Drucksache 8/252)

Abg. Marianne Hänecke (CDU)	835
Abg. Tepperwien (SPD)	836
Abg. John (FDP)	837
Abg. Marianne Hänecke (CDU)	839

Senator für das Bauwesen Seifriz	841
Abg. Ramke (CDU)	841
Abg. Neumann (CDU)	843
Abg. Blöchl (CDU)	844
Senator für das Bauwesen Seifriz	845
Abg. Klein (CDU)	845
Abg. Franke (SPD)	846
Abg. Jackisch (CDU)	847
Abg. Schepers (CDU)	848
Abg. Friedrich Meier (SPD)	849
Abstimmung	849

Einrichtung niedersächsischer Schüler in bremischen GymnasienAntrag der Fraktion der FDP
vom 20. April 1972
(Drucksache 8/256)

Abg. Eva Schütte (FDP)	849
Abg. Dr. Sieling (CDU)	850
Abg. Franke (SPD)	852
Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Thape	853
Abg. John (FDP)	854
Abstimmung	855

Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses zur Förderung der Landesplanung Bremen/NiedersachsenAntrag der Abgeordneten Iversen, Klein und Fraktion der CDU vom 20. April 1972
(Drucksache 8/257)

Abg. Iversen (CDU)	855
Abg. John (FDP)	857
Abg. Kähler (SPD)	857

Abg. Dr. Schäfer (CDU)	858
Abg. Klein (CDU)	859
Abg. Kunick (SPD)	860
Abg. Iversen (CDU)	861
Abg. Kähler (SPD)	862
Abg. Dr. Schäfer (CDU)	863
Abg. Iversen (CDU)	864
Abg. Klein (CDU)	864
Senator für das Bauwesen Seifriz	865
Abstimmung	866

Mitbestimmung an der Universität Bremen

Antrag der Fraktion der CDU vom 2. Mai 1972
(Drucksache 8/260)

Mitbestimmung an der Universität Bremen

Antrag der Fraktion der FDP vom 12. Mai 1972
(Drucksache 8/264)

Drittelparitätische Besetzung der Organe und Gremien der Universität Bremen

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD
(Drucksache 8/266)

Abg. Neumann (CDU)	867
Abg. Fluß (SPD)	873
Abg. Lahmann (FDP)	876
Abg. Klein (CDU)	880
Ordnungsruf für Abg. Klein (CDU)	882
Abg. Franke (SPD) zur Geschäftsordnung	883
Abg. Klein (CDU) zur Geschäftsordnung	883
Abg. John (FDP) zur Geschäftsordnung	883
Abg. Franke (SPD) zur Geschäftsordnung	883
Abg. Franke (SPD) zur Geschäftsordnung	884
Abg. John (FDP) zur Geschäftsordnung	884
Abg. Dr. Cassens (CDU) zur Geschäftsordnung	885
Abg. Filzen (CDU) zur Geschäftsordnung	886
Abg. Dr. Cassens (CDU) zur Geschäftsordnung	886
Persönliche Erklärung des Abg. Hardegen (CDU)	886

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Dr. Foth, Dr. Franke, Käthe Hoffrage, Kiene, Hede Lütjen, Meurer, Pötting, Tiedemann

Präsidium

Präsident **Dr. Klink**

Vizepräsident **Ehlers**

Schriftführer **Wenke**

Am Senatstisch

Bürgermeister **Annemarie Mevissen** (SPD), Senator für Soziales, Jugend und Sport

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst **Thape** (SPD)

Senator für das Bauwesen **Seifriz** (SPD)

Senator für Inneres **Fröhlich** (SPD)

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug **Kahrs** (SPD)

Senatsdirektor **Dr. Kahrs** (Senator für Inneres)

Senatsdirektor **Kreuser** (Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst)

Senatsdirektor **Schiffer** (Senator für Arbeit)

Senatsdirektor **Stahl** (Senator für Soziales, Jugend und Sport)

Regierungsrat **Hilliges** (Senator für das Bauwesen)

Präsident

Präsident Dr. Lübke

Vizepräsident Dr. Lübke

Schlichter Dr. Lübke

Am Senat

Bürgermeister, Abgeordnete, SPD, Senator für Sozialer Jugend und Sport

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst (SPD)

Senator für das Bauwesen (SPD)

Senator für Inneres (SPD)

Senator für Rechtsprechung und Justiz (SPD)

Senator für Dr. Lübke (Senator für Inneres)

Senator für Inneres (Senator für Inneres)

Senator für Arbeit (Senator für Arbeit)

Senator für Arbeit (Senator für Arbeit)

Senator für Arbeit (Senator für Arbeit)

(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 9.17 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die 15. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Eingänge liegen nicht vor.

Vom Senat begrüße ich Herrn Senator Thape, Herrn Senator Seifriz, Herr Senator Fröhlich, außerdem die Herren Senatsdirektoren Kreuser und Dr. Kahrs.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich nicht versäumen, dem Abgeordneten Herrn Bernd Meyer, der am heutigen Tag seinen Geburtstag begeht, die herzlichsten Glückwünsche des Hauses auszusprechen.

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Meine Damen und Herren, wir sind noch in der Beratung des Tagesordnungspunkts 8 der Bürgerschaft (Landtag):

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Fachhochschulen der Freien Hansestadt Bremen (Einstellungsvoraussetzungen für die Hochschullehrer)

Antrag der FDP vom 14. März 1972

(Drucksache 8/82)

(B)

Es waren gestern zu diesem Punkt noch zwei Wortmeldungen.

Ich eröffne also erneut die Beratung über die erste Lesung dieses Gesetzentwurfs.

Das Wort hat der Abgeordnete Schepers.

Abg. Schepers (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der uns vorliegende Antrag zur Änderung des Gesetzes über die Fachhochschulen der Freien Hansestadt Bremen beabsichtigt, den Paragraphen 17 des Fachhochschulgesetzes, in dem es im Absatz 1 heißt, die Hochschullehrer müssen nach ihrer fachlichen Qualifikation für die Aufgaben der Fachhochschulen geeignet sein, weiter auszufüllen.

Wir haben uns ja bereits verschiedentlich in diesem Hause über die Gleichstellung der Dozenten an den Fachhochschulen mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern an der Universität und der PH unterhalten. Wir von der CDU sind auch der Auffassung, daß sowohl aus den Entwürfen der Bundesregierung für das Hochschulrahmengesetz, als auch aus dem Entwurf der CDU/CSU-Fraktion hervorgeht, daß dieses Gesetz sowohl die zukünftigen Gesamthochschulen, die bestehenden Universitäten, Technischen Hochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Hochschulen, Sporthochschulen und Fachhochschulen umfaßt und aus diesem Grunde auch nicht Professoren und Dozenten erster und zweiter Klasse geschaffen werden sollen.

Wir haben gestern morgen gehört, daß bei der Begründung der Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes unter anderem damit argumentiert wurde, das sei auch deswegen besonders wünschenswert, weil die derzeitige besoldungsmäßige Einstufung des Leiters des Amtsgerichts Bremerhaven als Bediensteter des Landes im Vergleich mit der Besoldung der Bediensteten und der Mitglieder des Magistrats der Stadt Bremerhaven unbefriedigend ist.

Meine Damen und Herren, dasselbe gilt für die Dozenten an den Fachhochschulen, die insgesamt mit den Dozenten und Professoren an der Universität im Hinblick auf die zukünftige Gesamthochschule gleichgestellt werden sollen. Wir sind der Auffassung, daß wir mit dem Fachhochschulgesetz ja nicht nur das Etikett gewechselt haben, nämlich die Akademien nur dem Namen nach in Fachhochschulen verwandelt haben, sondern daß wir mit diesem Gesetz den Fachhochschulen auch einen qualitativ anderen Auftrag zugewiesen haben. Wir meinen, im Hinblick auf die zukünftige Zusammenfassung aller Hochschulen dieses Landes Bremen in einer Gesamthochschule muß sich das auch niederschlagen in der Bezeichnung der wissenschaftlichen Mitarbeiter an diesen Hochschulen.

Aus diesem Grunde stimmen wir der Absicht dieses Änderungsgesetzes zu und werden uns bemühen, in der Deputation für Wissenschaft und Kunst einen Weg zu finden, der sicherstellt, daß die Dozenten an den Fachhochschulen mit den Professoren und Dozenten an der Universität nicht nur dem Namen nach gleichgestellt werden. Das möchte ich ausdrücklich betonen! Das Bemühen unserer Fraktion ist von Anfang an gewesen, nicht nur formal, nicht nur dem Namen nach den Dozenten den Professoren-Titel zu geben, sondern sie materiell gleichzustellen mit den Professoren an der Universität.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete von Hassel.

Abg. v. Hassel (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Angesichts der interfraktionellen Vereinbarung, die ja diesen Gesetzentwurf der Sachberatung in der zuständigen Fachdeputation zuführen soll, will ich meinerseits darauf verzichten, hier heute noch einmal im großen Schwung die publikumswirksamen Aspekte dieses Antrags herauszuholen, wobei ich natürlich jedem anderen, besonders dem Begründenden, das Recht auf eine solche Unternehmung zugestehe und dem Kollegen Lahmann auch bescheinigen möchte, daß er mit seinen Ausführungen, wie die Presse heute zeigt, gestern richtig und erfolgreich angekommen ist.

Ich erkläre kurz und bündig für meine Fraktion: Wir sind im Grundsatz selbstverständlich mit dem Anliegen dieses Antrags einverstanden. Das ist ja auch ganz klar nach dem, was wir unter unseren

(C)

(D)

(A) eigenen Zielvorstellungen unter dem Rubrum Gesamthochschule hier bereits mehrfach erklärt haben.

Es gibt nach unserer Ansicht im Detail allerdings noch einige Probleme, die zu klären sind. Ich nenne zwei Beispiele: Die Frage, ob die Einstellungsvoraussetzungen, so, wie sie hier genannt sind, für alle Fachhochschulen in den Einzelheiten passend sind, das möchten wir untersuchen. Ich frage weiter, ob nicht vielleicht die vorgesehene Amtsbezeichnung unter Umständen besser im Beamtengesetz niedergelegt wird. Eine entsprechende Vorlage der OTV gibt es ja wohl meines Wissens bereits bei der Senatskommission.

Ich fasse zusammen und sage noch einmal: Wir sind aus den genannten Gründen mit dem Antrag auf Unterbrechung der ersten Lesung und Überweisung dieses Antrags an die zuständige Deputation einverstanden und werden diesem Antrag unsere Zustimmung geben.

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Lahmann anzunehmen?

Abg. v. Hassel (SPD): Natürlich!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Lahmann!

(B) Abg. Lahmann (FDP): Darf ich fragen, ob Sie mit der von mir genannten Terminierung einverstanden sind, daß der Bericht der zuständigen Deputation dem Plenum in der ersten Sitzung nach der Sommerpause vorliegen soll?

Abg. v. Hassel (SPD): Ich danke Ihnen, Herr Kollege Lahmann, ganz herzlich für diese Frage, weil ich eigentlich sowieso vorhatte und es meiner Vergesslichkeit anzulasten ist, zum Schluß zu erklären, daß wir an einem Begräbnis, welcher Klasse auch immer, nicht interessiert sind.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Der Abgeordnete Lahmann hat den interfraktionellen Überweisungsantrag dahingehend erweitert, daß er gebeten hat, den Bericht der Deputation für Wissenschaft und Kunst bis zur ersten Sitzung nach den Sommerferien zu erhalten. Kann ich davon ausgehen, daß dieser Wunsch des Abgeordneten Lahmann in den interfraktionellen Antrag aufgenommen wird, oder müssen wir darüber abstimmen?

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Kähler.

Abg. Kähler (SPD): Herr Präsident meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben nichts gegen eine Terminierung, aber ich kann aus dem Handgelenk heraus nicht sagen, ob es für die Depu-

(C) tation machbar ist — denn die tritt ja auch in eine Sommerpause ein —, es bis zur ersten Sitzung nach der Sommerpause zu schaffen. Das kann man, glaube ich, so ad hoc nicht feststellen. Ich weiß nicht, wie die Terminierung ist.

(Abg. Klein [CDU]: Noch sind Sie nicht im Senat! Der Senat sitzt doch hier und kann Antwort geben!)

Aber, Herr Kollege Klein, wenn hier ein interfraktioneller Antrag gestellt werden soll, gestatten Sie einem der Fraktionsvorsitzenden der SPD, daß er dazu Stellung nimmt! Sonst machen Sie Ihren Antrag gefälligst allein, Herr Kollege Klein!

(Oho-Rufe bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete John.

Abg. John (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, man sollte die Gemeinsamkeit der drei Fraktionen, die in dieser Frage erreicht worden ist, die ja auch früher schon erkennbar war auf diesem Gebiet, wenn ich an die Ausarbeitung des Fachhochschulgesetzes im damaligen nichtständigen Ausschuß für dieses Fachhochschulgesetz denke, versuchen weiter zu erhalten. Die Absicht der FDP-Fraktion, die der Kollege Lahmann gestern und heute durch seine Zwischenfrage hier noch einmal unterstrichen hat, nach Möglichkeit diese Dinge bis zur ersten Sitzung der Bürgerschaft nach der Sommerpause mit dem entsprechenden Bericht hier wieder vorzulegen, ist eine Absichtserklärung, würde eine Absichtserklärung des Parlaments darstellen. So fassen wir es auf.

(D) Wenn sich nun wider Erwarten, was wir nicht hoffen, Schwierigkeiten ergeben, die heute noch nicht zu übersehen sind, braucht man selbstverständlich einen etwas längeren Zeitraum. Ich meine aber, gegen die Absichtserklärung, die hier von den Fraktionen mit eingebracht wird, sollten wir uns nicht wenden. Das ist mein Vorschlag.

Präsident Dr. Klink: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Schepers.

Abg. Schepers (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich nicht einmischen in die privaten Auseinandersetzungen von Bremen-Nord,

(Heiterkeit — Abg. Kähler [SPD]: Wie man in den Wald rinnt, so schallt es zurück!)

sondern nur festhalten, daß wir nächste Woche — Dienstag — eine Deputationssitzung haben und dort dann den Fahrplan besprechen können. Das nur zur Sache.

(Abg. Kähler [SPD]: Da brauchen wir uns heute nicht festzulegen!)

Nein, Bremen-Nord legt sich sowieso nie fest, das

- (A) weiß ich! Aber dort können wir dann den Fahrplan für die Deputation festlegen.

Präsident Dr. Klink: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete von Hassel.

Abg. v. Hassel (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Schepers hat genau das vorgetragen, was auch meine Meinung hier sein sollte. Es wäre jetzt eigentlich nur noch vielleicht durch ein wohlwollendes Kopfnicken des Kollegen Lahmann die Zustimmung der dritten Fraktion herzustellen. Danke schön! Wird sind uns einig!

(Heiterkeit)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, habe ich es also jetzt richtig verstanden, daß der Überweisungsantrag nicht mehr mit der engen Terminierung gestellt wird, daß wohl aber unausgesprochen eine Absicht besteht, daß möglichst schnell in der Deputation beraten wird? Ist das so richtig?

(Abg. John [FDP]: Nach Möglichkeit, Herr Präsident!)

Meine Damen und Herren, nachdem wir also jetzt über diesen Überweisungsantrag Übereinstimmung erzielt haben, möchte ich über diesen Überweisungsantrag abstimmen lassen.

Wer zustimmen möchte, daß die erste Lesung des vorliegenden Gesetzentwurfs unterbrochen und der Antrag zur Beratung und möglichst baldigen Berichterstattung dem Plenum wieder vorgelegt wird, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Arbeitszeit der Sozialpädagogen

Antrag der Fraktion der FDP vom 28. März 1972
(Drucksache 8/95)

Dazu Frau Bürgermeister Mevissen und Herr Senator Thape, ihnen beigeordnet Herr Senatsdirektor Kreuser.

Der Antrag ist unterzeichnet von dem Abgeordneten John und Fraktion der FDP. Er liegt den Abgeordneten gedruckt vor. Ich glaube, ich kann auf eine Verlesung verzichten. — Ich höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine generelle Überprüfung der Arbeitszeit der Sozialpädagogen vorzunehmen und der Bürgerschaft zu berichten, in welchem Maße hier Neuregelungen erforderlich sind.“

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schütte.

Abg. Eva Schütte (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu Beginn meiner Ausführungen

möchte ich meinem Bedauern Ausdruck geben, daß wir dieses Anliegen in einem Antrag bringen müssen, da es uns nach der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft nicht möglich ist, eine Anfrage zu stellen. Das hätte wahrscheinlich den Gang verkürzt.

Wir sind uns darüber klar, daß dieses Problem der Arbeitszeit der Sozialpädagogen auf vielen Ebenen seit langer Zeit diskutiert wird. Vielleicht haben Sie in der Zeit seit unserem Antrag von März bis Mai die Zeitungen verfolgt, und haben in den letzten Tagen auch von der GEW lange Ausführungen über dieses strittige Problem gelesen. Außerdem haben in Gemeinschaftsveranstaltungen der betroffenen Ressorts, die Deputation für Bildung, die Deputation Jugend und Soziales sich in der vergangenen Legislaturperiode ganz intensiv mit diesem Problem befaßt.

Warum wir gerade deshalb — oder trotzdem, wie Sie wollen — nun diesen Antrag gestellt haben, das liegt eben darin, daß es auf verschiedenen Ebenen so viele verschiedene Meinungen darüber gibt, und wir möchten, daß der Senat etwas Klärung schafft, damit man ein Ziel hat, nach dem man sich richten kann. Wir haben auch deshalb die Formulierung relativ ruhig gewählt und haben nur den Senat aufgefordert, der Bürgerschaft zu berichten, in welchem Maß neue Regelungen erforderlich sind.

Daß Neuregelungen erforderlich sind, ist wohl den meisten in diesem Haus klar. Jeder ist auf irgendeiner Ebene mit diesen Dingen schon einmal konfrontiert worden. Daß es nicht in einer einfachen Antwort geschehen kann, das wissen wir auch, aber wir wären eben dankbar, wenn wir eine Ziellinie vom Senat gesteckt bekämen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Stichweh.

Abg. Stichweh (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Problem — Frau Schütte hat das eben schon herausgestellt — ist seit längerer Zeit in der Diskussion. Das liegt daran, daß hier einige große Schwierigkeiten zu meistern sind. Auf der einen Seite steht die Sozialpädagogin, die als Leiterin eines Schulkindergartens im Bereich Bildung, Wissenschaft und Kunst arbeitet. Bei ihr müssen wir feststellen, daß sie sich von ihren Kollegen vor Ort, das heißt von den Lehrern der Grundschule, schon durch eine andere Bezahlung unterscheidet. Würde man jetzt noch dazu übergehen, ihr eine andere Arbeitszeitregelung aufzugeben, wie sie die Lehrer haben, würde die Diskrepanz noch größer. Die Probleme, die an den einzelnen Schulen auftauchen würden, wären außerordentlich schwierig. Die Situation wäre sicherlich für das Wohl und Wehe unserer Kinder nicht besonders gut.

Auf der anderen Seite sehen wir aber, daß die Sozialpädagogen, die im Bereich Soziales, Jugend und Sport arbeiten, jetzt mit 37 Stunden in der

(C)

(D)

- (A) Woche arbeiten, während ihre Kollegen, die die gleiche Ausbildung haben, und die letzten Endes beim gleichen Arbeitgeber beschäftigt sind, 27 Stunden in der Woche arbeiten und dann auch noch gut doppelt so viel Urlaub in Form von Schulferien bekommen.

Wir Sozialdemokraten haben uns sehr ausgiebig mit diesem Thema befaßt und sind dann nach einer längeren intensiven Diskussion zu dem Ergebnis gekommen, daß es notwendig ist, die Arbeitsbedingungen der Sozialpädagogen im Bereich Soziales, Jugend und Sport den Arbeitsbedingungen der Sozialpädagogen im Bereich Bildung und Wissenschaft langfristig anzupassen. Wir gehen dabei davon aus, daß die Kindergärten langsam aber sicher in Einrichtungen der vorschulischen Erziehung umzuwandeln sind. Weil das ein ziemlich umfangreiches Programm ist, das man nicht von heute auf morgen realisieren kann, meinen wir, daß man dieses Vorhaben in Form eines Stufenplanes realisieren sollte.

Der erste Schritt dieses Stufenplanes ist bereits vollzogen: Die Arbeitszeit der Sozialpädagogen in den Kindergärten ist von 42 Stunden um 5 Stunden auf 37 Stunden herabgesetzt. Weitere Arbeitszeitverminderungen werden folgen. Sie sehen also, daß wir nicht nur mit einer Neuregelung einverstanden sind, sondern schon die ersten praktischen Schritte vollzogen haben.

- (B) Die SPD-Fraktion wird daher dem vorgelegten Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ehlers.

Abg. Ehlers (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Herr Kollege Stichweh hat vorhin schon auf die Problematik hingewiesen, die dadurch entsteht, daß sich einerseits die Sozialpädagogen, die im Schulkindergarten tätig sind, mit den Lehrern an der Schule vergleichen, was auf der Hand liegt. Die Sozialpädagogen in den übrigen Tagesheimen stellen natürlich wieder einen Vergleich her mit ihren Kollegen, die in der Schule tätig sind.

Die Diskussion über die Herabsetzung der Arbeitszeit für die Sozialpädagogen ist mit der Diskussion über die Bedeutung der vorschulischen Erziehung wieder aktuell geworden, obwohl es verkehrt wäre, wenn man dieses Problem ausschließlich auf den Bereich vorschulische Erziehung konzentrieren würde, denn es gibt auch andere sozialpädagogische Tätigkeiten, die mit in die Überlegungen einbezogen werden müssen, wenn es um die Arbeitszeitregelungen geht. Nur zeigt sich das Problem bei diesem Beispiel besonders deutlich, weil wir es hier mit gleichen Fachkräften, mit gleichen Tätigkeiten, aber in unterschiedlichen Einrichtungen zu tun haben.

Ich habe durchaus Verständnis dafür, wenn die Sozialpädagogen, die an der Schule tätig sind, sich mit den Lehrern vergleichen, die Sozialpädagogen, die ja zur Zeit 27 Schul- und 5 Vorbereitungsstunden haben, darüber hinaus aber zusätzlich 10 Stunden pro Woche in einer anderen sozialpädagogischen Einrichtung ableisten sollen. Ich weiß im Augenblick nicht genau, ob es schon zur Verwirklichung dieses Beschlusses gekommen ist.

Diese Tatsache, daß die Sozialpädagogen in den Schulkindergärten zusätzlich in einer anderen Einrichtung noch 10 Stunden in der Woche arbeiten sollen, hat zu einem gewissen Unmut geführt. Wenn man bedenkt, daß der Schulkindergarten vom Lebensalter her schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder betreut — das heißt, diese Kinder auf die Schule vorbereiten soll —, dann wird man zu dem Schluß kommen dürfen, daß die Tätigkeit in solch einem Schulkindergarten mindestens genauso schwierig, wenn nicht schwieriger ist als die eines Lehrers im ersten Schuljahr.

Ich meine, wenn man die ganze Problematik einmal überschaut, hat es schon einen Sinn, wenn der Deutsche Bildungsrat angesichts der drohenden Gefahr einer Verschlechterung der Personalsituation im sozialpädagogischen Bereich ganz allgemein die Empfehlung ausgesprochen hat, die Arbeitsbedingungen für die sozialpädagogischen Kräfte im Elementarbereich unseres Bildungswesens allmählich auf das Niveau des schulischen Bereichs anzuheben. So habe ich auch den Kollegen Stichweh eben verstanden, als er von dem Ergebnis der Beratungen in seiner Fraktion sprach.

Der Antrag der FDP-Fraktion hat nach Auffassung meiner politischen Freunde seine Berechtigung und die CDU-Fraktion wird diesem Antrag ebenfalls zustimmen, obwohl wir uns im klaren darüber sind, daß dieses Problem letztlich ein Problem der Tarifpartner ist, aber zu den Tarifpartnern gehört ja auch die öffentliche Hand, und wir sind daran interessiert, welche Vorstellungen der Senat als Dienstherr aller im öffentlichen Dienst tätigen Sozialpädagogen zu diesem Thema hat.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Kollege Ehlers, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage Ihrer Fraktionskollegin Frau Spies anzunehmen?

Abg. Ehlers (CDU): Ja, gern!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Spies!

Abg. Hannelore Spies (CDU): Aufgrund einiger Bemerkungen im Plenarsaal: Würden auch Sie, Herr Abgeordneter Ehlers, bestätigen, daß es sich bei der Verkürzung von 42 auf 37 Wochenstunden nicht um eine reine Arbeitszeitverkürzung, sondern lediglich um die Anrechnung von Pflichtstunden handelt?

- (A) Abg. Ehlers (CDU): In Ihrer Frage, Frau Kollegin Spies, ist die Antwort, die ich Ihnen darauf erteilen könnte, bereits enthalten. — Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Einsetzung eines nichtständigen parlamentarischen Ausschusses zur Erarbeitung eines Programms und eines Gesetzes betr. Umweltschutz

Antrag der Fraktion der CDU vom 14. April 1972
(Drucksache 8/252)

Mir hat Senator Müller gestern mitgeteilt, daß er leider nicht anwesend sein kann, er läßt sich entschuldigen.

Der Antrag trägt die Unterschrift des Abgeordneten Klein und Fraktion der CDU. Er ist gedruckt an die Abgeordneten verteilt worden und hat folgenden Wortlaut:

- (B) „Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen nichtständigen parlamentarischen Ausschuß ein mit dem Auftrag, ein Programm für Umweltschutz und Umwelthygiene zu erarbeiten und ein Gesetz in Einklang mit bestehenden Bundesvorschriften vorzubereiten.“

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Hänecke.

Abg. Marianne Hänecke (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Anliegen meiner Fraktion, einen nichtständigen parlamentarischen Ausschuß für den Umweltschutz einzusetzen, sollte meiner Ansicht nach keine Gelegenheit bieten, hier in große parlamentarische Streitgespräche einzutreten. Meiner Ansicht nach ist dieser Ausschuß notwendig, wenn wir hier im Land Bremen einen sachgerechten und wirkungsvollen Beitrag für diesen für die Menschen so wichtigen Lebensbereich leisten wollen.

Nun werden manche von Ihnen sagen, daß wir doch eine Deputation für Gesundheit und Umweltschutz haben, in der ja auch Parlamentarier sind. Aber, meine Damen und Herren, machen wir uns doch einmal klar, daß doch die Alltagsarbeit der Deputation eigentlich sehr fachgebunden ist und sich hauptsächlich mit den Problemen des entsprechenden Ressorts beschäftigt.

- (C) Umweltschutz, beziehungsweise etwas für die Verbesserung und Erhaltung unserer Umwelt zu tun, ist und kann nicht Aufgabe eines Ressorts allein sein. Die Aufgabe, die in einer Deputation speziell behandelt werden könnte, wäre die Aufgabe der Koordinierung. Das ist hier auch immer wieder in der Umweltschutzdebatte gesagt worden, und ich glaube, da sind wir uns auch alle einig.

Umgekehrt gilt unserer Meinung nach deshalb, daß nicht eine Deputation allein der Problematik des Umweltschutzes gerecht werden kann, sondern nur ein Ausschuß, in welchem Fachleute und Experten der verschiedenen Deputationen vertreten sind. Ich möchte das an Hand einer Aussage in der Deputationsvorlage für Gesundheit und Umweltschutz belegen. Dort heißt es nämlich: „Die Stadtteile und Ortsamtsbeiräte müssen als wesentliches Umsetzungspotential der vom Parlament vorgegebenen und von der Verwaltung konkretisierten Zielsetzungen auf die Ebene der Bevölkerung angesehen werden.“

Hinzu kommt, daß für eine ganze Reihe Zukunftsmaßnahmen — oder wenn Sie wollen, sogar Vorbeugungsmaßnahmen — die Zustimmung der gesamten Bürgerschaft notwendig ist. Ich denke hierbei besonders an das Thema Industrieansiedlung, an Erschließungsmaßnahmen, an Bebauungspläne und an eine zukunftsorientierte Verkehrsstruktur. All dies ist unserer Ansicht nach konkreter Umweltschutz. Hierbei müssen eben alle Fachbereiche dieses Parlaments mitwirken, nicht jeder für sich, sondern abgestimmt in einem alle diese Fragen behandelnden Ausschuß.

Zum anderen ist es für uns eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß ein so wichtiges Gebiet durch alle hier im Parlament vertretenen Parteien und dem Parlament angehörenden Abgeordnete mitgestaltet wird. Der Deputation für Gesundheit und Umweltschutz gehört aber jedoch von der FDP nur ein Deputierter an, also kein Parlamentarier. Unserer Meinung nach ist der Umweltschutz aber so lebenswichtig, daß wir auf keinen Fall auf den Rat auch nur eines Parlamentariers, ganz egal von welcher Partei, während der Arbeit, den dieser Umweltschutzausschuß zu leisten haben wird, verzichten können.

Gestatten Sie mir, bei dieser Gelegenheit kurz zurückzuschalten auf die Haushaltsdebatte, in der ja auch unter anderem viel vom Umweltschutz die Rede war. Herr Senator Müller ist heute leider nicht anwesend, wir hoffen aber, daß er das Land Bremen in Berlin im Kreise seiner Kollegen fachlich besser vertreten wird als hier in der Umweltschutzdebatte während der Haushaltsberatungen.

(Beifall bei der CDU)

Es war, meine Damen und Herren, ja so, daß wir damals konkrete Aussagen vermißten und daß wir bedauert haben, daß hier nicht Vorstellungen entwickelt worden sind, die uns in die Lage versetzt hätten, einen aktiven Umweltschutz anzukurbeln

(D)

- (A) und in der Zukunft zu betreiben. Wir hätten damals gern erfahren, was für die Reinhaltung der Luft, den Naturschutz, den Gewässerschutz, die Lärmbekämpfung, um nur einige Beispiele zu nennen, in die Zukunft weisend getan werden soll.

Am 2. Mai 1972 wurde nun der Deputation für Gesundheit und Umweltschutz ein Papier überreicht, in welchem man bemüht war, Versäumtes nachzuholen. Ich will dieses Papier hier weder positiv noch negativ werten. Aber eines scheint mir doch jetzt schon festzustehen: Was in diesem Papier unter Sofortprogramm verstanden wird, sind Absichtserklärungen, die der Umsetzung bedürfen, und diese Umsetzung geht nicht ohne Einschaltung beziehungsweise Mitbestimmung des ganzen Parlaments.

(Beifall bei der CDU)

Die gesetzlichen Voraussetzungen für ein Langzeitprogramm, das auch in diesem Papier angekündigt wird, sind darüber hinaus auch nur mit dem Parlament durchzuführen. Dies kann weder die Verwaltung für sich allein noch eine Fachdeputation, dies kann nur ein legitimer, alle Parteien und Fachrichtungen umfassender Ausschuß tun.

Obwohl es ja sehr reizvoll ist, der eigenen Phantasie und dem eigenen Einfallsreichtum vor der Öffentlichkeit freien Lauf zu lassen, will ich mir nicht anmaßen, bei der Begründung eines Ausschusses abgeschlossene Überlegungen zum Thema Umweltschutz vorzulegen.

(B)

(Abg. T e p p e r w i e n [SPD]: Die haben Sie auch nicht!)

Einen mir sehr wichtigen Punkt lassen Sie mich zum Schluß näher behandeln: Ein gewisses Steckenpferd von Herrn Senator Müller während der Haushaltsberatungen war die Öffentlichkeitsarbeit. In der Tat, auch wir sind der Meinung, daß diese sehr wichtig ist. Es muß in der Schule und auf der Universität damit begonnen werden. Man sollte lieber auf etwas Neomarxismus verzichten,

(Z u r u f e v o n d e r S P D — Beifall bei der CDU)

um dafür etwas konkret Gutes für unsere Gesellschaft zu tun.

Ihre Entrüstung, meine Damen und Herren von der SPD, kommt mir sehr gelegen. Jetzt möchte ich Ihnen ein Zitat zur Kenntnis geben,

(Abg. H a r t j e n [SPD]: Wie können Sie morgens schon solche Witze machen!)

und zwar von Golo Mann, der ja, wie ich annehme, auch für Sie sicher ein unverdächtig Zeuge ist. Ich darf zitieren:

„Ein anderes ist es natürlich, in der Schule anzufangen, den Menschen schon in einem sehr frühen Stadium einer Entwicklung ein Gefühl für die drohende Gefährdung der Natur zu vermitteln. Was

er dazu braucht, sind Lehrer, die davon etwas wissen und die es ausdrücken können und selber von dem überzeugt sind, was sie ausdrücken. Ich sehe nicht ein, warum dies nicht möglich sein sollte. Aber schauen Sie sich die Lehrer an, die aus den Universitäten hervorgehen und die den Kindern statt damit mit vollkommen veralteten Theorien des Marxismus kommen. Sie haben sich auf der Uni mit Neomarxismus vollsaugen können, aber im ganzen Marx findet man von Umweltschutz kein Wort. Das ist eigentlich schade.“

(Beifall bei der CDU — Abg. K ä h l e r [SPD]: Wann hat er das geschrieben?)

Wenn ich mich recht erinnere, ist das im Jahr 1971 auf einem Kongreß gesagt worden.

(Abg. K l e i n [CDU]: Ich schicke Ihnen das zu, Herr Kähler!)

Soweit Golo Mann, meine Damen und Herren.

Wir sollten hier meiner Ansicht nach nicht lange debattieren und sollten schon gar nicht in Ideologie machen, denn, wie gesagt, bei Marx steht noch nichts drin, Herr Hartjen, sondern wir sollten lieber gemeinsam, unserem Vorschlag folgend, diesen Ausschuß ins Leben rufen und mit der gemeinsamen Arbeit beginnen.

Ich bitte im Namen meiner Fraktion um Ihre Zustimmung, damit dieser Ausschuß endlich Initiativen ergreifen kann.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tepperwien.

Abg. Tepperwien (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal, Frau Kollegin Hänecke, lassen Sie mich Ihnen meine Hochachtung ausdrücken darüber — und das schafft man wahrscheinlich nur aufgrund langer Parlamentserfahrung —, mit welchem Brustton der Überzeugung und mit welchen schiefen Argumenten Sie hier einen völlig unhaltbaren Antrag begründet haben.

(Abg. K l e i n [CDU]: Sie schießen mit Patronen in die falsche Richtung!)

Sie selbst wissen genauso gut wie ich — und deswegen sind Sie hier wahrscheinlich auch jede Begründung dafür schuldig geblieben —, daß praktisch alle Gesetzgebungskompetenzen im Umweltschutz auf den Bund übergegangen sind, und Sie müssen hier zunächst einmal darlegen, welches Gesetz Sie denn eigentlich in diesem Ausschuß erarbeiten wollen. Sowohl das Abfallbeseitigungsgesetz, als auch das Wasserhaushaltsgesetz, als auch das Wasserabgabengesetz, als auch das Naturschutzgesetz und weitere Vorschriften sind ausschließlich Regelungen, die in die Zuständigkeit des Bundes übergegangen sind, und insoweit könnte dieser Parlamentsaus-

- (A) schuß schon von vornherein einmal gar nicht tätig werden.

(Abg. K l e i n [CDU]: Deswegen haben Sie einen eigenen Senator!)

Wenn Sie jetzt aber hier einen Parlamentsausschuß beantragen am Senator und an der zuständigen Deputation vorbei und damit nicht nur diesen, sondern auch Ihre eigenen Kollegen in der Deputation gewissermaßen entmündigen wollen, dann dürfen Sie sich keinesfalls dem Optimismus hingeben, daß wir da mitmachen werden.

(Abg. D r . C a s s e n s [CDU]: Das ist aber sehr interessant, das mit der Entmachtung!
— Abg. K l e i n [CDU]: Sie haben aber eine parlamentarische Auffassung!)

Denn das könnte ja auch für andere Senatsbereiche Schule machen, indem ein Senator mit der Aufgabe betraut worden ist, wenn wir da

(Abg. D r . C a s s e n s [CDU]: Das ist eine Desavouierung des Parlaments!)

jetzt einen Parlamentsausschuß neben der zuständigen Deputation noch einrichten würden.

- (B) Ich möchte noch auf einige Argumentationen von Ihnen ganz kurz eingehen. Wenn Sie hier sagen, daß in der Deputation nur ein Mitglied der FDP, und zwar ein Deputierter, Herr Dr. Lienhoop, vertreten ist und Sie der Meinung sind, daß das nicht ausreicht, dann ist das meines Erachtens erstens eine Sache der FDP, und zweitens meine ich, diese Bemerkung für Herrn Dr. Lienhoop, der ein langjähriges Mitglied dieser Deputation ist und der sehr viel Sachkenntnis auf beiden Gebieten, sowohl auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, als auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes, besitzt, zurückweisen zu müssen.

Um etwas in Sachen Umweltschutz zu tun, das wissen Sie selber ganz genau, muß zunächst einmal — das geht ja auch aus dem Konzept hervor, das Herr Senator Müller Ihnen vorgelegt hat — eine Bestandsaufnahme erfolgen. Darum mögen Sie sich hier doch immer wieder herum! Herr Senator Müller hat hier im Parlament ausgeführt, daß diese Bestandsaufnahme und das Sofortprogramm noch vor der Sommerpause hier dem Hause vorliegen werden. Damit sind wir dann zur Zeit weiter als alle Bundesländer.

Ich weiß einfach nicht, was Sie noch weiter mit diesem Parlamentsausschuß wollen.

(Abg. K l e i n [CDU]: Das liegt an Ihnen, nicht an uns!)

Dieser Parlamentsausschuß könnte doch, weil er gar kein Gesetz zu erarbeiten hat, nichts anderes tun, als, da er über eigene Sachkenntnisse nicht verfügt, sich auf die Sachangaben des Senators

- und seiner zuständigen Fachleute verlassen, und das nicht nur zur Zeit, sondern auch in Zukunft. (C)

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Dann brauchen wir ja gar keinen Ausschuß mehr einzusetzen!)

Insoweit würde also die Lösung der Umweltschutzprobleme nicht erleichtert, sondern nur erschwert. Auch aus diesem Grunde müssen wir diesen Antrag ablehnen.

Wir haben den Verdacht, daß es sich bei diesem Antrag um ein Zeugnis für das bisher bei der CDU vollkommen fehlende Konzept in Sachen Umweltschutz handelt, dessen Erarbeitung Sie sich nun — gestützt auf die Informationen des Senators in diesem Ausschuß — erhoffen,

(Lachen bei der CDU)

weil Sie überhaupt nichts Eigenes anzubieten haben. Auch aus diesem Grunde müssen wir die Einsetzung dieses Ausschusses ablehnen.

(Beifall bei der SPD — Abg. N e u m a n n [CDU]: Das war aber schwach! — Abg. K l e i n [CDU]: Radikalität und Einfalt, das sind Zwillinge!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete John.

- Abg. J o h n (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Tepperwien und sehr verehrte Frau Hänecke, wir haben in der FDP-Fraktion mit einigem Vergnügen — ich muß das jedenfalls für mich persönlich bekennen, ich habe das aber auch bei anderen Kollegen festgestellt —, erfahren, daß mit unterschiedlichen Begründungen zu diesem Antrag von der einen und dann von der anderen Seite des Hauses Stellung genommen worden ist. Ich will vorweg sagen, wir sind der Meinung, daß man durchaus einen nichtständigen parlamentarischen Ausschuß einsetzen sollte. Das ist in der Vergangenheit schon geschehen. Wir sind aus sachlichen Gründen dafür. (D)

Daß Herr Kollege Dr. Lienhoop zur Zeit Deputierter und nicht mehr Abgeordneter ist, nämlich Deputierter der Gesundheitsdeputation, was er schon seit langer Zeit ist — Sie bestätigten eben, Herr Kollege Tepperwien, daß er sachliche, gute Arbeit leistet, das haben wir auch schon festgestellt, und er ist in unseren Fraktionssitzungen und anderen Veranstaltungen der Partei laufend dabei —, besagt, daß seine Erfahrungen der Fraktion durchaus zugute kommen. Wir meinen aber, aus sachlichen Gründen ist es nötig, diesen nichtständigen parlamentarischen Ausschuß einzusetzen, weil er sich nämlich mit einem Programm, das auf Bremen bezogen ist, beschäftigen soll: Umweltschutz und Umwelthygiene, und weil außerdem die Koordinierung eines eventuellen Landesgesetzes unbeschadet von Bundeskompetenzen hier — und zwar im Einklang mit bestehenden Bundesvorschriften, wie es im An-

- (A) trag der CDU-Fraktion heißt — hergestellt werden soll. Das sind Aufgaben, die auch wir für erforderlich halten.

Kollege Tepperwien, wir sind nicht der Auffassung, daß ein nichtständiger Ausschuß dieses Parlaments etwa den zuständigen Fachsenator oder die Fachdeputation entmündigt.

(Beifall bei der FDP)

Dieses Parlament hat in der Vergangenheit verschiedene nichtständige Ausschüsse eingesetzt mit bestimmten Aufträgen. Wir hatten einen nichtständigen Ausschuß zur Erarbeitung eines Fachhochschulgesetzes, wir hatten — ich kann hier nicht alle aufzählen, ich nenne nur die beiden, denen ich selber angehört habe — einen nichtständigen Ausschuß zur Erarbeitung eines Gesetzes für die Errichtung der Universität Bremen. Es gibt eine ganze Menge anderer Ausschüsse. Aus Zeitgründen will ich sie hier nicht alle aufzählen. Niemals wurde dort der zuständige Fachsenator — in den beiden Fällen, die ich anführte, etwa der Bildungssenator — dadurch entmündigt. Mir ist auch nicht bekannt geworden, daß er sich entmündigt gefühlt hat.

Senatoren, Fachsenatoren oder deren Vertreter und eine ganze Reihe anderer Fachleute, sei es aus der Verwaltung oder von anderen Stellen, haben in diesen nichtständigen Ausschüssen den Mitgliedern dieser Ausschüsse zur Beratung zur Verfügung gestanden. Dann ist aus der Arbeit dieser nichtständigen Ausschüsse sachlich doch etwas sehr Vernünftiges hervorgegangen. So betrachten wir diesen Antrag der CDU-Fraktion, und wir sind der Auffassung, daß dieses Haus diesem Antrag zustimmen sollte. Ich bedauere, daß die SPD-Fraktion sich dazu nicht in der Lage sieht. Ich meine, es könnte, um es noch einmal zu sagen, unbeschadet der Bundeskompetenz, die ja nicht bestritten ist und auch von uns in keiner Weise bestritten wird, doch etwas Vernünftiges dabei herauskommen.

Wir haben sehr viel in der Vergangenheit, und wir tun es auch in der Gegenwart, bei vielen anderen Gelegenheiten über die Stärkung der Rolle des Parlaments gesprochen. Auch unter diesem Gesichtspunkt würde ich es für gar nicht verkehrt halten, daß sich ein Parlamentsausschuß mit dieser Materie befaßt.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter John, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Tepperwien anzunehmen?

Abg. John (FDP): Ich bin bereit, Herr Präsident!

Präsident Dr. Klink: Bitte Herr Tepperwien!

Abg. Tepperwien (SPD): Herr Abgeordneter John, Sie haben eben nochmals von einem Gesetz gesprochen. Können Sie mir erklären, welches Gesetz Sie dabei im Auge haben?

Abg. John (FDP): Herr Kollege Tepperwien, ich kann Ihnen im Augenblick nicht die Überschrift dieses Gesetzes nennen, aber ich sehe diesen nichtständigen Ausschuß des Parlaments unter dem Aspekt, unter anderem unter dem Aspekt der Koordinierung von Bestimmungen, gesetzlichen Bestimmungen, die das Land Bremen möglicherweise erlassen kann, mit Bundesbestimmungen. Warum sollte sich nicht ein parlamentarischer Ausschuß mit dieser Frage befassen?

Aber lassen Sie mich noch einen anderen Gesichtspunkt ins Feld führen: Herr Kollege Tepperwien, die Deputation für das Gesundheitswesen hat ja außer dem Bereich Umweltschutz noch eine ganze Menge anderer Aufgaben, mit denen sie sich laufend befassen muß. Und aus diesem Grunde würde ich die spezielle wichtige Aufgabe des Umweltschutzes für einen solchen nichtständigen parlamentarischen Ausschuß durchaus für gegeben ansehen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Würden Sie bereit sein, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Stäcker entgegenzunehmen?

Abg. John (FDP): Bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Stäcker!

Abg. Stäcker (SPD): Herr Kollege John, haben Sie wirklich solche Zweifel daran, daß die zuständige Deputation das nicht auch schaffen könnte, so wie das in anderen Deputationen auch der Fall ist?

(**Abg. Neumann [CDU]:** Es sind doch früher auch Ausschüsse eingesetzt worden!)

Abg. John (FDP): Aber, Herr Kollege Stäcker, dann hätten wir doch zum Beispiel in der Vergangenheit überhaupt niemals solche nichtständigen parlamentarischen Ausschüsse bilden dürfen! Es ist doch nicht eine Frage, ob ich die Fähigkeit einer Deputation anzweifle. Das tue ich keineswegs! Ich habe doch gesagt, und ich wiederhole es, meine Damen und Herren, jede Deputation — und das wissen wir alle aus der Deputationsarbeit — hat doch eine ganze Menge laufender Arbeiten zu erledigen. Gucken Sie sich doch die Tagesordnungen für Deputationssitzungen an!

Hier geht es doch darum, daß ein besonderes parlamentarisches Gremium sich mit einem äußerst wichtigen Spezialgebiet, nämlich mit dem Umweltschutz, befaßt. Das ist doch keine Diffamierung oder Diskreditierung einer Deputation! Wenn das damit beabsichtigt wäre, dann könnte die FDP-Fraktion einem solchen Antrag der CDU-Fraktion gar nicht zustimmen. Ich gehe aber doch nicht fehl in der Annahme, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, daß Sie auch nicht beabsichtigt haben, Fachdeputationen zu diskreditieren, sondern Sie hatten doch bei diesem Antrag etwas anderes

(C)

(D)

- (A) im Auge. Und ich wiederhole, aus sachlichen Gründen werden wir diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, es liegen zu diesem Tagesordnungspunkt noch fünf Wortmeldungen vor, und zwar einheitlich von der CDU.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hänecke.

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin glücklich, heute einmal mit einem vorbereiteten Papier hierher gegangen zu sein, um mich selbst kontrollieren zu können, ob ich all das nicht gesagt habe, was Sie vermißt haben, Herr Tepperwien, oder ob es an Ihnen liegt, daß Sie nicht zugehört haben, was ich gesagt habe.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube nämlich, das letztere ist der Fall!

Herr Tepperwien, ich habe gleich zu Beginn gesagt, daß wir der Deputation für das Gesundheitswesen unbestreitbar die Aufgabe zubilligen, zu koordinieren. Ich habe schon in den Haushaltsberatungen gesagt, daß wir davon ausgingen — ich weiß nicht mehr, in welchem Antrag dieses während der Deputations- oder Senatsbildung zum Tragen kam —, daß diese Deputation „Deputation für Gesundheit und Umweltschutz“ genannt werden soll aus der Sicht heraus, daß im Hinblick auf die Gesundheit des Menschen etwas in dieser Deputation erarbeitet werden soll. Und wir waren uns auch einig in Gesprächen im Deputationsausschuß für Personalangelegenheiten, daß die Deputation hauptsächlich die Fragen der Koordinierung, eben immer im Hinblick auf die Gesundheit des Menschen, erarbeiten soll.

Wenn Sie jetzt hier von „Entmündigung“ sprechen — Herr Kollege John hat schon sehr viel dazu gesagt —, dann muß ich in diesem Fall auch sagen, daß es eine Entmündigung bei uns nicht gibt. Bei uns nicht, Herr Tepperwien! Und wenn Sie sagen, welches Gesetz denn nun dieser Ausschuß erarbeiten soll, dann wollen wir auch nicht von vornherein diesen Ausschuß entmündigen, sondern es soll ihm vorbehalten bleiben, wie er dieses Gesetz nennen will, gerade auch im Zusammenhang mit dem, was Herr John hier gesagt hat, das voll und ganz unsere Vorstellungen trifft. Wir wollen nicht sagen, daß ein Gesetz erarbeitet werden soll, das wir Verkehrsgesetz oder Bauplanungsgesetz oder ähnlich nennen wollen, sondern das soll dem Ausschuß vorbehalten sein.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Frau Hänecke, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Tepperwien anzunehmen?

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Gern!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Tepperwien!

Abg. **Tepperwien** (SPD): Frau Kollegin Hänecke, sind Sie wirklich so schlecht informiert, daß Sie nicht wissen, daß im Umweltschutz wirklich alle Zuständigkeiten der Gesetzgebung auf den Bund übergegangen sind?

(Abg. **Klein** [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! — Abg. **Dr. Cassens** [CDU]: Dann können wir doch den Senator nach Hause schicken! — Weitere Zurufe und Unruhe bei der CDU)

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Herr Kollege Tepperwien, wenn Sie richtig zugehört hätten, hätten Sie vorhin eigentlich aufnehmen müssen, daß unsere Vorstellungen dahin gehen, daß zum Beispiel Verkehrsplanung, Bebauungspläne, Industrieansiedlung — in die Praxis umgesetzt — auch unter dem Blickwinkel Umweltschutz gesehen werden müssen. Wollen Sie jetzt in der Gesundheitsdeputation jeden Bebauungsplan erst beraten, wollen Sie dort überlegen, was an und für sich in der Wirtschaftsdeputation anhängig ist, wo zum Beispiel dieser oder jener Betrieb angesiedelt werden soll? Wollen Sie dort entscheiden, nach welchen Windrichtungen die Industrieansiedlung vorgenommen werden soll, damit der Bürger Bremens nicht beeinträchtigt wird auf dem gesundheitlichen Sektor? Wollen Sie das alles in der Deputation tun? Das ist mir völlig unklar.

(Beifall bei der CDU — Abg. **Klein** [CDU]: Alles Kokolores!)

Und das habe ich Ihnen auch vorhin bei der Begründung unseres Antrags gesagt!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Darf ich Sie fragen, ob Sie jetzt eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Hartjen beantworten wollen, und gleichzeitig, ob Sie auch bereit sind, weitere Zwischenfragen der Abgeordneten Schepers und Stäcker anzunehmen?

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Ja, gern!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Hartjen!

Abg. **Hartjen** (SPD): Frau Kollegin Hänecke, sollte Ihnen bei der Vorbereitung Ihrer Rede entgangen sein, daß die drei Bundestagsfraktionen einstimmig sich bei der Verabschiedung dieses Gesetzes für eine Bundesrechtsrahmenregelung ausgesprochen haben?

(Starke Unruhe bei der CDU — Abg. **Klein** [CDU]: Natürlich, das ist schon richtig, aber das steht doch im Gegensatz zu dem, was Herr Tepperwien sagte! — Glocke — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Das Wort zur Beantwortung der Frage hat Frau Hänecke!

(C)

(D)

(A) Abg. Marianne Hänecke (CDU): Herr Kollege Hartjen, das ist mir nicht entgangen! Das war ja Ihre Frage, ob es mir entgangen ist. Es ist mir nicht entgangen!

(Starker Beifall bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Die reden dauernd Unsinn! — Starke Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren! Ich bin nicht mehr in der Lage zu verfolgen, wie die Diskussion verläuft! Das Wort zu der Frage hatte der Abgeordnete Hartjen! — Ich weiß nicht, ist Frau Abgeordnete Hänecke dabei, die Antwort zu geben, oder diskutiert Sie mit dem Hause!

(Zurufe — Heiterkeit — Abg. Klein [CDU]: Die Frage hat sie beantwortet!)

Abg. Marianne Hänecke (CDU): Die Frage habe ich beantwortet!

Präsident Dr. Klink: Die Frage ist also beantwortet. Sind Sie jetzt bereit, eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Schepers zu beantworten?

Abg. Marianne Hänecke (CDU): Ja!

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zwischenfrage hat das Wort der Abgeordnete Schepers.

(B) Abg. Schepers (CDU): Frau Kollegin Hänecke, sind Sie nicht mit mir der Meinung, wenn nach Auffassung von Herrn Tepperwien die Zuständigkeit des Bundes so groß ist, daß wir auf einen Umweltsenator verzichten können und das mit der Oberbehörde erledigen können?

Abg. Marianne Hänecke (CDU): Es tut mir schrecklich leid, Herr Kollege Schepers, daß ich in diesem Fall nicht mit Ihnen einer Meinung bin.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich meine nämlich, daß es von der obersten Ebene her sicher gar nicht notwendig wäre, jetzt in den einzelnen Ländern diese Aufgaben hochzuspielen. Es geht hier um Detailfragen, um ganz entscheidende Detailfragen, die aber eben nicht in einer Fachdeputation gelöst werden können. Wenn ich nochmals kurz daran erinnern darf: Industrieansiedlung, Verkehrsplanung, Wirtschaftsansiedlung und so weiter! Es tut mir leid!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Stäcker entgegenzunehmen?

Abg. Marianne Hänecke (CDU): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Stäcker!

Abg. Stäcker (SPD): Frau Kollegin Hänecke, ist Ihnen bewußt, daß die Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses eines konkreten Auftrags des Plenums bedeutet und daß auf der anderen Seite mit

Ihrer Aussage, um welches Gesetz es sich handeln würde, nicht klar hervorgeht, um was es sich eigentlich handeln soll?

(C)

Abg. Marianne Hänecke (CDU): In der Deputationsvorlage heißt es, daß der erste Schritt sein soll, das zu erarbeiten, was überhaupt hier in Bremen schon vorhanden ist. Dann wird von einem Sofortprogramm gesprochen, das bis zum Beginn der Sommerpause vorliegen soll. Weiter wird von einem Langzeitprogramm gesprochen, und dieses Langzeitprogramm ist meiner Ansicht nach das Entscheidende, weil es all das beinhalten soll, was ich Ihnen jetzt schon drei- oder viermal hier vorgetragen habe.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch wieder darauf hinweisen, was ich hier zitiert habe aus der Deputationsvorlage, in der es heißt — ich will nicht alles wiederholen —, „die Beiräte müssen hier als wesentliches Umsetzungspotential der vom Parlament vorgegebenen und von der Verwaltung konkretisierten Zielsetzungen“ — und so weiter — „angegeben werden.“

(Beifall bei der CDU)

Also „vom Parlament vorgegeben“.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie mit der Antwort fertig?

Abg. Marianne Hänecke (CDU): Ja!

(D)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zusatzfrage, ich nehme an, in dem Zusammenhang, von Herrn Stäcker anzunehmen?

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Man kann doch Frau Hänecke das Nachdenken nicht verbieten!)

Sie haben nicht das Wort, Herr Abgeordneter Dr. Cassens! Meine Damen und Herren, wir wollen doch ordnungsgemäß die Beratungen durchführen!

(Zuruf von der CDU: Das gilt für alle!)

Für alle! Genau! Aber Sie wissen nach der Geschäftsordnung, wenn einer was zu sagen hat, dann steht er auf, hebt den Finger hoch oder macht sich sonst bemerkbar. Ich habe nichts dergleichen von Ihnen gehört, und deswegen habe ich mich eingeschaltet.

Das Wort zu einer Zwischenfrage hat der Abgeordnete Stäcker.

Abg. Stäcker (SPD): Frau Kollegin Hänecke, sind Sie mit mir einig, daß ein konkreter Sachverhalt, so, wie Sie ihn eben erläutert haben, aus der Formulierung, wie sie in der Drucksache des Antrags steht, nicht hervorgeht?

Abg. Marianne Hänecke (CDU): Nein. Ich hatte, Herr Kollege Stäcker, hier Gelegenheit, den Antrag

- (A) zu begründen, und ich gebe Ihnen sogar den Wortlaut dessen, was ich hier gesagt habe. Vielleicht wird es Ihnen dann klar! Wiederholungen sind ja manchmal sehr zweckmäßig, auch wenn es einem zuviel wird.

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten von Hassel entgegenzunehmen?

Abg. Marianne Hänecke (CDU): Bitte, die letzte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr von Hassel!

Abg. v. Hassel (SPD): Frau Kollegin Hänecke, sind Sie bereit, zuzugestehen, daß die von Ihnen ohne Zweifel mit Verve vorgetragenen Sachverwalterziele ihrem Charakter nach ständige Aufgabe sind, so daß wir in einem direkten Gegensatz zu der Institution eines nichtständigen Ausschusses stehen müssen?

Abg. Marianne Hänecke (CDU): Nein, der Meinung bin ich nicht! Ich bin in diesem Fall ganz und gar von der Richtigkeit meiner Vorstellungen überzeugt und könnte nur das wiederholen, was ich gesagt habe.

(Beifall bei der CDU — Abg. Klein
[CDU]: Ach du lieber Gott, Klippschule für Parlamentarismus!)

- (B) Ich habe nun alle Fragen beantwortet, Herr Präsident!

Präsident Dr. Klink: Vielen Dank, daß Sie so viele Fragen beantwortet haben!

Als nächster hat das Wort Herr Senator Seifriz, der als Vertreter des Senats für Herrn Senator Müller beigeordnet ist.

Senator für das Bauwesen Seifriz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf hier zunächst nur sagen, daß es erstens in der unbestrittenen Kompetenz des Parlaments liegt, Ausschüsse zu gründen oder nicht zu gründen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Klein
[CDU]: Gott sei Dank!)

Ich darf zweitens sagen, daß sich die Kompetenz des Parlaments, das zu tun, an bestimmten Vorschriften ausrichtet, die nicht der Senat erlassen hat. Das Parlament — und das ist eben sehr deutlich hier gesagt worden — gründet ganz bestimmte Ausschüsse, wenn ganz bestimmte Aufgaben, zum Beispiel die Erarbeitung eines Gesetzes, anstehen, das mit einem genauen Aufgabenkatalog zu versehen ist.

Ich muß persönlich bekennen, daß ich auch nach dieser Debatte immer noch nicht einsehen konnte, welches denn nun der genaue Auftrag für einen nichtständigen Ausschuß sein sollte. Ich darf außerdem darauf aufmerksam machen, daß die erste Aufgabe, die dieser Ausschuß haben sollte — unbe-

schadet der Frage, ob das die Aufgabe eines Ausschusses sein wird oder nicht, aber das ist ja Ihre Frage —, sein sollte, aufzulisten, was an Umweltschutzaufgaben in Bremen bereits erledigt wird, in welchen Gesetzen das steht und wer das kompetenterweise veranstaltet.

Eine solche Auflistung besteht bereits, die braucht also nicht mehr erarbeitet zu werden, denn der Senat hat bereits in Vorbereitung eines Umweltschutzprogramms — das heißt eines Koordinierungsprogramms, denn darum muß es sich ja handeln, und das, was Bund und Land tun können zu koordinieren, um das zu einer sinnvollen Politik zu gestalten — diese vorbereitende Schularbeit gegen Ende der letzten Legislaturperiode geleistet, und es ist Ihnen außerdem heute mitgeteilt worden, daß dieser Senat dem Hohen Hause noch vor den Sommerferien ein Sofortprogramm und die Konzeption für ein mittelfristiges Programm vorlegen wird.

Ich würde es lediglich für zweckmäßig halten, von allen Grundsätzen mal abgesehen, zunächst einmal dieses Programm abzuwarten, sich als Parlament damit zu beschäftigen, und daraus kann sich ergeben, ob man einen Ausschuß braucht, der das Ganze noch einmal in ein Koordinationsgesetz gibt — vom Senat her würde ich das für eine unzweckmäßige Maßnahme halten —, oder aber, ob es notwendig ist, damit die zuständige Deputation zu beschäftigen, die nicht nur zuständig ist für Umweltschutz und Gesundheit, sondern die zuständig ist für die Umweltschutzfragen ganz allgemein. Sie ist die zuständige Fachdeputation für den Umweltschutzsenator.

Meine Damen und Herren, ich denke, das sollte hier keine Debatte über die Inhalte des Umweltschutzes sein. Dazu ließe sich sicherlich eine ganze Menge sagen, auch aus der Sicht meines Hauses, das sehr viel mit Umweltschutz zu tun hat. Ich darf nur noch bemerken, daß bereits jetzt alle Gesetzesvorlagen und alle Verordnungen, bevor sie in die Deputationen und in den Senat gehen zur Verabschiedung und dann ins Parlament, über den Tisch des Umweltschutzsenators wandern, um auch von dort her zu kontrollieren, ob Umweltschutzgesichtspunkte zu vertreten sind, zu berücksichtigen sind oder nicht. Also auch diese Forderung wird schon jetzt, ohne daß das durch das Parlament durch ein Gesetz verlangt wurde, erfüllt. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ramke.

Abg. Ramke (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Vergangenheit ist über den Umweltschutz sehr viel geredet worden! Ich glaube, jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo gehandelt werden muß. Alle sind sich doch wohl darüber im klaren, daß der Umweltschutz sehr viel Geld kostet und sehr viel investiert werden muß.

Herr Senator Seifriz hatte eben in wenigen Worten angerissen, daß der Präsident des Senats am

(C)

(D)

(A) 24. August 1971 dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft einen Zwischenbescheid gegeben hat. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, als wenn das, was der Präsident des Senats damals gesagt hat, heute nicht mehr ganz die Meinung der SPD-Fraktion ist. Wenn ich — ich lese Ihnen gleich den Text vor — daraus ersehe, daß alle aufgefordert sind, auch in Verbindung mit den Nachbarländern Gesetze zu erarbeiten, dann kann das meines Erachtens nicht nur die Aufgabe einer Deputation sein, sondern, und so haben wir das nur gesehen, die Aufgabe eines nichtständigen parlamentarischen Ausschusses.

Hier wurde die Frage gestellt: „Ist Umweltschutz eine permanente Aufgabe?“ Jawohl, aber der nichtständige Ausschuss hat die Aufgabe, diese Dinge vorab abzuklären in Einklang mit den Nachbarländern und dem Bund. Der Präsident des Senats, ich lese auszugsweise daraus vor — Sie haben es natürlich auch vorliegen —, hat damals geschrieben:

„Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hat den Senat in ihrer Sitzung vom 9. Dezember 1970 ersucht, einen umfassenden Bericht über bereits getroffene und noch zu treffende Maßnahmen für den Umweltschutz und die Umweltschutzhygiene vorzulegen. Die seither von den zuständigen Dienststellen der bremischen Verwaltung angestellten Untersuchungen zur Erarbeitung des erbetenen Berichts haben inzwischen einen Stand erreicht, der es mir erlaubt, Ihnen einen Zwischenbescheid zu geben.“

(B) Ich berichte jetzt nur sinngemäß über eine Anlage zu diesem Bericht: Aus ihr geht hervor, daß wir allein in Bremen 35 Gesetze oder Verordnungen haben, die sämtliche Deputationen berühren, angefangen mit der Polizeiverordnung zum Schutze des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes. Das gehört meines Erachtens in den Bereich des Senators für Inneres. Das heißt, alles, was in Bremen überhaupt zum Umweltschutz in Frage kommen kann, ist bis jetzt in 35 Gesetzen und Verordnungen festgelegt. Hinzu kommen etwa 20 Gesetze und Verordnungen, die den Umweltschutz auf Bundesebene betreffen. Diese 57 Gesetze und Verordnungen müssen, wenn wir der Deputation für Umweltschutz etwas an die Hand geben wollen, doch einmal koordiniert werden, damit wir nicht aneinander vorbeireden.

(Beifall bei der CDU — Glocke — Abg. Gassdorf [CDU]: Wieviel Planstellen könnten da eingespart werden!)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Ramke, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Stäcker anzunehmen?

Abg. Ramke (CDU): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Stäcker!

Abg. Stäcker (SPD): Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, daß bei der Erarbeitung des Immissionschutzgesetzes vier andere Deputationen mit beteiligt waren und gefragt worden sind bei der Aus-

arbeitung und nachher bei der Formulierung, wo diese Dinge, ohne daß das durcheinander kam, erörtert worden sind? Kann das nicht auch bei der zuständigen Deputation jetzt eventuell ebenfalls geschehen?

Abg. Ramke (CDU): Herr Kollege Stäcker, das ist mir genau bekannt, und zwar ist mir das deswegen so gut bekannt, weil das Immissionsschutzgesetz auf Anregung der CDU-Fraktion seinerzeit ins Parlament eingebracht wurde.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann also darüber einen genauen Sachbericht geben. Das Immissionsschutzgesetz war aber nur ein Gesetz. Ich habe Ihnen eben gesagt, daß wir aber viel mehr Gesetze und Verordnungen haben, in Bremen sind es allein 35.

Der Präsident des Senats hatte in seinem Schreiben vom 24. August 1971 dann noch gesagt: „Der diese Bundesgesetze berücksichtigende abschließende Bericht des Senats wird der Bürgerschaft Anfang kommenden Jahres vorgelegt werden können.“

Anfang des Jahres wäre Januar, Februar oder März gewesen, wir haben inzwischen Ende Mai!

„Der Senat ist sich mit der Bürgerschaft in dem Bewußtsein einig, daß der Umweltschutz für unsere künftigen Lebensverhältnisse von entscheidender Bedeutung sein wird. Aus diesem Grund unterstützt der Senat auch nachdrücklich alle Bestrebungen, die darauf abzielen, die zur Zeit angestellten Überlegungen und Maßnahmen auf den verschiedenen staatlichen Ebenen zu koordinieren und zu konzentrieren, um ein möglichst hohes Maß an Wirksamkeit im Interesse unserer Bürger zu erreichen.“

In diesem nichtständigen parlamentarischen Ausschuss sehen wir als CDU-Fraktion praktisch die Ergänzung oder die Fortführung dessen, was der Senat selbst angeregt hat, daß beim Umweltschutz koordiniert und konzentriert werden soll. Ich zitiere weiter:

„Ich darf darauf verweisen, daß der vom Senat vorgelegte Entwurf eines Stadtentwicklungsprogramms dem Umweltschutz besondere Bedeutung beimißt.“ Abschließend heißt es hier — ich darf wieder zitieren —: „Abschließend darf ich darauf hinweisen, daß alle für Bremen zu erwägenden Maßnahmen nicht nur auf die Bundesgesetzgebung, sondern auch auf die Absichten anderer Bundesländer, insbesondere auf Niedersachsen, abzustimmen sind. Die Zusammenarbeit mit diesem Nachbarland hat unter anderem auf dem Gebiet der gemeinsamen Landesplanungsarbeit bereits zu guten Ergebnissen geführt. Mit vorzüglicher Hochachtung, gezeichnet...“

(Abg. Schepers [CDU]: Tepperwien! — Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind doch hier an einem Punkt angelangt, wo wir sagen

- (A) müssen, eine einzelne Deputation, nämlich die Deputation für Gesundheit und Umweltschutz, ist einfach damit überfordert, diese Konzentration und diese Koordination vorzunehmen, von denen der Präsident des Senats selbst spricht, und zwar so vorzunehmen, daß sie mit anderen Bundesländern und der Bundesgesetzgebung abgeklärt wird.

Meine Damen und Herren, über Umweltschutz darf nun nicht mehr nur geredet werden, es ist der Zeitpunkt gekommen, wo gehandelt werden muß.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Hier haben Sie eine echte Chance, über Ihren eigenen — —

(Abg. Tepperwien [SPD]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Herr Tepperwien, wenn Sie mich ansprechen, sind Sie sowieso verkehrt dran!

Hier muß gehandelt werden, meine Damen und Herren, hier haben Sie eine echte Chance, ja zum Umweltschutz zu sagen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neumann.

- (B) Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte nur zwei kurze Bemerkungen machen, und zwar eine zur Sache, und eine zu Herrn Tepperwien.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Also auch zur Sache!)

Nein, wenn ich von dem Beitrag von Herrn Tepperwien ausgehe, wäre das nicht zur Sache.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf noch einmal kurz zusammenfassen: Erstens geht es darum, einen parlamentarischen Ausschuß einzusetzen, eine Sache, die hier schon häufig gemacht wurde. Zweitens geht es uns darum, daß wir mit dem Umweltschutz ein völlig neues Problem haben und daß — —

(Abg. Behrens [SPD]: Davon haben wir schon vor acht Jahren gesprochen!)

Ja, schauen Sie, verehrter Herr Kollege Behrens, das ist ja genau das, was ich Herrn Brandt auch vorwerfe, daß er häufig von vielen Dingen spricht, von Reformen spricht, und dann nichts tut, so wie Sie beim Umweltschutz.

(Beifall bei der CDU)

Es geht zweitens darum, daß eine — —

(Abg. Behrens [SPD]: 25 Jahre haben Sie nichts geschafft! — Weitere Zurufe von der SPD — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Neumann! (C)

Abg. Neumann (CDU): Es geht zweitens darum, daß eine Deputation damit überfordert ist, weil das eben ein Problem darstellt, und das hat ja Ihr verehrter Herr Senator Müller in seiner Jungferrede hier während der Haushaltsberatungen deutlich gemacht, das übergreifend ist, und von dorthier liegt es nahe, daß sich auch auf Parlamentsebene ein Ausschuß damit befaßt.

Drittens meine ich, sollten wir als Parlamentarier auch in diesem Bereich uns nicht die Initiative nehmen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Das zur Sache!

Jetzt noch etwas zu Herrn Tepperwien! Herr Tepperwien, wenn ich daran denke, in welcher Weise Sie bei den Haushaltsberatungen — Sie selbst — mehr oder weniger einen ideologischen Fehltritt durchgeführt haben, wenn ich daran denke, wie kläglich Ihr Senator, was seine Konzeption betrifft, hier aufgetreten ist, dann müßte es Ihnen einfach die Schamröte ins Gesicht treiben, wenn Sie jetzt unseren Antrag, der eben vorsieht, ein Programm zu erarbeiten, ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt eine letzte Bemerkung, fassen Sie diese bitte sehr kollegial auf! Unser Antrag hat unter anderem auch die Funktion, eine interparlamentarische Hilfeleistung — — (D)

(Glocke — Abg. Dr. Cassens [CDU]: Er war ja mitten im Satz!)

Präsident Dr. Klink: Herr Neumann, Sie fingen gerade an, Sie wollten eine letzte Bemerkung machen! An der Stelle habe ich geklingelt. Bevor Sie damit anfangen — das ist jetzt meine Frage —, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Tepperwien anzunehmen?

Abg. Neumann (CDU): Nein, ich bin dazu erst nachher bereit, ich möchte zuerst meinen Satz beenden!

Präsident Dr. Klink: Das hätten Sie mir ja vorher sagen können, dann hätte ich Sie gar nicht abgeklingselt. Sie werden mir also ein Zeichen geben, wenn Sie bereit sind? — Bitte sehr!

Abg. Neumann (CDU): Ich will schon meine Ausführungen damit beenden, indem ich sage, Herr Kollege Tepperwien, fassen Sie unseren Antrag unter anderem auch dahingehend auf, daß wir in ihm eine interparlamentarische Hilfeleistung für Ihren konzeptionslosen Umweltschutzsenator sehen, damit er sich hier und außerhalb von Bremen nicht noch einmal so kläglich blamiert wie bei den Haushaltsberatungen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

(A) Der Abgeordnete Tepperwien wollte noch eine Frage stellen!

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Tepperwien, Sie wollten eine Frage stellen. — Bitte sehr!

Abg. Tepperwien (SPD): Herr Kollege Neumann, können Sie mir den Widerspruch erklären, daß Ihre Kollegen in der Deputation das Konzept des Umweltschutzsenators hingenommen haben und damit einverstanden waren, daß er bis zur Sommerpause ein Sofortprogramm vorlegt, und sie jetzt hier im Parlament genau andersherum argumentieren und sagen, wir brauchen einen parlamentarischen Ausschuß dafür?

Abg. Neumann (CDU): Herr Kollege Tepperwien, ich will Ihnen antworten, indem ich das aufgreife, was Ihr Senator Seifriz gesagt hat. Er hat vorhin gesagt, bisher habe man eine Bestandsaufnahme erreicht und nicht mehr. Über diese Bestandsaufnahme müssen wir hinauskommen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Blöchl.

Abg. Blöchl (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Tepperwien, als erstes möchte ich Ihnen sagen, die CDU hat ein Programm zum Umweltschutz, im Gegensatz zu Ihrer Partei! Sie verlassen sich auf Vorlagen, die Ihnen der Senator überreicht!

(B)

(Abg. Wedemeier [SPD]: Wo ist denn das Programm?)

Hier ist es, bitte schön! Das können Sie sich bestimmt in der CDU-Geschäftsstelle abholen.

(Heiterkeit — Beifall bei der CDU)

Es ist sehr umfassend! Ich glaube, dann könnten Sie mit Ihrem konzeptionslosen Gerede hier aufhören.

Ich möchte auf einige Dinge eingehen, die meiner Meinung nach in den Bereich der Kommunen hinsichtlich des Umweltschutzes fallen. Ich kenne also nicht die vorbereitenden Sachen, die in der letzten Legislaturperiode gemacht wurden, und ich kenne also auch nicht das Konzept, das jetzt überreicht wurde.

(Abg. Dr. Scherf [SPD]: Fragt doch Eure Deputationsmitglieder! — Abg. Neumann [CDU]: Melden Sie sich doch zu Wort, Dr. Scherf!)

Nach meiner Ansicht muß sich zum Beispiel ein parlamentarischer Ausschuß mit der Frage beschäftigen, wie man den Umweltschutz finanzieren soll. Sie sind nämlich hier in Bremen abhängig von der Ertragslage der Betriebe, und Sie wollen von diesen Firmen jetzt eine Umweltschutzmaßnahme verlangen, die sie selbst finanzieren sollen. Wir sind der

(C) Meinung, daß durch Abbau der Gewerbesteuer zum Beispiel die Umweltschutzmaßnahmen in den Betrieben gefördert werden könnten.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Blöchl, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Blöchl (CDU): Nein, danke, ich möchte hier erst einmal meine Ausführungen machen!

Ein anderes Problem sind zum Beispiel die Abgase durch Wärmeerzeugung. Wir würden zum Beispiel plädieren für zwangsweise Anschlüsse von neuen Häusern an ein Fernwärmenetz. Das ist eine Sache, mit der sich ein Ausschuß beschäftigen kann.

Ein weiterer Punkt ist zum Beispiel die Schaffung von Fußgängerbereichen in der Innenstadt. Dazu kommt der Landschafts- und der Umweltschutz.

(Zuruf des Abg. Reichelt [SPD])

Herr Reichelt, ich versuche Ihnen bloß Themen zu nennen, die meiner Ansicht nach in den Kompetenzbereich eines Landes fallen.

(Abg. Hartjen [SPD]: Dann brauchen Sie doch nicht den „Bremen-Plan“ der SPD vorzulesen, den kennen wir doch! — Heiterkeit)

Ich versuche nur, Ihnen ganz spezielle Punkte aufzuzeigen. Ich glaube nicht, daß in Ihrem Programm die Schaffung eines Luftkatasters vorgesehen ist.

(D)

Des weiteren müßte zu besprechen sein, wie man Regeln für abwasserableitende Gewerbebetriebe findet. Es müßte zum Beispiel geregelt werden, wie man Abbauunternehmungen neu wieder anlegt, zum Beispiel Kiesgruben, Sandgruben rekultiviert.

Ein weiteres Problem für uns ist wahrscheinlich die Abfallbeseitigung im Meer. Weiterhin plädieren wir für den Aufbau einer Umweltschutzstatistik mit Luft- und Lärmkataster, Aufbau eines Meßnetzes und Warnsystems für Umweltverschmutzung, Schaffung von Kontrollstellen und Festlegung einer zentralen Rufnummer zur Meldung von Umweltschäden. Weiter müßten wir uns in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß darüber unterhalten — —

(Abg. Franke [SPD]: Untersuchungsausschuß? — Herr Klein als Vorsitzender! — Zurufe von der SPD)

Herr Hartjen, Sie werden mir doch wohl zugestehen, daß es mir als Parlamentsneuling ab und zu einmal passieren kann, daß ich mich einmal verpreche.

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren! Ich bitte doch, versuchen Sie in Ruhe die Ausführungen des Abgeordneten Blöchl anzuhören. Das haben wir mit allen anderen Abgeordneten auch gemacht. Der Abgeordnete Blöchl ist ein junger Abge-

- (A) ordneter, der nicht so häufig am Rednerpult steht. Ich bitte doch Rücksicht zu nehmen und den Abgeordneten Blöchl in Ruhe anzuhören.

Abg. **Blöchl** (CDU): Wir werden auch in einem Ausschuß uns darüber unterhalten müssen, wie wir das Bewußtsein der Bevölkerung in bezug auf den Umweltschutz erweitern können. Ich denke dabei an Aktionen im Sinne der Fernsehspots „Der 7. Sinn“, durch Anzeigenserien, wie sie jetzt laufen, also durch Anzeigenserien, Fernsehspots und Radiomeldungen. Ich glaube, das sind Dinge, die wir in diesem Ausschuß besprechen müssen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Seifriz.

Senator für das Bauwesen Seifriz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte nicht die Absicht, mich noch einmal zu melden, weil wir ja heute keine Umweltschutzdebatte haben. Ich sehe, daß die CDU-Fraktion krampfhaft versucht, diese Debatte in Gang zu bringen. Das ist also nicht meine Absicht.

- (B) Der Senat hat hier erklärt, wann er seine Konzeption hier vorlegen wird, und er wird von dieser Terminierung nicht abgehen. Man muß ja so etwas erarbeiten! Und wenn Sie einen Ausschuß einsetzen wollen, der dasselbe noch einmal machen soll, was der Senat macht, dann ist das Ihre Sache. Ich bin überzeugt, die Mehrheit des Hauses wird eine solche Tätigkeit nicht für sinnvoll halten und infolgedessen ablehnen.

Ich habe das mit etwas höflicheren Worten schon einmal gesagt! Ich bin etwas unhöflicher geworden wegen der nach meiner Meinung sehr unwürdigen und überflüssigen Bemerkung, die der Herr Abgeordnete Neumann über den Kollegen Müller gemacht hat und die ich hier im Namen des gesamten Senats in allerschärfster Form zurückweise!

(Beifall bei der SPD)

Ich gebe zu, daß ein Abgeordneter in diesem Hause und daß ein Senator in diesem Hause und auch außerhalb des Hauses einmal einen sehr guten Tag und einmal einen weniger guten Tag haben kann. Das passiert dem Bausenator, das passiert dem Bürgermeister, und das passiert gelegentlich auch einmal dem Abgeordneten Neumann. Davon bin ich jedenfalls überzeugt,

(Beifall bei der SPD)

so er ein Mensch ist, er ist also ein Mensch!

(Abg. **Koschek** [CDU]: Welchen Tag haben Sie heute?)

Unabhängig davon hat der Herr Kollege Müller in der letzten Sitzung das gesagt, was er in der Verantwortung des Gesamtsenats hier sagen konnte. Er hatte nicht die Aufgabe, und es war nicht seine Absicht, hier eine Konzeption vorzulegen,

sondern er hatte anzukündigen, daß eine solche Konzeption erarbeitet wird auf den Grundlagen, die vorhanden sind. Der Senat bleibt dabei und wird diese Konzeption dem Hause vorlegen, sobald sie fertig ist. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man diese Debatte erlebt, wenn man sie zur Kenntnis nimmt, dann muß man sich mit Bestürzung fragen, meine Damen und Herren von der SPD, was soll das ganze Gerede vom Umweltschutz?

(Beifall bei der CDU)

Hier geht es um Taten, hier geht es um die Parlamentsprärogative!

(Abg. **Bugla** [SPD]: So ist es!)

Unterstellen wir einmal einen kurzen Augenblick, der Senat bemüht sich um die Lösung der Problematik des Umweltschutzes, unterstellen wir das einmal, schließt das denn aus, daß das Parlament nicht auch tätig sein kann und muß in einer so wichtigen Frage?

(Zurufe von der SPD: Wir haben doch eine Deputation!)

(D) Wir haben in den letzten Jahren — und da sollten Sie sich als jüngerer Kollege, Herr Tepperwien, informieren — eine Fülle von wichtigen landes- und kommunalpolitischen Problemen in nichtständigen parlamentarischen Ausschüssen angepackt, unbeschadet der Pflicht des Senats, sich dieser Dinge auch anzunehmen. Dieses Entweder-Oder ist doch unparlamentarisch und sachlich nicht begründet im Hinblick auf den Rang des Problems. Das muß hier doch einmal in allem Ernst festgestellt werden.

Herr Kollege Tepperwien, Herr Kollege Hartjen, entschuldigen Sie, das, was Sie heute morgen sich geleistet haben — ich werde konkret darauf eingehen —, ist widersprüchlich und unsinnig. Herr Kollege Tepperwien hat gesagt, die gesamte Gesetzgebungskompetenz läge beim Bund. Ein völliger Blödsinn! Und Sie haben dann hier in einer Zwischenfrage erklärt, ob wir denn nicht wüßten, daß der Bund die Rahmengesetzgebung in Anspruch nehme. Diesen Widerspruch müssen Sie doch erkennen.

(Abg. **Hartjen** [SPD]: Das ist kein Widerspruch!)

Gerade wenn er die Rahmengesetzgebung in Anspruch nimmt, ist es unsere Pflicht, die Rahmengesetzgebung auszufüllen und den Vollzug zu regeln.

(Beifall bei der CDU)

Diese Ignoranz, meine Damen und Herren, steht im

- (A) krassen Widerspruch zu Ihren ideologisierten Bemühungen um Umweltschutz in der Öffentlichkeit.

(Abg. Hartjen [SPD]: Jetzt weiß ich auch, Herr Klein, wo Sie Ihre Rechtsauffassung immer hernehmen!)

Im übrigen ist es nicht richtig, daß wir nur Gesetze vorbereiten dürften in einem parlamentarischen Ausschuß. Wir können uns auch selbstverständlich anderer Fragen annehmen, haben das auch schon getan.

(Abg. Hartjen [SPD]: Das ist eine ganz andere Sache!)

Ich erinnere an den Ausschuß Landesplanung, ein weiteres wichtiges, kompliziertes, vielschichtiges, viele Ressorts berührendes Problem. Ich darf Ihnen das Thema dieses Ausschusses vorlesen, von dem gesamten Hause in der vorigen Legislaturperiode beschlossen. Wir haben den Antrag ja wiederholt. Der Antrag lautete damals: „Die Bürgerschaft wählt einen aus 13 Mitgliedern bestehenden nichtständigen Ausschuß mit dem Ziel, die Landesplanung Bremen-Niedersachsen und damit die Region Weser/Jade nachhaltig zu fördern.“

Relativ allgemein gehalten! Kein Mensch von Ihnen ist auf den Gedanken gekommen zu sagen, das sei nicht verständlich, das sei zu allgemein, das sei nicht konkret genug!

(B)

Und jetzt sind wir wesentlich konkreter! Wir fordern erstens ein flankierendes Gesetz unter Beachtung der Bundesvorschriften, und zweitens ein Programm. Und selbst wenn der Senat sich jetzt mehr bemüht, als das aus den Ausführungen von Herrn Senator Müller zu erkennen war, sind wir aufgerufen, an einer so wichtigen Problematik auch als Parlament mitzuarbeiten.

Zur Programmatik des Senats darf ich aus der jetzt endlich vorliegenden Umweltschutzvorlage zitieren. Es heißt dort wie folgt:

„Unter dem Umweltschutzprogramm des Landes Bremen ist darüber hinaus ein mittelfristiges und Langzeitprogramm zu verstehen, mit dem die relevanten Probleme des Umweltschutzes für Bremen, Bremerhaven und die umliegende Region nach Kosten und Prioritäten der Inangriffnahme dargestellt werden. Des weiteren wird ein Sofortprogramm erstellt, das in einer Umsetzung der dem Senator für Gesundheit und Umweltschutz zunächst zur Verfügung gestellten Mittel besteht. Die Situationsanalyse“ — Herr Senator Seifriz, die liegt noch nicht vor! — „dürfte etwa vier Monate, das Umweltschutzprogramm bis in die Detailarbeit etwa ein Jahr in Anspruch nehmen. Entsprechend dem Aufbau des Arbeitsbereiches Umweltschutz soll ein Sofortprogramm bis zur Sommerpause der Deputation vorgelegt werden können.“

Meine Damen und Herren, wo steht denn nun, daß wegen dieser mittelfristigen und langfristigen

Bemühungen das Parlament nicht auch noch in einem Ausschuß die Gesamtproblematik zusammengebündelt bearbeiten kann? Wo steht das? Das Problem verlangt von uns, daß wir unserer Prärogative uns entsinnen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will nur ein winziges Beispiel bilden. Ich habe Ihnen schon einmal aus Anlaß unserer Vorlage zum Wasserrecht und aus Anlaß der Ablehnung der Gebührenerhöhungen gesagt, daß das Verursacherprinzip ein ganz wichtiges Element der Lösung der Umweltschutzproblematik sei. Und ich habe beklagt, daß Sie das zwar verbal immer wieder in die Debatte werfen, aber nichts tun, um es zu vollziehen. Und nun muß ich feststellen, daß unser Versuch, das Verursacherprinzip im Wasserrecht zu verankern durch unsere Abänderungsanträge, zu scheitern droht, weil die Vorlage der Deputation für Inneres es gestrichen hat. Das wäre zum Beispiel ein Punkt, Herr Kollege Dr. Scherf, in einer parlamentarischen Ausschußberatung ein wesentliches Element der Lösung der Problematik vorantreibend, reformatorisch zu behandeln bei der Trägheit der Verwaltung in diesem Punkte.

Ein anderer Fall: Bußgeld, Strafvorschriften für Sünder! Es sind eine Fülle von Kleinigkeiten, die sich summieren bei der Verschmutzung unserer Umwelt. Hier vorzugehen, auch mit einer eingeschränkten Personalisierung, stößt auf den Widerstand der Verwaltung, Gegenstand unserer Vorstellungen, auch schon unserer Vorlagen. Warum soll sich darüber nicht einmal ein parlamentarischer Ausschuß unterhalten und sich beraten lassen von verschiedenen Ressorts, aber auch von Sachverständigen außerhalb Bremens?

(Beifall bei der CDU)

Ich behaupte noch einmal, die Problematik zwingt uns dazu, diese auch unsere parlamentarische Pflicht zu erfüllen. Ich bin bestürzt, daß heute morgen unser Antrag von Herrn Tepperwien und auch durch den Zwischenruf von Herrn Hartjen in einer derart unqualifizierten Weise vom Tisch gewischt worden ist. Wenn das so weitergeht, meine Damen und Herren, tun Sie Bremen einen verdammt schlechten Dienst!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Horst-Werner Franke.

Abg. Franke (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion macht blödsinnige Bemerkungen, unsinnige Bemerkungen, unqualifizierte Bemerkungen! Herr Klein tritt also wieder einmal nach seiner bewährten Manier als der große Endrichter in einer Debatte auf und sagt,

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) wir bescheinigen euch — und dann kommen alle diese Attribute.

(Abg. Neumann [CDU]: Sie haben Herrn Tepperwien nicht gehört! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Klein zu beantworten?

Abg. Franke (SPD): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Klein!

Abg. Klein (CDU): Ich möchte mir die Frage erlauben, Herr Kollege, ob ich heute auch wieder vor Haß geübert habe, wie Sie erst gestern zu meinen beliebten?

Abg. Franke (SPD): Ich empfand die Ansätze, Herr Kollege Klein, um es ganz konkret zu beantworten, da Sie einzelnen Kollegen meiner Fraktion Blödsinnigkeit bescheinigten, nicht gerade als eine besonders tolerante und liebevolle Ausdrucksweise!

Wollen wir doch, meine Damen und Herren von der CDU, die Sache einmal so nennen, wie sie von Ihnen gemeint ist. Sie sagen, es soll endlich etwas konkret für den Umweltschutz getan werden. Und ich behaupte, daß genau das, was Sie heute hier im Plenum verlangen, ein Versuch ist, die hoffnungsvollen ersten Ansätze über ein eingerichtetes Senatsressort und eine diesbezügliche eigenständige Deputation zu blockieren. Was Sie nämlich vornehmen, Herr Neumann, das haben Sie in Ihrem Beitrag endlich einmal aus dem Sack gelassen: Sie wollen doch nichts anderes, als ein Ressort und eine Deputation vom Parlament her unter Kuratel stellen.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Ach Gott!)

Sie wollen doch nichts anderes, als das, was als Ansatz und endlich auch als Tat von einer Deputation und von einem Senatsressort in die politische Arena getragen werden kann, damit blockieren, wollen Sie dadurch Querschüsse entgegenstellen, indem Sie einen Parlamentsausschuß dazusetzen.

Warten Sie doch ab, was eine Deputation zu leisten imstande ist! Warten Sie doch ab, was ein Senatsressort, das eben anfängt, in dieser Hinsicht leisten kann! Wieso muß gleich am Anfang der Legislaturperiode, wo wir die Arbeit beginnen, diesen beiden Institutionen — Senatsressort und Deputation — der Parlamentsausschuß zugeordnet werden? Das heißt doch nichts anderes — und das ist Ihre Absicht —, als daß Sie erklären wollen, der diesbezügliche Senator und die diesbezügliche Deputation werden das Problem nicht lösen. Und Sie meinen, wir Sozialdemokraten sind so naiv und werden heute hier Ihrem Versuch zustimmen, ein Ressort und eine Deputation mazzusetzen?

(Beifall bei der SPD)

Meinen Sie im Ernst, daß wir Ihren natürlich aus der Oppositionsrichtung verständlichen taktischen Zug,

uns selbst Schwierigkeiten in den Weg zu legen, meinen Sie im Ernst, daß wir diesen Versuch heute noch durch das Mitbestimmen honorieren?

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Gassdorf entgegenzunehmen?

Abg. Franke (SPD): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Gassdorf!

Abg. Gassdorf (CDU): Darf ich Ihren Ausführungen entnehmen, daß Sie unserem Antrag nur heute deshalb nicht zustimmen, weil er von uns kommt und Sie diesen Antrag in einiger Zeit, nachdem Sie neue Erkenntnisse gewonnen haben, dann selbst noch einmal dem Hause vorlegen werden?

Abg. Franke (SPD): Das, Herr Gassdorf, dürfen Sie nicht daraus entnehmen. Ich möchte Ihnen klipp und klar sagen, wir haben als Sozialdemokraten dieses Ressort neu geschaffen, die diesbezügliche Deputation mit diesen Aufgaben neu betraut, und wir wollen von Ressort und Deputation her endlich Nägel mit Köpfen machen. Wir wollen dort arbeiten, und wir haben sogar schon in den ersten Leitlinien, in den ersten Ansätzen die sehr hoffnungsvolle Erkenntnis gewonnen, daß dieses Ressort in Kürze mit ganz konkreten Leistungen vor diesem Hause wird aufwarten können. Und wir sehen nicht den geringsten Anlaß, diese hoffnungsvollen Ansätze dadurch zu blockieren, daß wir mit Mehrheit im Parlament quasi einen Mißtrauensantrag, denn das ist die Einrichtung in diesem Punkte, eines parlamentarischen Ausschusses —

(Widerspruch und Lachen bei der CDU)

Natürlich ist das von Ihnen gemeint, wenn Sie, Herr Neumann, sich hier hinstellen und auf den Senator in der Art und Weise abstellen, wie Sie es gesagt haben. Da haben Sie doch die Katze aus dem Sack gelassen und haben nichts anderes gemeint!

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich doch mit diesem Antrag wieder einmal auf Senator Müller eingeschossen, und Sie hoffen jetzt noch, die Stimmen der SPD für dieses Manöver zu bekommen. Für so naiv, meine Damen und Herren, hätte ich Sie nicht eingeschätzt.

(Starker Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Jackisch.

Abg. Jackisch (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß es nötig ist, einmal wieder etwas Sachlichkeit in die Debatte hineinzubringen.

(Abg. Böhrsen [SPD]: Das sagen Sie mal Ihrem Kollegen Neumann!)

(C)

(D)

- (A) Herr Böhrnsen, beruhigen Sie sich, warten Sie erst mal ab, was ich Ihnen vortrage! Ob Sie dann noch so ruhig und sachlich bleiben, das wird sich zeigen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Hören Sie auf!
— Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, für den außenstehenden Betrachter könnte sich hier fast der Eindruck ergeben — und das Bild und die Unruhe in den Reihen der Regierungsfraktion bestätigen mich in meiner Annahme —, als habe die Opposition einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der vergleichbar sei mit den Affären um den Baulandskandal. Meine Damen und Herren, hier wird viel von Umwelt gesprochen. Wir haben davon gesprochen, daß sich ganz neue Gesichtspunkte in der kurzen Vergangenheit ergeben haben. Der Kollege Behrens jedoch hat hier vorhin vorgetragen, daß das keine neuen Gesichtspunkte seien, sondern sich die SPD seit acht Jahren damit befasse.

Meine Damen und Herren, meine Frage und die Frage meiner Freunde lautet: Wenn Sie als SPD acht Jahre mit dem Umweltschutzproblem gearbeitet haben, wo sind Ihre konkreten Ergebnisse?

(Beifall bei der CDU)

- (B) Diese Ergebnisse liegen bis zum heutigen Tag nicht vor! Im Gegenteil, meine Damen und Herren, und das müssen Sie sich hier sagen lassen — und das haben einige meiner Kollegen Vorredner hier deutlich gesagt —, der Senator war nicht in der Lage, nach achtjähriger Beratung in der SPD während der Haushaltsberatungen uns einen Plan vorzulegen. Der Senator hat der Deputation erst in der letzten Sitzung ein Arbeitspapier auf den Tisch gelegt, über das man diskutieren kann. Und, Herr Kollege Tepperwien, Sie müssen hier ganz offen zugestehen, in eine Debatte ist die Deputation über diese Punkte nicht eingetreten, sondern wir haben erst einmal das Papier zur Kenntnis genommen und nicht, wie Sie hier vorgetragen haben, am Ende sogar noch zustimmend zur Kenntnis genommen. Das muß man einmal sehr deutlich sagen!

Und, meine Damen und Herren, noch etwas! Ich weiß nicht, ich habe so den Eindruck, als ob diese Phase, die hier beantragt worden ist, bei einigen Kollegen doch über den Charakter eines lapidaren Gemeindeparkaments gar nicht hinausgeht. Das ist eine Sache, die sich Umweltschutzfragen für die Gesamtheit auf bundesweiter Ebene nennt und darüber hinaus in diesem Hause vor dem Landtag behandelt wird. Wo bleibt die Konzeption für Bremerhaven, meine Damen und Herren? Ich möchte nur einmal daran erinnern, die Deputation für Gesundheit und Umweltschutz ist eine städtische Deputation! Können Sie mir vortragen, wie Sie die Fragen mit Bremerhaven koordinieren wollen? Hier, meine Damen und Herren aus Bremerhaven, müßte der Beifall einsetzen, daß sich die Regierung nämlich

auch um Bremerhavener Anliegen kümmern müsse. (C)

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD)

Das geht nämlich hier in diesem Zusammenhang in keiner Weise daraus hervor.

Und wenn Sie jetzt der Meinung sind, meine Damen und Herren, wir wollen hier zu Gericht gehen in diesem Ausschuß, wie es der Kollege Franke hier vorgetragen hat, dann muß man bei nüchterner Betrachtung echt ins Lächeln geraten. Und wenn Sie erwarten, daß wir einen Buhmann — Senator Müller — aufbauen wollen, dann irren Sie sich. Das Problem des Umweltschutzes ist meiner Fraktion viel zu ernst dazu.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Schepers.

Abg. Schepers (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte Herrn Kollegen Franke doch einiges antworten!

Das Recht des Parlaments, nichtständige Ausschüsse einzusetzen, ergibt sich aus Artikel 105 der Landesverfassung und aus Paragraph 63 der Geschäftsordnung.

(Abg. Behrens [SPD]: Das ist bekannt!
— Abg. Böhrnsen [SPD]: Nehmen Sie doch zur Kenntnis, das wir das nicht wollen!) (D)

Moment! Ich weiß das ja, Herr Kollege Böhrnsen! Aber die Auffassung, die hier vertreten worden ist, daß ein nichtständiger Ausschuß eingesetzt werden soll, um ein Fallbeil darzustellen für einen Senator oder sonst etwas, davon kann überhaupt nicht die Rede sein, wenn Sie den Text dieses Antrags hier durchlesen.

(Abg. Klein [CDU]: Geradezu grotesk!)

Sie wissen genau, Herr Kollege Franke, daß nichtständige Ausschüsse ein ureigenstes Recht dieses Parlaments sind, und dieses Recht des Parlaments, einen nichtständigen Ausschuß einzusetzen,

(Abg. Hartjen [SPD]: Alles klar!)

um ein Programm und ein Gesetz betreffend Umweltschutz zu erarbeiten, ist deshalb schon notwendig, weil der Senat ja selbst in seiner Antwort vom 24. August 1971 erklärte, daß die Maßnahmen auf die Bundesgesetzgebung und andere Bundesländer abzustimmen sind. Mit anderen Worten, Sie können mit Verordnungen nicht Zusammenarbeit mit anderen Ländern dokumentieren, sondern dafür müssen Sie doch Gesetze machen, die abgestimmt sind mit den notwendigen entsprechenden Gesetzen der umliegenden Länder. Es geht hier also nicht darum, einen Ausschuß einzusetzen, der dem Senat oder den senatorischen Dienststellen Arbeit abnehmen

- (A) soll, sondern der in gesetzliche Form bringen soll, was der Senat und die Behörden zu tun haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Friedrich Meier.

Abg. Friedrich Meier (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Schepers, es ist uns wohl klar, daß wir nach der Verfassung die Möglichkeit haben, einen Ausschuß für Umweltschutz einzusetzen. Das brauchen Sie uns nicht zu erzählen!

Ich habe mich nur deswegen gemeldet, um hier einmal ganz deutlich zu sagen, daß wir es waren, die einen Umweltschutzsenator hier gewählt haben, und daß Sie es waren, meine Damen und Herren von der CDU, die es im Rahmen der Haushaltsberatungen abgelehnt haben, diesem Umweltschutzsenator Mittel und Personal zur Verfügung zu stellen, damit er erst einmal in der Lage ist, arbeiten zu können.

(Beifall bei der SPD — Widerspruch bei der CDU)

- (B) Es ist doch wohl sicherlich richtig, daß Umweltschutz bisher geleistet worden ist in allen Ressorts und daß es jetzt die Aufgabe dieses Senators sein wird, mit dem vorhandenen Personal das, was in allen Ressorts geleistet wird, zusammenzufassen im Umweltschutzressort.

Wir gehen davon aus, daß wir uns mit dieser Frage erneut beschäftigen werden, wenn die Gesamtkonzeption Umweltschutz vom Senat erstellt worden ist, so, wie wir es bereits in den Haushaltsberatungen gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag betreffend Einsetzung eines nichtständigen parlamentarischen Ausschusses zur Erarbeitung eines Konzepts beziehungsweise eines Gesetzes betreffend Umweltschutz zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Ich stelle fest —

(Abg. Klein [CDU]: Ich bitte um Auszählung!)

Gut! Ich stelle nach meinem optischen Eindruck fest, das letztere war die Mehrheit, und der Antrag wäre

- abgelehnt. Es wird um Auszählung gebeten! Ich bitte, stehen zu bleiben! (C)

(Starke Unruhe)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dafür CDU und FDP)

Das ist eindeutig die Minderheit! 37 zu 45!

Der Antrag ist abgelehnt.

Einschulung niedersächsischer Schüler in bremischen Gymnasien

Antrag der Fraktion der FDP vom 20. April 1972
(Drucksache 8/256)

Dazu Herr Senator Thape, ihm beigeordnet Herr Senatsdirektor Kreuser. Ist er im Hause?

(Senator Thape: Er hat noch eine Besprechung im Hause!)

Der Antrag ist unterzeichnet von dem Abgeordneten John und Fraktion der FDP. Er liegt den Abgeordneten gedruckt vor und hat folgenden Wortlaut:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht zu prüfen und der Bürgerschaft zu berichten, in welchem Umfang in diesem Jahr Schüler aus niedersächsischen Randgemeinden in 5. Klassen der bremischen Gymnasien aufgenommen werden können.“

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schütte.

Abg. Eva Schütte (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu diesem Antrag und zu dem Problem dieses Antrags hat mein Fraktionsvorsitzender, Herr John, schon einen Brief gewechselt mit der Schulbehörde, und er hat eine Antwort zu diesem Problem erhalten. Aber die Antwort genügt uns nicht, und darum heute die Begründung.

In diesem Antrag wird, wie Sie vielleicht auch wissen, erwähnt, daß die Gymnasien überfüllt sind. Das ist ein Problem, das uns auch in der Deputation für Bildung sehr intensiv beschäftigt und auch in Zukunft sehr beschäftigen wird. Aus Niedersachsen gehen im Schuljahr 1971/72 6,8 Prozent an bremische Gymnasien. Der Zuzug an die Gymnasien wird sich weiterhin verstärken, so daß sich das Problem der Überfüllung noch entsprechend ausweiten wird.

Man hat uns in diesem Briefwechsel mit Herrn John mitgeteilt, daß man eben aus diesen Gründen dazu gezwungen war, die Anmeldungen aus den Gemeinden Lilienthal, Heidberg, Falkenberg, Neuenkirchen, Osterhagen-Ihlpohl, Ganspe, Lemwerder zurückzuweisen. Eben das ist das Problem!

(D)

- (A) Man hat versucht, diese schwierige Situation für die Eltern in den Randgemeinden etwas zu entschärfen, indem man vorgeschlagen hat, die Schulkapazität auszuweiten, und zwar für die Gemeinden Lilienthal, Heideberg und Falkenberg. Wir finden, das ist kein genügendes Befassen mit diesem Problem. Wir möchten anregen, daß man im Sinne unseres Antrags hier eine Einigung mit Niedersachsen anstrebt über eine Beteiligung an den Aufwendungen für den Neubau von Gymnasien.

Das bietet sich heute mehr denn je an. Früher, als wir einen Vertrag mit den Randgebieten in Niedersachsen über die Einschulung der niedersächsischen Kinder in bremische Schulen gemacht haben, gab es noch nicht das neue Steuergesetz. Nach dem jetzigen Steuergesetz fallen die Steuern in den Wohngebieten an, also die Pendler aus Niedersachsen, die hier ihren Lohn und ihre Gehälter empfangen, bezahlen ihre Steuern in ihrem Wohngebiet. Daher finden wir es logisch, wenn Niedersachsen sich auch an den Institutionen beteiligt, die hier gebaut werden müssen und die von den Kindern, die aus Niedersachsen kommen, besucht werden. Unser Vorschlag dazu wäre, daß man im Rahmen der Verhandlungen mit Niedersachsen auch hier einen Ausgleich sucht.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

- (B) (Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz)

Abg. Dr. Sieling (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Von dieser Stelle aus ist soeben von Vertretern der SPD-Fraktion und der Regierung wiederholt betont worden, wie sehr man sich um die Zusammenarbeit mit dem Bremer Umland bemühe, daß man eine Politik anstrebe, die keine Landesgrenzen kennt. Die Frage, die in dem Antrag der FDP-Fraktion angeschnitten wird, ist ein Beispiel dafür, daß es eben nicht so klappt, wie es so oft betont und behauptet worden ist.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, Herr Senator Thape, daß ich vor Jahren schon einmal mit Ihnen einen Briefwechsel zu diesem Punkt geführt habe, nachdem wir Gespräche geführt hatten mit der CDU-Fraktion im Kreistag vom Landkreis Osterholz. Wir haben diese Frage der Notwendigkeit, zu Übereinkünften zu kommen, bereits vor Jahren angeschnitten und beidseitig behandelt, nur hat es offensichtlich zwischen der Regierungsebene in Bremen und der Regierungsebene in Niedersachsen nicht geklappt.

Wie würde sonst folgender Antrag aus dem Niedersächsischen Landtag zu verstehen sein, der, meine Damen und Herren, nicht von der dortigen Opposition, der CDU, sondern von den Abgeordneten Klusmann und Schlüter gestellt worden ist, beide Mitglieder der SPD-Fraktion im Niedersäch-

sischen Landtag. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten den Wortlaut kurz einmal wiedergeben. Es heißt dort zum Thema Besuch der Gymnasien in Bremen:

„Schüler aus niedersächsischen Gemeinden, die unmittelbar an das Land Bremen angrenzen, haben offensichtlich Schwierigkeiten, in Bremer Gymnasien aufgenommen zu werden. Sie müssen unter Umständen niedersächsische Gymnasien besuchen, die wesentlich weiter von ihrem Wohnort entfernt sind. Das gilt für Schüler aus Gemeinden im Landkreis Oldenburg-Land, Gemeinde Stuhr, im Landkreis Wesermarsch, Gemeinde Berne, Gemeinde Altenesch und im Landkreis Osterholz-Scharmbeck die Gemeinde Platjenwerbe. Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist es rechtlich zulässig und sachlich gerechtfertigt, wenn das Land Bremen Schüler aus Niedersachsen zurückweist, weil die Kapazität der entsprechenden Bremer Gymnasien begrenzt ist?

2. Kann von Schülern aus Niedersachsen eine zusätzliche Aufnahmeprüfung verlangt werden, wenn sie ein Gymnasium in Bremen besuchen wollen?

3. Sieht die Landesregierung eine Möglichkeit, mit dem Land Bremen eine Übereinkunft zu erzielen, durch die uneingeschränkt sichergestellt wird, daß Schüler aus den angrenzenden Gemeinden Bremer Gymnasien besuchen können?“

Soweit, meine Damen und Herren, der Wortlaut der Anfrage der SPD-Abgeordneten im Niedersächsischen Landtag. Eine Antwort der niedersächsischen Regierung ist, soweit ich weiß, noch nicht erteilt worden. Es wäre hier die Frage an den zuständigen Senator Bremens zu stellen, ob Niedersachsen sich inzwischen aufgrund dieser Anfrage mit Bremen in Verbindung gesetzt hat und was gegebenenfalls bei den Gesprächen auf Regierungsebene beider Länder herausgekommen ist.

Meine Damen und Herren, im Schuljahr 1971/72 haben sich 1440 Schüler aus den niedersächsischen Randgemeinden in bremischen Schulen beworben, wenigstens nach der Statistik, die mir zugänglich war. Im Schreiben vom 24. März 1972, also neuesten Datums, hat Bildungssenator Thape den Landkreisen sowie dem niedersächsischen Kultusminister mitgeteilt, daß vom Schuljahr 1973/74 an keine niedersächsischen Schüler mehr in bremische Schulen aufgenommen werden könnten, auch nicht aus den unmittelbar angrenzenden Randgemeinden. Nur in besonderen Ausnahmefällen könnte eine solche Aufnahme ausnahmsweise einmal erfolgen.

Die niedersächsischen Randgemeinden Bremens sind völlig auf Bremen ausgerichtet. Das gilt für die Eltern in bezug auf ihre Arbeitsplätze, so daß man sich dort fragt, warum nicht auch die Schüler in bezug auf ihre Schulplätze so ausgerichtet werden. Sie haben zum Teil nicht einmal geeignete Verkehrsverbindungen nach Osterholz-Scharmbeck, zum Besuch des Gymnasiums oder der Mittelschule beziehungsweise der Mittelpunktschule in Ritterhude,

(C)

(D)

- (A) wenn wir es einmal auf den Kreis Osterholz beziehen.

(Abg. Kähler [SPD]: Ist das Sache Bremens?)

Darauf komme ich gleich noch!

So entstehen für die bisherigen Schüler der Gymnasien in Blumenthal und Lesum sowie des neuen Schulverbundes Lesum Fahrzeiten von weit über einer halben Stunde, als reine Fahrzeit wohlgemerkt, wo vorher Schulwege von wenigen Minuten Fußweg ausgereicht haben.

Meine Damen und Herren, es geht hier aber nicht nur um die Fahrzeiten. Sie alle wissen, daß der moderne Unterricht die Differenzierung anstrebt. Mit der Differenzierung aber kommt es automatisch dazu, daß nicht alle Kinder zur gleichen Zeit die Schule verlassen. Das führt dazu, daß Gruppen von Schülern stundenlang warten müssen, bis die letzten, für die der Bus zuständig ist, ihren Unterricht beendet haben. Diese kommen dann erst am Nachmittag nach Hause, obgleich sie nicht etwa Ganztagschule gehabt haben, sondern nur Vormittagsunterricht.

- (B) Hinzu kommt, daß sich aus der Notwendigkeit des Wartenmüssens ergibt, daß die Schüler sich an die Landstraße stellen, um per Anhalter nach Hause zu fahren. Eine Konsequenz, die man einfach nicht unterbinden kann. Ich selbst habe auf diesem Sektor ja gewisse Erfahrungen von Osterholz aus; ich nehme aber an, daß es aus anderen Richtungen, auf Bremen bezogen, ähnlich aussehen wird.

Der Landkreis Osterholz hat bereits vor drei Jahren offiziell angeboten — in diesem Zusammenhang ist ja damals unser Briefwechsel erfolgt —, den zusätzlich entstehenden Bedarf an Schulraum durch niedersächsische Schüler, die Bremen besuchen, aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Allerdings sollte die Bezahlung zusätzlicher Lehrkräfte dann Sache des Landes Niedersachsen sein.

Es ist die Frage aufzuwerfen, was aus diesen Angeboten geworden ist, zu welchen Gesprächen diese Angebote auf offizieller Ebene geführt haben, ob damals Entscheidungen in irgendeiner Form gefallen sind und wie diese begründet worden sind. Die bremischen Behörden haben über dieses Angebot des Landkreises nach Aussagen von Vertretern des Kreises Osterholz-Scharmbeck nicht einmal diskutiert. Es entsteht der Eindruck, daß man es für unter der Würde einer bremischen Landesbehörde hält, mit einem niedersächsischen Landkreis zu verhandeln. Meine Damen und Herren, es gibt so etwas wie gleichwertige Ebenen, es gibt dort die Landesebene und hier die Landesebene, es gibt kommunale Ebenen untereinander, aber da das Land Bremen, oder sagen wir besser, da beide Städte des Staates Bremen nun einmal von niedersächsischem Umland umgeben sind, bricht einem Landesvertreter ja wohl kein Zacken aus der Krone, wenn er auch einmal

direkte Verhandlungen mit den umliegenden Kreisen aufnimmt.

(Beifall bei der CDU)

Der Landkreis Osterholz, meine Damen und Herren, hat eine Schulbuslinie von Platjenwerbe über Osterhagen, Ihlpohl nach Osterholz eingerichtet. Diese Buslinie kostet täglich hundert Mark. Wenn Sie das einmal über den Daumen rechnen, kommen Sie zu einer Viertelmillion für eine Buslinie pro Jahr. Es laufen aber mehrere Buslinien. Diese Buslinien könnten eingespart werden, dann wäre nichts einfacher und sinnvoller, als dieses Geld umzuschlagen auf einen Zuschuß für bremische Schulen, die am Rande Bremens liegen, damit diese in die Lage versetzt würden, entsprechend Schüler aufzunehmen.

Sie können jetzt die Gegenrechnung aufmachen und sagen, daß wegen drei Mann mehr für eine Schule beziehungsweise eine Klasse keine neue Klasse eingerichtet werden kann, wenn die Klasse besetzt ist. Das ist jedoch eine Milchmädchenrechnung! Unterm Strich, in Schnitzzahlen gerechnet, sind es effektive Angebote, die gemacht worden sind, die auch vernünftig umgesetzt werden können. Das ist wenigstens unsere Meinung.

Meine Damen und Herren, dieser Sachverhalt mangelnder Kooperationsbereitschaft ist sowohl bei der Niedersächsischen Landesregierung als auch bei den infrage kommenden Stellen in Bonn, insbesondere bei den niedersächsischen Bundestagsabgeordneten bekannt.

(Glocke)

Vizepräsident Ehlers: Herr Kollege Dr. Sieling, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Fischer entgegenzunehmen?

Abg. Dr. Sieling (CDU): Bitte sehr!

Vizepräsident Ehlers: Bitte, Herr Fischer!

Abg. Fischer (CDU): Herr Kollege Dr. Sieling, ich möchte gern ein Mißverständnis, was hier vorzuliegen scheint, ausräumen. Sie haben eben gesagt, die Buslinie kostet hundert Mark. Haben Sie gemeint 100 oder 1000 Mark?

Abg. Dr. Sieling (CDU): 100 DM täglich!

(Abg. Fischer [CDU]: Dann würde das keine Viertelmillion sein, sondern erheblich weniger! Bei 1000 Mark käme das schon eher hin!)

Herr Fischer, der Mathematiker gibt sich im Kopfrechnen neidlos vom Juristen geschlagen. Die eine Null war zuviel! Schade, daß Sie es gemerkt haben!

Nun, meine Damen und Herren, festgehalten werden muß, daß zum Beispiel der Kreistag von Osterholz, das wissen wir positiv, seit Jahren jederzeit gesprächsbereit gewesen ist. Ich möchte annehmen, daß auch die Kreistage der anderen umliegenden Kreise zu Gesprächen bereit gewesen sind. Der

(C)

(D)

- (A) Landkreis Osterholz möchte erreichen, daß ein gemeinsamer Ausschuß der Landesplanung mit Bremen-Nord eingerichtet wird, und zwar nicht nur auf Verwaltungs-, sondern auch auf politischer Ebene. Ein Muster für die Zusammenarbeit der Länder könnte dabei der sehr gut funktionierende gemeinsame Schulausschuß Hamburg — Schleswig-Holstein abgeben.

Meine Damen und Herren, in der Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein klappt vieles wesentlich besser als zwischen Hamburg und Niedersachsen, das sei eingeräumt. Das ist umso bemerkenswerter, als zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein die SPD-Regierung es mit einer CDU-Regierung zu tun hat. Hier ist es doch so, daß die SPD mit der SPD zu tun hat. Da müßte es doch erst recht klappen, meine ich. Warum funktioniert das eigentlich nicht?

(Abg. John [FDP]: Es ist manchmal erheblich schwieriger mit den eigenen Leuten!)

Wir sollten hier nicht zurückhalten mit dem Bekenntnis, daß das Land Bremen seine Studenten jahrelang auf Universitäten anderer Bundesländer geschickt hat. Mir ist nicht bekannt, ob und was Bremen dafür als Entgelt zu zahlen gehabt hat. Ich glaube, nichts!

- (B) Ebenso haben wir jahrelang, bevor wir in Bremen ein Studienseminar hatten, unsere Studienreferendare zur Ausbildung nach Hamburg geschickt. Das alles ist gemacht worden im kameradschaftlichen Austausch auf dem Boden echter Kooperation.

Bremen, meine ich, sollte sich schon im Hinblick auf den Wunsch nach Erhaltung seiner Eigenstaatlichkeit in dieser Frage einer notwendigen Kooperation mit dem Umland nicht als kleinlich erweisen. Die CDU hält den geforderten Bericht des Senats zu diesem Punkt, vielleicht sogar in etwas erweiterter Form, nicht nur bezogen auf das erste Einschulungsjahr, für dringend erforderlich. Die CDU-Fraktion wird daher den Antrag 8/258 unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat der Abgeordnete Horst-Werner Franke.

Abg. Franke (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Natürlich ist es wünschenswert, über diesen Vorgang „Schüler aus niedersächsischen Randgemeinden in Bremen“ einen Bericht zu hören. Aus diesem Grunde werden wir diesem Antrag der FDP, einen solchen Bericht hier vorgetragen zu bekommen, zustimmen.

Gleichwohl möchte ich an dieser Stelle einige Anmerkungen, wie es auch die anderen Redner getan haben, zu diesem sehr komplizierten Thema machen. Sie haben ja eben selbst, Herr Dr. Sieling, in den Zahlen, die Sie eben genannt haben, erkennbar gemacht, daß wir praktisch ein eigenes Gymnasium

in Bremen mit niedersächsischen Schülern vorhalten. Ein ganzes Gymnasium! Nun ist bei einem Gymnasium nicht nur — als Gesamtkomplex gesehen — das Problem des Bauens wichtig, sondern wichtiger sind fast noch die Folgekosten. Sie wissen, wie intensiv Schulbetrieb von den Personalkosten her ist. Schulraum zu erstellen ist das eine, eine Schule aber dann mit dem nötigen Kollegium auszurüsten und weiterzubetreiben ist das andere.

Sie erinnern sich ja nun weiß Gott deutlich genug an die Haushaltsdebatten, wo wir um die Bedürfnisse auch gerade des Gymnasialschulwesens hier hart diskutiert und gerungen haben, und wir zugestehen mußten, daß Engpässe und Notsituationen bleiben. Hier ist wirklich die Frage, ob das Land Bremen angesichts der Engpaßsituation, die es seiner eigenen Bevölkerung zumuten muß, sich leisten kann, ein Gymnasium für nichtbremische Schüler vorzuhalten.

Es sind natürlich Härtefälle im Umland spürbar, aber diese Härtefälle sind ja auch nach der jetzigen Regelung nicht unlösbar, und wir werden ja von Fall zu Fall darüber reden, und das ist ja auch den niedersächsischen Stellen mitgeteilt worden.

Es ist aber doch, wenn man eine globalere Lösung anstrebt, wie Sie sie offensichtlich im Auge haben, doch nicht nur eine Frage, ob irgendwelche Mittel für Schulraum bereitgestellt werden können, sondern es ist auch eine Frage, ob Bremen verpflichtet ist, für Schülerzahlen in der Größenordnung eines Gymnasialsystems Lehrer aus dem bremischen Haushalt zu bezahlen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Dazu wäre Niedersachsen verpflichtet!)

Dazu wäre wohl dann, wie Sie sagen, das Land Niedersachsen verpflichtet. Ich weiß es nicht, ob das so einfach ist, angesichts der Situation, daß Niedersachsen ja im Umland um Bremen eigene Gymnasien betreibt. Ich weiß nicht, ob das Problem so einfach von Niedersachsen her lösbar ist: Wir stellen praktisch ein ganzes Kollegium Bremen zur Verfügung.

Das scheint mir eine sehr komplizierte Frage zu sein, die man nicht so einfach mit einem Handstreich lösen kann. Ich meine, es wird gut sein, wenn man sich darüber weiter unterhält, es wird gut sein, darüber einen Bericht zu bekommen. Ich bin aber sehr skeptisch, ob wir das Problem so lösen können, daß wir innerhalb Bremens sozusagen ein Niedersachsen-Kollegium aufmachen. Da habe ich meine großen Bedenken.

(Glocke)

Vizepräsident Ehlers: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage der Abgeordneten Spies zu beantworten?

Abg. Franke (SPD): Bitte!

Vizepräsident Ehlers: Bitte, Frau Spies!

Abg. Hannelore Spies (CDU): Herr Kollege Franke, sind Sie unterrichtet, wie es in Wesermünde ge-

(C)

(D)

- (A) halten wird, wo ja Niedersachsen auf bremischem Gebiet ein Gymnasium errichtet hat, ob auch Bremerhavener Schüler in dem Gymnasium unterrichtet werden können?

Abg. **Franke** (SPD): Das hängt wohl mit der besonderen Struktur des Kreises Wesermünde zusammen, der ja auch, wenn ich richtig informiert bin, andere Regierungsinstitutionen, Verwaltungsstellen und so weiter im Bremerhavener Gebiet untergebracht hat. Das ist eine Situation, die auch mit der besonderen Geschichte der Entstehung des Gesamt-raums Bremerhaven zusammenhängt und nicht unbedingt vergleichbar ist mit den Randgemeinden um Bremen herum.

Wir können eines, glaube ich, doch übereinstimmend feststellen: Die Schwierigkeiten, die Niedersachsen in der schulischen Versorgung seiner Bürger hat, können nicht finanziell vom Land Bremen gelöst werden. Das ist völlig unmöglich angesichts unserer eigenen knappen Situation. Eine Lösung dieses Problems wäre nicht so sehr durch einen Dialog zwischen Osterholz-Scharmbeck und Bremen herzustellen, sondern eine Lösung dieses Problems — wenn Niedersachsen es wünscht, ein niedersächsisches Gymnasium auf Bremer Gebiet zu betreiben wegen der besseren Verkehrsverhältnisse — müßte durch Anstoß von Niedersachsen zu uns kommen, denn Niedersachsen ist betroffen, nicht Bremen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat Herr Senator Thape.

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob Sie den Antrag richtig gelesen haben. Die Diskussionsbeiträge von Frau Schütte und Herrn Dr. Sieling laufen auf etwas ganz anderes hinaus. Hier geht es darum, Bericht zu erstatten darüber, wie sind die Verhältnisse. Einverstanden! Sie sind aber weit darüber hinausgegangen, und das ist durch diesen Antrag nicht abgedeckt. Ich bin nicht befugt, für das Parlament zu sprechen, aber ich habe doch Sorge, daß möglicherweise alle zustimmen und etwas ganz anderes meinen.

So einfach, Herr Dr. Sieling, wie Sie es hier darstellen, ist es natürlich nicht. Das ist ein Problem, das sich seit Jahrzehnten zwischen Bremen und Niedersachsen abspielt. Herr Franke hat schon mitgeteilt, daß wir Erhebliches für Niedersachsen leisten. Ich darf daran erinnern, daß wir einen Gegenseitigkeitsvertrag mit Niedersachsen haben und Niedersachsen uns vor Jahren gebeten hat, bestimmte Gebiete nicht gymnasial zu bedienen, weil man nämlich erreichen wollte, daß endlich die Kreisgymnasien besucht werden, alle wollten nach Bremen kommen. Das haben wir durchgesetzt. Inzwischen ist natürlich durch die Bildungswerbung, durch die ganze Entwicklung, die Situation eingetreten, daß neben den bremischen auch die niedersächsischen

Gymnasien überfüllt sind und man natürlich versucht, möglichst wieder Bremen zu besuchen.

Mit Schleswig-Holstein klappt das genauso gut oder genauso schlecht wie mit Bremen, Herr Dr. Sieling. Da gibt es den gleichen Krach, die gleichen Briefe, die gleichen Bitten, genau wie auf der niedersächsischen Seite an der Grenze von Hamburg. Und die Schlagzeilen, die durch die hamburgische Presse gegangen sind, waren noch viel dicker als die in Bremen. Denn wir haben viele Dinge geregelt einfach im gegenseitigen Einvernehmen ohne Lärm und ohne Bestimmungen und Bedingungen. Aber irgendwo sind auch unsere Grenzen erreicht.

Nun muß ich sagen, daß es die CDU tatsächlich versteht, eine Schuldebatte auf völlig gegensätzlichen Linien durchzuführen. Während der Haushaltsberatungen: Wir tun nicht genug für Bremen! Heute: Wir tun nicht genug für Niedersachsen!

Wir können mehr für Niedersachsen tun, ganz eindeutig, aber nur auf Kosten der bremischen Schülerinnen und Schüler. Das muß man wissen! Wenn man das will, dann muß es das Haus beschließen, und dann müssen wir das gemeinsam tragen. Ich glaube aber nicht, daß das der Wille des Hauses ist, sondern wir müssen versuchen, die Dinge zunächst aus bremischer Sicht zu sehen, ohne dabei in billigen Partikularismus zu verfallen. Das ist ganz selbstverständlich! Das tun wir auch nicht!

(Glocke)

Vizepräsident Ehlers: Herr Senator Thape, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Borttscheller entgegenzunehmen?

Senator Thape: Selbstverständlich!

Vizepräsident Ehlers: Bitte, Herr Dr. Borttscheller!

Abg. **Dr. Borttscheller** (FDP): Herr Senator Thape, wieviele bremische Schüler gehen auf niedersächsische Gymnasien, wieviele von dort auf bremische Schulen?

Senator Thape: Von Niedersachsen gehen 1 044 Kinder auf bremische Gymnasien, in den vergangenen Jahren waren es 889. Wir haben die Zahl jetzt auf 1 044 gesteigert. Die Zahl der Bremer, die in niedersächsischen Schulen gehen — im allgemeinbildenden Schulwesen —, ist praktisch nicht zu zählen, die gibt es nicht! Im berufsbildenden Schulwesen nur in Splitterberufen, in Berufen, die in Bremen nicht betreut werden können.

Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß sich die Schülerzahlen in Bremen wie folgt entwickelt haben: Im vergangenen Jahr hatten wir 14 315 Schüler an den Gymnasien in Bremen, in diesem Jahr sind es 15 244 Schüler, und im nächsten Jahr werden es nach unserer Schätzung 16 450 Schüler sein. Allein daraus können Sie erkennen, welche Welle hier auf uns zukommt. Das gleiche gilt natürlich in Niedersachsen, und Niedersachsen versucht jetzt, nach Möglichkeit zu verteilen und natürlich auch auf Bremen zu verteilen. Man muß das be-

(C)

(D)

(A) greifen, aber man muß auch begreifen, daß die Schulverwaltung zunächst die Belange zu sehen hat, die die bremischen Interessen betreffen und sich gleichzeitig auch zu strecken hat nach der finanziellen Decke, die von diesem Hause festgelegt worden ist.

Wir werden etwa 30 Schüler, also die Hälfte dessen, was wir sonst zusätzlich aufnehmen, in diesem Jahr noch aufnehmen. Wir werden darin die Härtefälle unterbringen, wir werden aber nicht allen Wünschen Niedersachsens gerecht werden können. Das möchte ich nur sagen, damit Sie nicht den Eindruck haben, daß hier mit dem Bericht schon gleich ein Konzept geliefert wird, wie wir der Schwierigkeiten Herr werden können.

Die Zusammenarbeit oder der Versuch, zwischen den Kreisen und Bremen Gymnasialbauten zu errichten oder die Landkreise mit heranzuziehen zu Gymnasialbauten in Bremen, ist gemacht worden, der Versuch ist aber gescheitert. Ich kann jetzt allerdings nicht sagen, ob das Osterholz war oder Hoya. Der Versuch ist einfach gescheitert, weil die Kreise Vorstellungen finanzieller Art hatten, die so niedrig waren, so daß das für uns völlig uninteressant war.

Hinzu kommt, daß wir natürlich auch die Lehrer für dieses Gymnasium beschaffen müssen, und wir die Lehrer ja auch nicht in der ausreichenden Zahl haben und wir hier praktisch niedersächsische Probleme und niedersächsische Aufgaben übernehmen würden. Das wollen und das können wir nicht.

(B)

Das Bremerhavener Beispiel würde ich nicht wiederholen. Wir haben es sehr ernsthaft überlegt. Ich glaube, daß in Bremerhaven inzwischen Erfahrungen vorliegen, die zumindest so weit gehen, ohne jemandem weh zu tun, daß wir sagen, ein zweites Mal machen wir das nicht wieder.

(Glocke)

Vizepräsident Ehlers: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Sieling zu beantworten?

Senator Thape: Selbstverständlich!

Vizepräsident Ehlers: Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. Dr. Sieling (CDU): Herr Senator, darf ich die Bitte von vorhin noch einmal wiederholen, daß Sie kurz eingehen auf die Frage, wieweit die niedersächsische Landesregierung nach dieser Anfrage sich mit der bremischen Regierung in Verbindung gesetzt hat?

Senator Thape: Wir haben einen Termin vereinbart zwischen meinem Kollegen von Oertzen und mir, der wird im nächsten Monat stattfinden. Wir werden darüber sprechen. Die Anfrage ist beantwortet worden, und sie ist in dem Sinne beantwortet worden, daß selbstverständlich Bremen rechtlich auf völlig sicherem Boden steht. Das muß

man dabei festhalten. Wir werden darüber sprechen, aber wir werden die Probleme durch ein kollegiales Gespräch auch nicht lösen können, denn es geht letzten Endes darum, daß auch im niedersächsischen Bereich mehr weiterführende Schulen gebaut werden müssen.

Das ist jetzt kein Problem zwischen den Landesregierungen, Herr Dr. Sieling, sondern das ist in erster Linie ein Problem der Kreise und Gemeinden, denn für die Schulbauten sind die Kreise und Gemeinden zuständig und nicht die Landesregierungen. Die lösen die Frage der Lehrerzuweisungen und der Lehrergehälter. Das ist das Problem. Wir können hier also nicht nur auf Landesebene verhandeln, sondern wir müssen in diesem Bereich schon versuchen, mit den Kreisen übereinzukommen. Das können wir nicht, sofern die Kreise nicht mitteilen, wo sie selbst Schulen bauen können oder bauen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat der Abgeordnete John.

Abg. John (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Thape, Sie haben völlig recht, wenn Sie hier vor dem Hause feststellen, daß der Antrag der FDP-Fraktion darauf gerichtet ist, diesem Parlament einen Bericht seitens des Senats zu erstatten, in welchem Umfang in diesem Jahr Schüler aus niedersächsischen Randgemeinden in fünfte Klassen der bremischen Gymnasien aufgenommen werden können. Dieses ist das Anliegen der FDP. Wir meinen, das ist in diesem Jahr — da sind wir durchaus nicht anderer Auffassung — ein besonders prekäres Problem.

Sie haben mir dankenswerterweise in Ihrem Antwortschreiben vom 25. April mitgeteilt, daß es sich um 1 044 niedersächsische Schüler gleich 6,8 Prozent, handelt, die zur Zeit Gymnasien in der Stadt Bremen besuchen. Ich hoffe, daß das, was Sie hier gesagt haben, noch nicht dieser Bericht war, der würde ja noch dem Hause zu erstatten sein, wenn dieser Antrag angenommen wird.

Wir wollten unter anderem auch den Blick der Öffentlichkeit, des Parlaments, des Senats auf das Problem lenken, daß hier die Zusammenarbeit zwischen Niedersachsen und Bremen, die für Bremen aus vielerlei Gründen wichtig ist — für Niedersachsen selbstverständlich auch —, besteht. In diese Diskussion soll aber nicht etwa das „Landeskinderproblem“, wie wir es in sehr unangenehmer Erinnerung in Zusammenhang mit der Hochschulfrage — der Zulassung in Bayern — hatten, einfließen. Wir wollen erreichen, daß durch gute Zusammenarbeit mit Niedersachsen und Bremen, auf welchen Ebenen auch immer, diese Probleme möglichst beseitigt werden. Ich meine, es gibt Möglichkeiten dafür, und wir bitten das Haus, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsident Ehlers:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses zur Förderung der Landesplanung Bremen/Niedersachsen

Antrag der Abgeordneten Iversen, Klein und Fraktion der CDU vom 20. April 1972
(Drucksache 8/257)

Dazu Herr Senator Seifriz, ihm beigeordnet Herr Leitender Baudirektor Toppel.

Der Antrag ist unterschrieben von den Abgeordneten Iversen, Klein und Fraktion der CDU. Der Antrag ist gedruckt an die Abgeordneten verteilt worden und hat folgenden Wortlaut:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt einen aus 13 Mitgliedern bestehenden nichtständigen Ausschuß mit dem Ziel, die Landesplanung Bremen/Niedersachsen und damit die Region Weser-Jade nachhaltig zu fördern.“

(B)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Iversen.

Abg. Iversen (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Während der Haushaltsberatungen bei der Behandlung des Abschnitts Bauwesen habe ich für meine Fraktion unseren Antrag „Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses zur Förderung der Landesplanung“ vorgelegt. Zur Begründung dieses Antrags ist heute folgendes zu sagen:

Die Bürgerschaft hatte im September 1968 einen nichtständigen Ausschuß zur Förderung der Landesplanung eingesetzt. Die Arbeiten dieses Ausschusses kamen dann sehr schnell durch die Vorgänge im Zusammenhang mit der Baulandaffäre zum Ruhen. Auch nach Beendigung dieser Vorgänge wurde der Ausschuß nicht wieder tätig. Die gesammelten Erfahrungen in dem damaligen Ausschuß, die Vorgänge in der Region Weser/Jade und die Arbeiten des Norddeutschen Parlamentsrates waren die Hauptmotive, den Antrag vorzulegen.

Nach unseren Feststellungen haben die norddeutschen Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg Ausschüsse, die sich der Landesplanung annehmen. Wir sollten daher heute ein Gleiches tun. Schon 1968 war bei der Einsetzung des Ausschusses die Diskussion angelaufen, ob die Region nur den Unterweserraum zu erfassen habe oder eine

andere Größenordnung zu beachten sei. In der Folgezeit haben wissenschaftliche Arbeiten, die auf verschiedenen Ebenen entstanden sind, aber auch Arbeiten der gemeinsamen Kommission Landesplanung Niedersachsen/Bremen, deutlich werden lassen, daß die Region den größeren Raum Weser/Jade zu beachten hat.

Es ist nicht sinnvoll und dient auch nicht der Arbeit des neuen Ausschusses, wenn wir bestimmte Aufgaben festlegen und beschließen. Die Erfahrungen in der Arbeit des damaligen Ausschusses haben dies auch gezeigt.

Stadt- und Landesplanung, insbesondere die Landesplanung, erfaßt einen so vielfältigen Aufgabenbereich, dazu den Lebensraum, daß man bei Festlegungen sich zwangsläufig in die Gefahr begibt, andere wichtige Gebiete abzuwerten, wenn nicht sogar ganz zu vergessen. Die Legislative ist schlecht beraten, wenn sie als verantwortliches oberstes Gremium nicht bereit ist, die Ganzheit des Lebens und damit die Aufgaben zu sehen.

Die vorgelegte Formulierung des Antrags erlaubt den Mitgliedern des Ausschusses, die gestellte Aufgabe ohne Einschränkung anzunehmen und im Interesse der Region Weser/Jade tätig zu werden, durch Zwischenberichte das Haus zu informieren, und zu gegebener Zeit Empfehlungen vorzulegen, die dann nach gemeinsamer Beratung hier im Hause der Exekutive, dem Senat, übergeben werden können.

So sollten meines Erachtens folgende Aufgabenbereiche im ersten Tätigkeitsabschnitt Beachtung finden:

Erstens, der Ausschuß muß sich an Ort und Stelle bei allen Kreisen und kreisfreien Städten in der Region informieren über Vorhaben, Sorgen und Probleme. Denn nur das persönliche Gespräch miteinander vermag immer noch bestehende Ressentiments abzubauen, und dadurch, daß man gemeinsam voneinander weiß, lassen sich Aufgaben im Interesse der Region viel verständnisvoller lösen.

Zweitens, der Ausschuß sollte teilnehmen an wichtigen Sitzungen der gemeinsamen Kommission der Landesplanung Bremen/Niedersachsen.

Drittens, der Ausschuß sollte auch teilnehmen an wichtigen Sitzungen des Norddeutschen Parlamentsrates, um so aus der persönlichen Kenntnisnahme dieses Arbeitsgremiums lebensnahe Empfehlungen erarbeiten zu können.

Viertens, der Ausschuß muß sich auch an Ort und Stelle über die Häfen der Region informieren, um so durch bessere Kenntnis Empfehlungen erarbeiten zu können, die bei aller unterschiedlicher Aufgabenstellung der einzelnen Häfen im Interesse des Ganzen zu beachten wären.

Fünftens, der Ausschuß sollte bei seinen Gesprächen in der Region die Probleme des Umweltschutzes sehr aufmerksam beachten und in seinen Empfehlungen verarbeiten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Abwasserbeseitigung, Trink-

(C)

(D)

- (A) wasser- und Energieversorgung, Luft- und Wasserverschmutzung und anderes mehr.

Sechstens, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region steht in einem engem Zusammenhang, wie hoch der Freizeit- und Erholungswert des Raumes ist. Dieser Aufgabenbereich verdient ebenfalls erhöhte Aufmerksamkeit.

Siebtens, weiter wäre die wichtige Frage der Wirtschaftsförderung zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Region zu beachten und Empfehlungen zu geben, die es erlauben, daß durch gemeinsames Vorgehen Fehlinvestitionen verhindert werden. Ein Gespräch mit der bestehenden Wirtschaftsförderungsgesellschaft gehört selbstverständlich dazu.

Achtens, der Pressebericht „Hinter Hollands Häfen steht ein Volk“ über die Reise der Studiengruppe der SPD-Fraktion ist auch eine einmalige Bestätigung dafür, daß nur über die größere Gemeinschaft und klare Planungen aller Fachbereiche die Zukunft mit Erfolg gemeistert werden kann. Die Verantwortung für unsere Häfen muß den Bürgern der Region zu einem persönlichen Anliegen werden. Der Ausschuß kann so ein gutes erstes Vorbild sein.

Neuntens, schließlich ist in diesem Aufgabenbereich zu überdenken und zu diskutieren, ob die bisherige Form der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landesplanung für die Region ausreicht. Wenn man die Arbeiten im europäischen Raum für die Regionen beobachtet, sei es Le Havre, sei es im Rhein- und Main-Gebiet, so meine ich, sollte der Ausschuß auch den Mut haben, Vorschläge zu machen für einen Planungsverband Weser/Jade.

(B)

Bevor ich nun für diese großen Aufgaben die Finanzierung anspreche, noch eine Bemerkung zu der gestrigen Diskussion um Esenshamm. Diese Diskussion hat für mich sehr deutlich gezeigt, daß das gemeinsame Gespräch um so bedeutende Aufgaben nicht funktioniert. Entscheidungen die ein Partner im Interesse seines Abschnitts trifft, lassen die Frage offen, ob dies dem Gesamttraum dient. So ist auch die gestrige Diskussion eine Bestätigung dafür, gemeinsam tätig zu werden.

Und nun zehntens, für die Region Hamburg stehen an Mitteln zur Verfügung a) 17 Millionen DM, von Hamburg und Schleswig-Holstein je zu 50 Prozent aufgebracht, b) 9 Millionen DM, von Hamburg und Hannover je zu 50 Prozent aufgebracht. Das sind insgesamt für die Region Hamburg 26 Millionen DM. Wir haben für die Region Weser/Jade für die kommenden zwei Jahre pro Jahr nur acht Millionen DM zur Verfügung. Es sollten meines Erachtens für diese Aufgabenbereiche, für unseren Lebensraum und für unsere Region mindestens 20 Millionen DM sein, die je zur Hälfte von Bremen und Hannover aufzubringen wären. Die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft können nur gelöst werden, wenn die Mittel dazu rechtzeitig bereitgestellt werden.

(Glocke)

- (C) **Vizepräsident Ehlers:** Herr Iversen, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Friedrich Meier zu beantworten?

Abg. Iversen (CDU): Ich möchte erst zuende führen!

(Abg. Sixt [SPD]: Das Konzept erst zuende lesen!)

Ja, auf den Hinweis, das Konzept zu lesen, darf ich doch wohl bemerken, daß es hier um eine Aufgabe geht, die wohl für uns alle Beachtung verdient. Da sollten Sie sich doch eine solche Kritik ersparen!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der angesprochene Aufgabenkatalog ist sicherlich unvollständig. Er zeigt aber sehr deutlich die Notwendigkeit, daß wir einen Ausschuß einsetzen, damit das Haus auch dokumentiert, daß es sich verantwortlich weiß für die Region Weser/Jade.

Es bleibt auch zu wünschen, daß Senat und Verwaltung dem Ausschuß die notwendige fachliche Hilfe geben und Erfahrungen des letzten Ausschusses der Geschichte zugeordnet bleiben.

Ich darf zum Schluß daran erinnern, daß Hamburg für sein Umland, für seine Region

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Arbeiten vorliegen hat, die Professor Schumacher bereits in den zwanziger Jahren schon erarbeitete. Wenn man den Bericht liest, den Bürgermeister Weichmann 1969 vor der Hamburgischen Bürgerschaft gab anläßlich der Vorlage des Entwicklungsmodells für Hamburg und sein Umland, dann findet man bestätigt, wie systematisch weiter auf bestehende Planungen aufgebaut wird. Gleiches trifft zum Beispiel für Holland zu.

(D)

Wir haben leider für unseren Lebensraum Weser/Jade bis heute nichts von gleicher Bedeutung vorliegen, sonst wären zum Beispiel die Probleme um den Bau der Sperrwerke nicht aufgetreten. Ich erinnere an die stille Verlagerung der Gelder für den Deichbau linke Weserseite in den Raum Stade/Elbe durch Hannover. Die Braker warten heute noch auf den Hochwasserschutz, und wir Bremer sind gehindert bei unseren Maßnahmen Ochtum-Verlegung, Flughafen und anderes mehr.

Die Begründung unseres Antrags schließe ich mit einem Satz, den Bürgermeister Weichmann seinerzeit der Hamburgischen Bürgerschaft zurief. Er sagte: „Lassen Sie uns hoffen, daß der Mensch sich selbst dieser nur im Frieden zu leistenden Aufgabe gewachsen zeigt“. — Soweit das Zitat!

Ich bitte daher das gesamte Haus um einmütige Zustimmung, damit der Ausschuß für die Region Weser/Jade — unser Lebensraum — tätig werden kann. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei CDU und FDP)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Das Wort hat der Abgeordnete John.

Abg. John (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Iversen hat darauf verwiesen, daß die Bremische Bürgerschaft im Jahr 1968 schon einmal einen solchen Ausschuß eingesetzt hat. Diese Arbeit dieses Ausschusses, der wichtige Aufgaben bearbeiten sollte und dies zum Teil schon getan hat, ist dann durch die Wirren, die im Zusammenhang mit der Baulandaffäre standen, in Vergessenheit geraten. Es ist nicht das dabei herausgekommen, was wir uns zunächst davon versprochen haben.

Wir haben dem Antrag der CDU-Fraktion aus anderen Gründen allerdings zunächst skeptisch gegenübergestanden, weil wir meinten, es gäbe im nordwestdeutschen Raum eine Reihe von Verbänden, Planungsgesellschaften und so weiter, auch auf dem Gebiet unserer Partei. Zum Beispiel sind wir da seit Jahren schon aktiv gewesen, und das ist auch jetzt noch so! Es gibt aber, meine ich, für dieses Parlament — und deshalb stimmen wir dem Antrag zu — einen entscheidenden Punkt, der sich gerade in den letzten Tagen aus überregionalen Presseberichten wieder ergeben hat. Sie wissen alle, daß es einen Norddeutschen Parlamentsrat gibt. Die Ausschüsse haben wohl noch in den letzten Monaten gearbeitet. Leider hat aber — so gestern noch in einer großen überregionalen Zeitung zu lesen — dieser Norddeutsche Parlamentsrat in den letzten acht Monaten als Plenum nicht mehr getagt.

Ich halte das für sehr bedauerlich. Ich will hier nicht nach den Gründen fragen. Das ist also ein wesentlicher Grund, neben einigen anderen, diesem Antrag zuzustimmen. Die FDP-Fraktion meint nämlich, daß deshalb dieses Parlament gehalten ist, eine Initiative auf diesem Gebiet erneut zu ergreifen. Und deshalb werden wir also dem Antrag der CDU zustimmen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Kähler.

Abg. Kähler (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Klein, damit nicht wieder Mißverständnisse auftreten, sicher ist es ureigenstes Recht des Parlaments, Ausschüsse einzusetzen, aber es ist auch ureigenstes Recht der Mitglieder dieses Hauses ja oder nein zu den Anträgen zu sagen.

(Abg. Fischer [CDU]: Da sind wir uns ja wieder einig! — Abg. Klein [CDU]: Wenn Sie gute Gründe für das Nein darlegen!)

Die Bewertung meiner Gründe, Herr Klein, das werden Sie nicht allein zu beurteilen haben, das werden andere beurteilen, auf Ihr Urteil lege ich keinen Wert!

Meine Damen und Herren, wir werden die Einsetzung dieses Ausschusses ablehnen, und zwar ablehnen, weil wir der Meinung sind, daß dieser Ausschuß seine Arbeit nicht so durchführen kann, wie es der Kollege Iversen hier vorgetragen hat. Wir haben die Bestätigung in dem Ausschuß der letzten Legislaturperiode. Dieser Ausschuß der letzten Legislaturperiode ist ja nicht nur daran gescheitert, daß dieser sogenannte Baulandskandal einsetzte, sondern der Ausschuß ist daran gescheitert, daß er keinen Partner im niedersächsischen Raum hatte. Der Ausschuß ist daran gescheitert, daß es im Niedersächsischen Landtag keinen Ausschuß, keinen parlamentarischen Ausschuß gibt, mit dem wir zusammenarbeiten konnten.

Dieser Ausschuß der letzten Legislaturperiode, der auch schon einen Teil der Aufgaben wahrnehmen sollte, die Sie, Herr Iversen, hier vorgetragen haben, der konnte auf dieser Basis ja gar nicht tätig werden, er konnte nur eins machen, und das haben wir gemacht, wir haben mit verschiedenen Kreisen der Randgemeinden verhandelt und sind dann zu Gesprächen gekommen, die über Verkehrsanbindungen der einzelnen Gemeinden zu Bremen führten. Ich meine, diese Arbeit, diese Aufgabe kann aber auch interfraktionell, wie Sie es ja auch machen, in Verbindung mit Diskussionen mit Ihren Parteifreunden im Umland durchgeführt werden, dazu brauchen wir nicht einen nichtständigen Ausschuß dieses Parlaments.

Wenn wir die Region sehen, Herr Kollege Iversen, auch dann haben wir als Parlament keinen Partner in dieser Region. Wir können zwar als Partner mit unserer Landesregierung sprechen, aber ich meine, Herr Kollege Iversen, das können wir auch in der Deputation. Aus diesem Grunde haben wir zu Beginn dieser Legislaturperiode, um über überörtliche Dinge diskutieren zu können, die Deputation umbenannt, und zwar einstimmig umbenannt in Deputation für Bau und Raumordnung, einfach um Dinge, die man mit der eigenen Landesregierung in diesem Planungsbereich absprechen muß, in eine Deputation einbringen zu können. Deswegen die Deputation für Bau und Raumordnung!

Wir haben ein zweites getan: Um die Dinge, die überregional wirken, die über diese einzelnen Planungen hinausgehen, als Parlament in den Griff zu bekommen, um von Anfang an dabei zu sein, ist doch die Deputation für Zentrale Planung geschaffen worden. Um bestimmte Dinge koordinieren zu können, um dabei zu sein! Das heißt also zusammenfassend noch einmal gesagt: Wir haben keinen Verhandlungspartner in Niedersachsen, es gibt keinen korrespondierenden Ausschuß im Niedersächsischen Landtag. Für überregionale Dinge haben wir die Deputation für Bau und Raumordnung und die Deputation für Zentrale Planung.

Wenn alles das, Herr Kollege Iversen, was Sie hier aufgeführt haben, wenn das ein nichtständiger Ausschuß dieses Parlaments durchführen soll, brauchten wir erstens einen wesentlich größeren

(C)

(D)

- (A) Mitarbeiterstab, zweitens mehr Zeit, als uns allen zur Verfügung steht, und drittens am laufenden Band Reisen, wenn wir mit den gesamten Nachbargemeinden und Kreisen direkt als Parlament Kontakte und Gespräche aufnehmen sollen. Das ist ein Unding, das schaffen wir einfach nicht! Von daher meine ich, sollten wir wie bisher versuchen, in direkten Gesprächen mit den Nachbargemeinden Probleme zu regeln und die übergreifenden Dinge entweder in der Deputation für Bau und Raumordnung oder in der Deputation für Zentrale Planung behandeln.

Ein abschließendes Wort, Herr Kollege John zum Norddeutschen Parlamentsrat. Es mag ja richtig sein, daß der Norddeutsche Parlamentsrat lange nicht getagt hat, aber die Ausschüsse, und zwar Ausschüsse, die Sie hier ja einsetzen wollen, die arbeiten ja, denn am 26. Mai tagt der Ausschuß für Bau-, Raumordnung und Umweltschutz, am 16. Juni tagt der Ausschuß Wirtschaft, Häfen und Verkehr gemeinsam mit Bau-, Raumordnung und Umweltschutz. Also die parlamentarische Ausschußarbeit, die Sie hier in Gang bringen wollen, die funktioniert im Rahmen des Norddeutschen Parlamentsrates! Warum keine Vollversammlung, das kann ich auch nicht sagen! Das aber, was wir wollen, an bestimmte Probleme herankommen, das können wir auch so. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

- (B) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wie Sie sehen, habe ich mich mit einigen Unterlagen belastet und sie von Bremerhaven nach hier mitgeschleppt. Ich wollte damit dokumentieren, was bislang auf dem Sektor, den wir heute ansprechen, erarbeitet worden ist, ohne daß ein besonderer Erfolg dabei herausgekommen ist.

(Abg. **Reichelt** [SPD]: Ich dachte, Sie wollten sich trimmen!)

Jedenfalls der Raum Weser/Jade ist nach wie vor ohne das Ergebnis bearbeitet worden, was wir einst gewünscht und erhofft hatten. Ich darf dazu einige Ausführungen machen.

Die Fakten, die wir in diesem Ausschuß ansprechen und bearbeiten wollen, hat mein Freund Iversen herausgestellt, und ich meine, man sollte nicht ohne weiteres diese Überlegungen ablehnen.

Herr Kähler, ich darf zuerst Ihre Ausführungen aufgreifen. Es ist doch bekannt, daß seinerzeit der Ausschuß, den wir gebildet hatten, die Aufgabe hatte, die aufgezeigten Probleme anzugehen, und zwar dergestalt, wie es Ihr damaliger Fraktionsvorsitzender in meinen Augen auch sehr ordentlich gemacht hat. Er fing erst im Umkreis an, einige Fragen herauszugreifen, die tatsächlich im Gesamtinteresse der Bevölkerung Bremens und nächster Umgebung

(C) Niedersachsens drängend waren. Das, so glaube ich, war ein guter Anfang, und wir waren alle mit dieser Kleinarbeit einverstanden. Allerdings muß ich sagen, daß Ihre Argumentation, durch den Baulandskandal sei diese Arbeit nicht abgebrochen worden, nicht ganz hinkommt.

(Abg. **Kähler** [SPD]: Nicht allein, habe ich gesagt!)

Denn ich kann mir vorstellen, daß aufgrund der Aktivität Ihres damaligen Fraktionsvorsitzenden und Kollegen Boljahn dieser auch an die größeren Probleme herangegangen wäre. Er brauchte nur Zeit dazu, die man ihm nicht gegeben hat.

Ihr Vorschlag, über die Deputation diese Probleme zu bearbeiten, ist meines Erachtens nicht zu realisieren. Die Punkte, die Herr Iversen aufgeführt hat, sind so weitgehend und erfordern eine solche Intensität, daß, wie Sie schon zugegeben haben, zusätzliche Arbeitskräfte erforderlich sind. Doch die Deputation als solche kann diese Fragen weder angehen noch sie überhaupt lösen.

Ich darf zusammenfassend noch einmal festhalten: Das Ziel, mit Niedersachsen über die Landesgrenzen hinweg eine Planungsübereinkunft zu schaffen, ist bislang nicht erreicht worden. Das ist eine Tatsache, die niemand abstreiten kann. Dazu wurden meines Erachtens die erforderlichen Voraussetzungen nicht erbracht. Ich stehe dabei nach wie vor zu meinen früheren Forderungen: Wir brauchen einen verbindlichen Staatsvertrag, der von der CDU seit Jahren gefordert wird, um eben diese Zusammenarbeit über die Landesgrenzen überhaupt zu ermöglichen. (D)

Meine Damen und Herren, daß Niedersachsen eine erfolgreiche Zusammenarbeit nach Osten durchführt, brauche ich nicht weiter zu erläutern. Die Fakten zeigen es auf. Nördlich und südlich von Hamburg ist eine Region im Aufbau, die sich zum Nutzen Niedersachsens und Hamburgs im Laufe der Zeit auswirken wird. Wir haben im Raum Weser/Jade Ähnliches nicht aufzuweisen.

Wenn Sie den letzten Industrie-Ansiedlungs-Atlas, den Niedersachsen zusammen mit Hamburg herausgebracht hat, ansehen, dann müssen Sie feststellen, daß die ganze Entwicklung am Weser/Jade-Raum, mindestens am Weser-Raum, vorbeigeht. Im Osten können Sie eine gute Raumentwicklung feststellen, desgleichen im Westen in Richtung Wilhelmshaven. Nur der Zwischenraum wird, klar gesagt, ausgetrocknet. Es gelingt überhaupt nichts.

Meines Erachtens fehlen von Bremen entsprechende Initiative und Druck, weiterzukommen mit der Zusammenarbeit. Jedenfalls ist der Weser-Raum völlig aus der Planung herausgenommen. Es werden auch keine Gelder zur Verfügung gestellt, wobei Niedersachsen laufend betont, daß kein Geld vorhanden sei. Trotzdem war wiederum noch eine Million vorhanden, um dem geplanten Stahlwerk in Lingen mit dieser Million eine zusätzliche Stütze zu geben.

(A) Meine Damen und Herren, woran mag es eigentlich liegen, daß wir in diesem Raum nicht vorwärts kommen? Ich glaube, soweit ich meine Beobachtungen ausdeuten kann, sind auf niedersächsischer Seite eine Menge Vorbehalte gegenüber Bremen vorhanden. Ich meine, diese müßten schnellstens abgebaut werden. Ob es dann nicht möglich ist, über den nichtständigen parlamentarischen Ausschuß für Landesplanung Kontakte zur nächsten Umgebung, zu den Landtagsabgeordneten des Unterweser/Jade-Raums und damit zum Landtag Niedersachsen herzustellen, um eventuell im Niedersächsischen Landtag einen ähnlichen Ausschuß anzuregen? Dann wäre sicher die Möglichkeit gegeben, mittels dieser Gespräche in der Erschließung des gesamten Raums tatsächlich weiterzukommen.

Es wurde heute der Norddeutsche Parlamentsrat angesprochen. Meine Damen und Herren, ich möchte Sie, da ich Mitglied von zwei Unterausschüssen bin, darauf hinweisen, daß diese Herren, die dort mitarbeiten, zum Teil überfordert sind. Sie sollen in den jeweiligen Gremien über Probleme Ausführungen erarbeiten, die dann von dem Plenum an die Landtage beziehungsweise an die Bürgerschaften weitergeleitet werden. Diese Empfehlungen machen eine entsprechende Vorarbeit und Zusammenarbeit im NPR erforderlich. Ich meine, da diese Zusammenarbeit im Detail im NPR nicht zu verwirklichen ist, wäre es doch gegeben, zu versuchen, mit Niedersachsen mittels des vorgeschlagenen Ausschusses sich zu arrangieren. Wir haben den Ausschuß schon gehabt, er hatte kleine Erfolge gezeitigt. Wir sollten ihn wiederaufleben lassen und nicht von vornherein kategorisch ablehnen, wie Sie es, Herr Kähler, gemacht haben.

(B) Meine Damen und Herren von der SPD, ich bitte Sie im Interesse des Gesamten — bei den Antrag dreht es sich nicht um ideologische Probleme, sondern um einen möglichen Erfolg, den wir erzielen wollen — Ihre Argumente noch einmal zu überprüfen und unseren Antrag zu unterstützen. Denn wir verfolgen mit ihm die Interessen der Gesamtheit. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich darf Sie davon unterrichten, daß zu diesem Tagesordnungspunkt noch weitere drei Wortmeldungen vorliegen.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es ist der zweite Fall heute morgen, wo wir zur Lösung eines komplexen, differenzierten, vielschichtigen Problems die Bürgerschaft in ihre Pflicht rufen wollen, und Sie meinen, es genüge die Arbeit einer Deputation. Ich habe aber, Herr Kollege Kähler, die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben, daß Sie sich doch noch dazu durchringen, unserem Antrag zu entsprechen, denn Ihre Begründung war in der Tat unrichtig, und ich werde sie widerlegen.

(C) Es ist nicht richtig, daß der bereits mit einmütiger Zustimmung des Hauses in der letzten Legislaturperiode einberufene Ausschuß nicht ordentlich gearbeitet habe oder nicht habe ordentlich arbeiten können. Das ist der erste Punkt meiner Widerlegung.

Die Ansätze waren erfolversprechend, die Motorik des Herrn Boljahn sorgte dafür. Herr Boljahn hat jahrelang gefordert in diesem Haus, daß die Initiative der Exekutive auf dem Gebiet der Landesplanung und Raumordnung, auch gekennzeichnet durch einen entsprechenden exekutiven Ausschuß, besetzt auch aus dem niedersächsischen Umland, eine Entsprechung finden müßte durch eine legislative kooperative Institution, und er hat sich schlußendlich bei seinen Freunden mit dieser Forderung durchgesetzt und, als er es endlich geschafft hatte, da hat er sich auch bemüht, etwas daraus zu machen. Ich selbst bin Zeuge!

Dann passierte das mit dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, und der Kollege Boljahn wurde von Ihnen degradiert — ich werte das nicht ab, ich stelle das nur fest —, und es wurde ihm von Ihnen nahegelegt, seine Mandate niederzulegen.

(Abg. Kähler [SPD]: Wer war sein Vertreter?)

Das hat der Kollege Boljahn nicht getan, und das war der Grund dafür, daß dieser Ausschuß nur noch Papierform hatte, nicht mehr aktiv wurde. Das ist aber ein Grund aus einem Außenverhältnis, aus einem Drittverhältnis, kein Grund, der aus der eigentlichen Arbeit des Ausschusses heraus abzuleiten ist, Herr Kollege Kähler.

(D) Der zweite Punkt zu dieser ersten Überlegung ist Ihre unrichtige Behauptung, wir hätten in Niedersachsen keinen Partner. So leicht dürfen Sie sich das bei Gott nicht machen. Herr Kollege Iversen hat Ihnen dargelegt, daß sowohl in Hamburg, als auch in Kiel, als auch in Hannover, in Niedersachsen entsprechende parlamentarische Ausschüsse arbeiten, nur bei uns nicht. Wir müssen das entsprechende Organ schaffen, die anderen haben das schon lange.

(Beifall bei der CDU)

Es spricht für die Qualität Ihrer Einstellung zu dieser Problematik und ihrer Lösung, daß Sie einfach eine so leichtfertige, unrichtige Behauptung in den Raum stellen und das zum Zentrum Ihrer Ablehnung machen. Ich kann das nicht billigen. Sie werden dafür Verständnis haben bei Ihrem sonstigen politisch-parlamentarischen Engagement.

Zweitens, Herr Kollege Kähler, es geht nicht an, diese Aufgaben, die, wie ich sagte, gebündelt, differenziert, vielschichtig sind, in viele Ressorts hineintragen — um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen —, die Interdependenz aufweisen als einen wesentlichen immanenten Bestandteil, ausschließlich der Deputation für Zentrale Planung zuzuweisen. Die Deputation für Zentrale Planung befaßt sich primär mit landes- und kommunalpolitischen An-

- (A) liegen, mit bremischer Planung. Da ist weiß Gott genug zu tun. Und die Planung, die da zu koordinieren ist, die wird viel Arbeit machen.

Sie — die Deputation — ist von ihrer Zwecksetzung her nicht dazu da, das zu machen, was uns vorschwebt, und was wir bereits gemeinsam in der vorigen Legislaturperiode angepackt haben durch einen Bürgerschaftsausschuß. Es kommt dabei hinzu, daß es sich hier wiederum um eine Deputation handelt unter dem Vorsitz, unter der Prägorative des Senats. Diese Probleme, wie Umweltschutz heute morgen, und Landesplanung und Raumordnung jetzt, sind aber so wichtig, daß die bürgerschaftliche Entsprechung, auch die bürgerschaftliche initiative Entsprechung in unseren Augen unerläßlich ist. Das allein wird dem Rang der Problematik gemäß.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Und dann haben Sie, Herr Kollege Kähler, in völlig unrichtiger Bewertung, um das einmal in aller Deutlichkeit zu sagen, den Norddeutschen Parlamentsrat angeführt, dessen Mitglied Kollege Dr. Schäfer ist, dessen Mitglied ich bin, und dessen Mitglied Sie ja doch, glaube ich, auch geworden sind. Er hat jetzt zwei Ausschüsse. Ich selbst bin in beiden Ausschüssen vertreten: Häfen, Schifffahrt und Verkehr des Norddeutschen Parlamentsrates und Raumordnung und Landesplanung. Beide Ausschüsse haben eine komplizierte Vorlage erarbeitet, eine mehrseitige Entschliebung, die in diesem Monat und im nächsten Monat in Hamburg und in Cuxhaven zur Abstimmung gestellt wird. Dann wird diese Sache so oder anders an das Plenum des Parlamentsrates gehen, und wir können damit rechnen — mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit —, daß in den Fragen der Raumordnung, der Landesplanung, der Verbesserung der Kooperation, der Effektivierung der Region Weser/Jade eine Empfehlung des Norddeutschen Parlamentsrates auf uns zukommt.

Und dann, Herr Kollege Kähler, was sollen wir dann machen? Sollen wir das direkt in die Fraktionen geben? Mitnichten! Wir müssen es so machen wie in den anderen Landtagen des norddeutschen Bereichs. Der Ausschuß des Parlaments ist zuständig, diese Empfehlung dann zu beraten und eine entsprechende Empfehlung dem Hause vorzulegen. Allein deswegen brauchen wir einen solchen nichtständigen Bürgerschaftsausschuß.

Ich werde es auf jeden Fall ablehnen, im Gegensatz zu Hamburg, zu Schleswig-Holstein und zu Hannover, diese Sache direkt in die Fraktionen zu geben oder vielleicht sogar in irgendeine Deputation. Denn es ist gerade die Aufgabe des Norddeutschen Parlamentsrates, eine Entsprechung zur exekutiven Kooperation zu bilden, und eine legislative Kooperation gebe ich nicht vor der Beschlußfassung im eigentlichen parlamentarischen Beschlußgremium wieder der Exekutive zur Kontrolle. Das ist eine Vermischung, die wir gerade verhindern

- (C) wollen durch die Gründung des Norddeutschen Parlamentsrates.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Natürlich, das sind die Motive, Herr Kollege! Und wenn Sie die Protokolle sich ansehen würden, ich würde Ihnen überhaupt empfehlen — den jungen Kollegen —, wenn ich das so sagen darf in aller „kollegialen Freundschaft“, etwas mehr zu lesen und etwas mehr zu arbeiten, denn dann brauche ich mich nicht mit solch unqualifizierten Äußerungen zur Sache auseinanderzusetzen, wie das heute morgen nötig war. Ich denke an Herrn Tepperwien!

Ein Letztes! Wir haben gemeinsam — gemeinsam, das ist etwas sehr Bedeutungsvolles — uns geäußert zur Selbständigkeit Bremens. Wir haben gemeinsam unterstrichen, jeder für sich, unabhängig voneinander, das Bremen Kooperation nicht ablehnt. Wir haben gemeinsam nicht ausgeschlossen institutionelle Verbesserungen einer solchen Ländergrenzen überschreitenden Kooperation auch und gerade in der Diskussion mit der Ernst-Kommission, die ja solche Kooperationen gering achtet und sich dadurch letztlich als zentralistisch auswies.

Jetzt geht es darum, den Beweis anzutreten, daß wir es auch alle ernst gemeint haben mit solchen verbalen Sprüchen, daß das nicht nur Sonntagsreden waren im Rathaus und woanders. Hier haben Sie eine Möglichkeit, meine Damen und Herren, dem Umland, der Bundesrepublik zu beweisen, daß wir voranschreiten und es ernst meinen mit Ländergrenzen überschreitender Kooperation.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt doch keinen besseren Beweis als eine parlamentarische Institution. Keinen besseren, finde ich! Das ist der unmittelbare Ausdruck des Willens der Bevölkerung, den wir hier repräsentieren. Allein dieser Grund schlägt durch, die anderen sind aber auch berechtigt.

Sie müssen meines Erachtens unserem Antrag zustimmen, wie Sie das in der letzten Periode unter Herrn Boljahn getan haben. Erinnern Sie sich in diesem Punkt wenigstens einmal an Herrn Boljahn und seine Verdienste. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU — Heiterkeit bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kunick.

Abg. Kunick (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es freut uns natürlich, daß die CDU, wenn auch spät, endlich die Verdienste unseres Parteifreundes Boljahn anerkennt.

(Abg. Koschek [CDU]: Den habt ihr aber abgeschossen!)

Zur Sache! Herr Kollege Klein, bei aller zum Teil Brillanz der Rhetorik konnten Sie doch nicht über-

(C)

(D)

- (A) decken, daß die von Ihnen genannten Begründungen keineswegs in sich zwingend waren. Zuerst ist mit Interesse festzustellen, daß die CDU offensichtlich dem Gedanken der Planung durch staatliche Institutionen in einem Maße Raum gibt, das an anderer Stelle und zu anderer Zeit härtester Verdammnis anheimgefallen wäre. Wir begrüßen, daß Sie hier offensichtlich in einer Weiterentwicklung stehen.

Zum Zweiten: Unser Nein zu jenem Instrument Ausschuß ist einerseits kein Nein zur parlamentarischen Verantwortung der Dinge, es ist auf der anderen Seite kein Nein zur Entwicklung der Lebensqualität eines Raumes, des Weser/Jade-Raumes, in dem immerhin 1,8 Millionen Menschen leben, wohnen und arbeiten. Wir sind allerdings der Ansicht — und diese Ansicht konnte auch durch Ihre bisherige Argumentation nicht erschüttert werden —, daß durch die bisher vorhandenen Instrumentarien einerseits der Regierungskontakte, andererseits des Norddeutschen Parlamentsrates, schließlich der Möglichkeit, über die Probleme weiterhin in den Deputationen, in den Fraktionen, hier im Parlament zu arbeiten, durch das Vorhandensein aller dieser Möglichkeiten wir in der Lage sind, das Problem so zu bearbeiten, wie es notwendig ist, ohne daß wir Ihren Ausschuß brauchen.

- (B) Wir sind der Ansicht, daß entscheidend für die weitere Entwicklung jenes Raumes, in dem natürlich industrialisiert werden muß — schon wegen der Wanderungsbewegungen zwischen Landwirtschaft und Industrie, verursacht durch die EWG-Politik —, etwas getan werden muß. Wir sind der Ansicht, daß in diesem Raum mit seinen Häfen — ich denke nur an Wilhelmshaven mit seinem exzellenten seeschifftiefen Wasser, ich denke nur an Bremen mit seinem Spezialumschlag, an Bremerhaven mit einem der leistungsfähigsten Containerhäfen — etwas geschehen muß, meinen allerdings, daß nicht das Entscheidende das Hinzulegen eines neuen Instruments in unseren Schrank ist, sondern daß es vielmehr darum geht, die Standortqualität dieses Raumes weiter zu verbessern.

Wir können nichts daran ändern, daß im Westverkehr im Rahmen der sogenannten Hamburg-Antwerp-Range Bremen relativ weit am östlichen Rande — zusammen mit Hamburg — liegt. Wir werden bei allem guten Willen und bei allem Engagement seitens der Parlamentarier und seitens der Regierungen Schwierigkeiten haben. Wir werden Schwierigkeiten haben, im Westverkehr gewaltige Zuwachsraten zu erzielen. Unsere Chance liegt im Nordverkehr — ich erinnere an die Erweiterung der EWG —, in der Verstärkung des Handels mit Norwegen und Dänemark und mit dem übrigen Ostseeraum. Unsere Chance liegt in der Verstärkung des Ostverkehrs, soweit es sich um Polen, die DDR, die Sowjetunion handelt. Soweit es sich um diese Verkehre handelt, liegen wir, wenn wir die Verbindung Ruhrgebiet/See sehen, ideal.

Wir sind nun allerdings der Meinung, daß ein Ja zu einer Entspannung, die Handel und Wandel för-

dert, wichtiger ist als ein zusätzlicher Ausschuß. Zu diesem zusätzlichen Ausschuß unser Nein.

(C)

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Kunick, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Schäfer zu beantworten?

Abg. Kunick (SPD): Hinterher bitte, ich stehe dann zur Verfügung!

Ein weiterer Punkt! Herr Kollege Klein, Sie haben gesagt, im Interesse der Selbständigkeit Bremens müsse dieser Ausschuß her, und es müsse mit den Kreisen geredet werden. Meines Erachtens ist es sehr zweifelhaft, ob im Interesse der Selbständigkeit Bremens dieser Weg beschritten werden darf,

(**Abg. Jackisch [CDU]:** Denken Sie an die Arbeitsplätze!)

denn wenn wir jenen Weg beschreiten, dann stellen wir uns auf die Ebene der einfachen Großkommunen Hannover, Dortmund oder Essen. Wenn wir jenen Weg beschreiten, dann sind wir von der Landesebene herunter.

(**Abg. Klein [CDU]:** Wer will das denn?)

Bei aller Schwierigkeit, Herr Kollege Klein, unsere Ebene ist die Landesebene! Und soweit auf der darunter liegenden etwas gemacht werden muß, sind wir der Meinung, daß man das dann im Gespräch unter Parteifreunden, ohne Benutzung der Institution tun sollte, wobei wir Ihnen empfehlen möchten, zum Beispiel einmal mit Ihren Oldenburger Parteifreunden zu reden, die in einer Wahlzeitschrift — letztes Wochenende verteilt — unter der Überschrift: „Jade-Weser-Port“ schreiben: „So stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach einem Nord-West-Staat, der am ehesten in der Lage wäre, diese widerstreitenden Interessen unter einen Hut zu bringen.“

(D)

Wenn das bremische Parlament jetzt mit dem Rat der Stadt Oldenburg über diese Fragen redet, dann würden Sie ja geradezu noch den Beweis dazu liefern, daß wir weniger sind als ein Bundesland. Das gilt es nach unserer Meinung zu verhindern. Deswegen unser Nein zu Ihrem Antrag bei einem gleichzeitig kräftigen Ja zur Entwicklung der Region Weser/Jade.

Nun, Herr Kollege Dr. Schäfer, ich glaube, Sie wollten eine Zwischenfrage stellen.

(**Abg. Dr. Schäfer [CDU]:** Ich habe mich schon zu Wort gemeldet!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat der Abgeordnete Iversen das Wort.

Abg. Iversen (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Kähler, Sie meinten, daß der damalige Ausschuß nichts erreichte. Sie wissen — Sie waren ja selbst in diesem Aus-

(A) schuß —, daß er von aktiven Kollegen hier aus dem Hause besetzt war. Ich habe die Zusammenarbeit sehr gut in Erinnerung. Aus meiner Rückschau muß ich sagen, der Ausschuß ist nicht wieder zusammengekommen, weil die Arbeit nicht funktionierte, sondern andere Dinge waren es, die die Arbeit zum Ruhen brachten.

Weiter darf ich Ihnen eines freimütig sagen: Es war Herr Dr. Franke, mit dem ich mich unterhielt, nachdem die Baulandaffäre weitgehend abgeklungen war. Ich fragte, ob wir nicht gemeinsam die Arbeit wieder beginnen sollten. Er hat mich sehr herzlich gebeten und gesagt, Herr Iversen, lassen wir die Dinge doch erst einmal ruhen, wir müssen noch manches klären, menschlich und sachlich.

Ich habe ihm dieses persönliche kollegiale Gespräch als eine faire Bitte abgenommen und die Sache ruhen lassen. Ich glaube, es war auch richtig so. Aber damit, daß wir so miteinander die Sache haben ruhen lassen, ist doch nicht gesagt, daß diese Arbeit keinen Sinn und keinen Inhalt hatte.

Wir waren uns in dem Gespräch einig, daß zu gegebener Zeit ein neuer oder der alte Ausschuß wieder tätig werden sollte. Es war uns auch klar, wie notwendig das Gespräch eines Parlamentsausschusses ist. Das kann nicht die Deputation! Diese Meinung habe ich auch heute noch, und ich weiß es aus einer über zehnjährigen Beobachtung und Erfahrung in der Stadt- und Landesplanung. Die Bürger in der Region, auch die dort in der Exekutive und Legislative tätigen Bürger, haben heute noch den Eindruck, die Bremer fühlen sich zu fein, von der Landesebene auf die Kreisebene zu kommen, sich zu informieren und das Gespräch zu führen.

Und dieses Gespräch miteinander wäre eine vornehme Aufgabe dieses Ausschusses, und wir würden überrascht sein, alle miteinander, und feststellen, wieviel Ressentiments und falsche Vorstellungen noch da sind. Gerade dieser Hinweis auf Oldenburg ist eine typische Bestätigung für mich, wieviel falsche Vorstellungen man gegenseitig voneinander hat. Diese Arbeit kann nur ein Parlamentsausschuß tun!

Und, Herr Kollege Kähler, die anderen Länder haben Ausschüsse. Für Hannover ist der Innenausschuß für die Landesplanung zuständig. Es ist ein Parlamentsausschuß und keine Deputation.

(Abg. Kähler [SPD]: Die haben doch keine Deputationen!)

Herr Kähler, das wissen wir doch alle! Es geht uns doch um das Gespräch der Parlamentarier miteinander! Hannover hat also einen Ausschuß, Hamburg und Schleswig-Holstein haben den Landesplanungsrat. Wir haben noch extra vor dieser Diskussion zurückgefragt.

Durch diese Ausschüsse sind auch die gemeinsamen Investitionen in der Größenordnung von 26 Millionen DM möglich geworden. Durch solche Investitionen und durch gegenseitige Hilfe bei bestimmten Aufgaben hätten wir es auch in der Hand,

(C) das Verständnis in der Region zu verbessern und auszubauen. Dies kann man nur, wenn man zueinander kommt und offen, sachlich das anspricht, was den einen bedrückt, und was der andere für Anliegen hat.

Ich habe mit meinen zehn Punkten nur angedeutet, welche besonderen Aufgaben vorliegen — alles Aufgaben, die nur Parlamentarier lösen können —, um sie dann im Ausschuß umzuwandeln in Empfehlungen, hier vorzutragen, zu beschließen, und dann der Exekutive weiterzugeben.

Ich darf erinnern an den Ausschuß unter dem Vorsitz von Herrn Kollegen Stäcker, wo wir die Verkehrskonzeption erarbeitet haben. Gerade die Arbeit dieses Ausschusses ist für mich eine vorbildliche Bestätigung, wie ein Ausschuß dieses Hauses Empfehlungen erarbeiten kann für unsere Region, für unser gemeinsames Anliegen. Dazu ist aber notwendig, daß wir alle voneinander wissen, und solche Empfehlungen kann die Deputation nicht erarbeiten. Dies kann nur ein Parlamentsausschuß.

Deshalb möchte ich doch noch einmal die recht herzliche Bitte an alle richten, die im Moment noch Bedenken haben, daß wir doch der Sache die Zustimmung geben und damit der Region, dem gemeinsamen Anliegen dienen, weil vergangene Ausschüsse mit praktischen Ergebnissen bestätigt haben, daß es notwendig und sinnvoll ist, auch hier zu beginnen.

(Beifall bei der CDU)

(D) **Präsident Dr. Klink:** Das Wort hat der Abgeordnete Kähler.

Abg. Kähler (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Klein schafft eben alles! Mal soll der Kollege Boljahn unser Vorbild sein, und wenn ich zurückdenke, nicht an die Baulandaffäre, sondern an die Diskussions- und Debattenbeiträge hier in diesem Hause, wie gerade Sie Herrn Boljahn hier abgekanzelt haben im Zusammenhang mit der „Neuen Heimat“ und so weiter, wie sie ihn zerdeppern wollten, und heute gehen Sie bei und sagen, nehmen Sie doch wenigstens etwas von Herrn Boljahn an, da Herr Klein, da komme ich nicht mehr mit, oder besser gesagt, damit zeichnet sich klar ab, welche Mentalität Sie in sich haben!

(Glocke — Abg. Klein [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Nein, Herr Klein, nein!

Ein Weiteres: Wenn Sie hier erklären und uns belehren wollen, daß der Ausschuß doch so wunderbar gearbeitet hat, Herr Klein, dann können Sie diese Begründung noch mit hundert Fremdwörtern mehr spicken, aber glaubwürdiger wird Ihre Erklärung deswegen trotzdem nicht!

Und ich will Ihnen noch eins sagen: Die Kollegen, die Mitglieder des damaligen Ausschusses waren — Herr Iversen, Sie waren ja auch dabei —, haben

(A) am 15. 1. 1969 in Osterholz beschlossen, im gemeinsamen Gespräch dort, einen Verkehrsausschuß zu bilden, und ich durfte Vorsitzender dieses Verkehrsausschusses werden. Und gerade aus dieser Arbeit heraus weiß ich — und der Zwischenbericht vom 15. Oktober 1969, den alle Mitglieder bekommen haben, hat das doch auch gezeigt —, welche schwierige Aufgabe es für einen Parlamentsausschuß ist, solche Arbeit durchzuführen.

Das hat doch dieser Bericht und unsere Tätigkeit in diesem Unterausschuß des Parlamentsausschusses gerade erwiesen, daß wir nicht weiter konnten, daß wir zuletzt soweit waren, daß wir nur noch Verbindungsleute zwischen zwei Verwaltungen dargestellt haben und gebettelt und gebeten haben, stellt uns diesen oder jenen Fachmann zur Verfügung, weil wir aus eigener Kraft einfach nicht weiter konnten. Das ist doch erwiesen, das steht doch in einem Bericht drin!

Meine Damen und Herren, und Gespräche führen! Herr Kollege Iversen, Gespräche führen, ist eine gute Sache, nur, wenn Sie Gespräche führen, offizielle Gespräche als Parlamentsausschuß mit dem Umland führen, dann glauben die Kollegen des Umlandes hinterher auch, daß das, was gesprächsweise erörtert wurde, auch durchsetzbar und machbar ist. Und genau das geht doch einfach nicht, weil, wenn Sie mit dem Kreis oder den Gemeinden sprechen, Sie die Verantwortlichen für die Landesplanung aus Hannover nicht dabei haben! Auch das haben wir ja erlebt!

(B)

Ich will hier keine Namen nennen, aber Sie kennen den stellvertretenden Landrat, der in Ihlpohl wohnt. Mit dem haben wir auch diskutiert. Die Forderungen hinterher gingen so weit: Ja, im übrigen, liebe Bremer Freunde, die 20 Pfennig, die ihr über die Landesgrenze hinaus für eure Straßenbahn nehmt, die aber nicht mehr! Das war doch die Ausmündung dieser Gespräche! Und so kann man dann nicht mehr weiter sprechen, weil niedersächsische Randgemeinden bestimmte Wünsche haben auch in der Verkehrsanbindung, die sie aber nicht durchsetzen können, und wir auch nicht, und derjenige nämlich, der verantwortlich ist für die übrige Landesplanung — das Land —, bei diesen Gesprächen in Niedersachsen nicht vertreten ist. Das ist einwandfrei!

Und von daher meine ich, gibt es keine Arbeitsmöglichkeit aus der Erfahrung des letzten Ausschusses, Herr Klein!

(Abg. Klein [CDU]: Wir haben doch den Zugang nach Hannover!)

Herr Klein, Sie machen es sich leicht! Sie haben ja gar nicht in diesem Ausschuß mitgewirkt! Sie stellen sich hierher und stellen Thesen auf und sagen, jetzt will ich mal wieder widerlegen! So eine Arbeit, Herr Kollege Klein, die machen wir nicht mit! Wir können diesen Ausschuß einfach nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, daß das, was wir uns vorgenommen haben und das, was der Kollege Iver-

sen will, nicht machbar ist in diesen Ausschuß. Nur deswegen lehnen wir ab!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Abg. Dr. Schäfer (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte nochmals einige Ausführungen machen, und zwar eine Stellungnahme abgeben zu den Äußerungen von Herrn Kunick. Ich habe besonders Herrn Boljahn angezogen und muß, wenn wir früher auch sehr kontrovers mit ihm waren, feststellen, daß Herr Boljahn auf dem Gebiet der Erschließung

(Abg. Kähler [SPD]: Und wie haben Sie den zerrissen!)

des Unterweser/Jade-Raumes eigentlich Ansichten hatte, die sich praktisch mit den unsrigen deckten.

(Abg. Bugla [SPD]: Das ist doch pharisäerhaft!)

Denn er wollte ebenfalls weiterkommen in der Industrialisierung und meinte, jeder brauchbare Vorschlag müßte aufgegriffen werden, um ihn zu realisieren.

Meine Damen und Herren, Sie brauchen sich nicht zu entrüsten! Wenn ich zum Beispiel eine Zeitungsnotiz der letzten Tage aus Bremerhaven anführe, nach der die SPD-Fraktion sich die Entwicklung im Raum Rotterdam angesehen und festgestellt hat, wir müssen endlich nachziehen! Sie sind acht Jahre zu spät in Ihrer Erkenntnis! Wir haben das schon vorher festgestellt.

(D)

(Abg. Bugla [SPD]: Na ja!)

Herr Boljahn war meines Erachtens der Meinung wie wir, daß wir zu Niedersachsen Brücken schlagen müssen, und auch von der Parlamentarierseite.

(Abg. Bugla [SPD]: Das sind Pharisäer!)

Und wir können es mit einem solchen Ausschuß, wie er von uns vorgeschlagen worden ist, tun.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn Sie das im Augenblick nicht verstehen wollen oder können, Herr Klein hat Ihnen jedenfalls die Möglichkeiten aufgezeigt, die mit diesem Ausschuß zusätzlich zu bewältigen sind!

(Abg. Ella Müller [SPD]: Das können wir auch nicht verstehen! — Abg. Reichelt [SPD]: Das können wir nicht!)

Es ist Ihre Angelegenheit, mit dieser Frage klarzukommen!

Herr Kunick, zu Ihren Ausführungen ganz kurz: Sie haben restlos abgelenkt von dem Problem, das hier zur Diskussion steht. Wir wollen einen Unterausschuß aufbauen, wie wir ihn schon gehabt haben.

- (A) Er hat nach unserer Meinung gut gearbeitet. Wenn Sie diese Arbeit als schlecht bezeichnen, so kann ich nur eins feststellen: Dann tut mir Ihr damaliger Fraktionsvorsitzende, den ich in seiner Arbeitsintensität hoch schätze, außerordentlich leid.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Iversen.

Abg. **Iversen** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Kähler, Sie gaben den Hinweis auf Ihre Tätigkeit in dem damaligen nichtständigen Ausschuß. Ich glaube, Sie haben bei meinen Ausführungen zur Begründung einen Satz, den ich absichtlich sehr vorsichtig formulierte, nicht gehört oder wurden abgelenkt. Ich darf ihn daher in die Erinnerung zurückrufen. Die Gründe, warum es damals nicht so verlief, die wissen wir gemeinsam. Diese Gründe liegen darin — ich wiederhole den Satz —: „Es bleibt auch zu wünschen, daß Senat und Verwaltung dem Ausschuß die notwendige fachliche Hilfe geben und die Erfahrungen des Ausschusses der Geschichte zugeordnet bleiben“.

- (B) Sie wissen genau wie ich, daß das Zusammenspiel Verwaltung und Ausschuß nicht so, wie wir es uns wünschten, funktioniert hat. Und wenn ich an den Ausschuß unter Vorsitz vom Kollegen Stäcker denke — Verkehrskonzeption —, wo wir alle Vorgänge einmütig beschlossen haben, da hat die Zusammenarbeit zur Verwaltung, zu Herrn Senator Seifriz funktioniert, und somit war der Ausschuß in die Lage versetzt, etwas zu erarbeiten und dem Hause vorzulegen. Wenn man Fehler kennt, die in der Vergangenheit waren, so ist das doch kein Grund, heute zu sagen, es funktioniert wieder nicht! So sollte man bereit sein, etwas tun.

Und noch einmal der Hinweis: Die Gespräche nur mit dem Nachbarn zu führen, das überzeugt nicht! Auch wenn ein Gespräch einmal nicht erfolgreich verläuft, wir sind alle Menschen, auch unsere Gesprächspartner in der Region, aber das Gespräch zu führen, das erwarten unsere Nachbarn in der Region von den Bremern, aber nicht auf dem Umweg über Hannover. Und deshalb sollten wir zu ihnen gehen, damit sie auch zu uns kommen und gemeinsam dann Empfehlungen vorgelegt werden. Also noch einmal: Das Gespräch hat doch seinen Sinn und ist notwendig!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einige wenige Bemerkungen! Herr Kollege Boljahn ist von mir und von meiner Fraktion als politischer Gegner leidenschaftlich bekämpft worden, weil er in unserem Sinne völlig verfehlte Auffassungen vertreten hat und auch Handlungen vollzogen hat, die zu kritisieren sind. Das schließt aber nicht aus, gerade weil Politik etwas mit Differenzieren zu tun hat, dann mit ihm gemeinsam an

- (C) einem Strang zu ziehen, wenn man zu gemeinsamen, sachlich begründeten Überzeugungen gekommen ist.

(Beifall bei der CDU)

Und in diesem Punkt — Verbesserung der Kooperation, der landespolitischen und der kommunalpolitischen Kooperation mit Niedersachsen — waren wir mit Kollegen Boljahn von Anfang an einer Meinung, und es ist eine Meinung, die er in Ihren Reihen zum Durchbruch gebracht hat.

(Abg. **Koschek** [CDU]: Es fehlt eben ein Boljahn!)

Und wenn ein politischer Gegner das Richtige vertritt,

(Abg. **Ella Müller** [SPD]: Das hätte er einmal sagen sollen, als Boljahn noch hier war!)

dann muß man das auch als Oppositionsfraktion anerkennen. Ich glaube, wir unterscheiden uns insoweit von Ihnen! Wir sagen nicht, weil er der politische Gegner ist, ist alles das, was er sagt, nicht zu akzeptieren.

(Beifall bei der CDU — Abg. **Franke** [SPD]: Sagen Sie das mal in Bonn!)

- (D) Ein wichtiger Punkt! Die Bedeutung gerade dieser ehemaligen Übereinstimmung wird durch den Namen Boljahn und seine damalige Bedeutung nicht in unseren Reihen, aber in Ihren Reihen unterstrichen. Und nur so bitte ich mich zu verstehen, Herr Kollege Kähler, nicht in der üblichen Weise so zu tun, als wenn ich das anbete, was ich früher also verbrannt hätte! Keineswegs!

(Abg. **Bugla** [SPD]: So ist es!)

Differenziert müssen Sie denken, wenn Sie hier in der Debatte bestehen wollen.

(Abg. **Hartjen** [SPD]: Herr Klein, Sie müssen erkennen: Die CDU war noch nie so schlecht! Ich bin mit Herrn Strauß einer Meinung!)

Nun möchte ich zur Sache ein Mißverständnis bei Ihnen noch versuchen aufzuklären! Herr Kunick sprach davon, wir können nicht als Landesparlament mit Kommunalparlamenten sprechen, mit Kreistagen oder mit Gemeindeparlamenten. Das ist isoliert betrachtet schon ein Unding. Wir sind in dieser Situation in Bremen auf die kommunalpolitische Kooperation angewiesen, und das schließt ein möglichst institutionalisiertes Gespräch mit Vertretungskörperschaften des Umlandes auf unserer Ebene ein. Aber, meine Damen und Herren, das ist doch nicht der einzige Sinn und Zweck unseres Antrags, wir wollen doch die landespolitische Kooperation zusätzlich. Können Sie denn nicht begreifen, daß man das eine tun kann und das andere nicht läßt, daß gerade in beidem der Vorteil dieses Ausschusses liegt?

(A) Im niedersächsischen Umland gibt es eben verschiedene Ebenen, Gemeindeebenen, Regierungspräsidenten und die niedersächsische Regierung und das niedersächsische Verwaltungsamt. Wenn wir mit Osterholz sprechen, wenn wir mit Stade sprechen, haben wir gleichzeitig den unmittelbaren Zugang zu Hannover, weil wir hier Stadtbürgerschaft und Landesparlament in Personalunion repräsentieren. Haben Sie sich schon einmal überlegt, daß das ein großer Vorteil ist, den es durch einen solchen Ausschuß zu realisieren gilt?

Da Sie das also trennen, die landespolitische Kooperation wollen, aber vom Ausschuß fernhalten wollen und auf der anderen Seite sagen, kommunalpolitische Kooperation ist unter unserer Würde, dazu muß ich sagen, Ihr Lernprozeß muß beschleunigt werden, damit Sie zu den Ergebnissen kommen, die wir gemeinsam mit Herrn Boljahn schon vor Jahren hier vertreten haben. — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Seifriz.

Senator für das Bauwesen Seifriz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ein großer Fortschritt, so finde ich, daß die Oppositionsfraktion, die größere Oppositionsfraktion in diesem Hause, auch die Daten im Lernprozeß immer ernster nimmt und sogar mit der Wortung schon übereinstimmt.

(B) Was inhaltlich dazu zu sagen ist, das muß man der praktischen Weiterentwicklung überlassen. Ich habe in der letzten Sitzung der Bürgerschaft — da ging es um den Haushalt — schon ein paar Bemerkungen machen dürfen über das Thema Landesplanung und über Fragen der Instrumentalisierung dieses Problems. Sie wissen, daß ich mich ihm seit Jahren angenommen habe. Ich habe damals auch davon gesprochen, daß ich gemeinsam mit dem damaligen Bundestagsabgeordneten Ravens entsprechende Konzeptionen entworfen habe, daß es darüber Verhandlungen mit der niedersächsischen Landesregierung gegeben hat.

Es gibt nach wie vor Übereinstimmung mit der niedersächsischen Landesregierung darüber, daß diese Region Unterweser/Jade weiter entwickelt werden muß und daß diese Entwicklung möglichst nach gemeinsamen Vorstellungen erfolgen soll. Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, in welchem Tempo welche Region in Niedersachsen gefördert werden soll. Die Christdemokraten und die Sozialdemokraten sind sich damals auf jeden Fall einig gewesen. Es hätte also unter Umständen schon ein stärkeres Instrumentarium bis heute gegeben, wenn die Prioritäten der Niedersachsen die gleichen gewesen wären wie zugegebenermaßen unsere Prioritäten. Das ist das eine! Das hatte ich das letzte Mal schon versucht anzudeuten.

Das zweite, was ich gesagt hatte, war, daß man über bestimmte Instrumente und über bestimmte Politiken immer dann sprechen und sie entwickeln

(C) soll, wenn die Zeit dazu da ist. Wenn ich im Augenblick im Parlament oder in der bremischen Öffentlichkeit über bestimmte Probleme nicht spreche, weil ich meine, daß sie in einen bestimmten Zusammenhang mit der Selbständigkeit Bremens gebracht werden können, dann würde ich den Erfolg bestimmter Vorstöße, wenn ich sie jetzt und hier plakatativ mache, umgekehrt zu Ihren Erwartungen bezeichnen oder aus meiner Sicht der Dinge betrachten.

Darum versuche ich, die Instrumente, die vorhanden sind, für das, was an praktischer Politik notwendig ist, derweil auszunutzen, bis das Schiff sozusagen in einem sicheren Hafen ist, der da heißt Beibehaltung der Selbständigkeit Bremens, um dafür vielleicht andere Probleme nicht nur progressiver, sondern auch provokativer ansprechen zu können, auch was unseren Nachbarn und gewisse Einstellungen, die es hier und da gibt, angeht.

Derweil beschäftigt sich also die gemeinsame Landesplanung Bremen—Niedersachsen mit dem Problem, das hier in Rede steht. Zugegebenermaßen ist der Planungsbereich ein begrenzter, und aus diesem Grund hat die Hauptkommission, die aus den Exekutivvertretern beider Landesregierungen zusammengesetzt ist, beschlossen, diesen Planungsraum auszuweiten. Dazu wird es demnächst Vorstellungen geben, die wir auch bekanntgeben können, und dieser Planungsraum soll nach unserer Vorstellung nach und nach ausgeweitet werden auf den gesamten Unterweser/Jade-Raum.

(D) Es ist zweitens beschlossen worden, die Planungsvorhaben in diesem Bereich zu intensivieren. Ich vermute, ich will mich vorsichtig ausdrücken, daß sich aus der Intensivierung solcher Vorstellungen eines Tages für uns vielleicht nicht ganz angenehme finanzielle Schlußfolgerungen ergeben, und es wird dann, wenn wir A sagen, auch irgendwann einmal dazu kommen, daß wir B sagen müssen. Herr Iversen hat dazu schon einige pikante Ausführungen gemacht, was das auch finanziell für uns bedeuten kann.

Ich habe mich von Anfang an immer auf den Standpunkt gestellt, und es haben immer die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion und der Senat dahintergestanden, daß wir hier nicht in Krähwinkel sind, sondern daß wir hier in Regionen zu denken haben auf eine Weise, die dieser Region förderlich ist. Wenn wir eine bestimmte Politik machen und eine andere Politik zur Zeit nicht machen, dann hängt das damit zusammen, daß wir Nägel mit Köpfen machen wollen, ohne unnötig jemanden zu reizen, den wir zu unserer Hilfe brauchen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

- (A) Wer dem Antrag „Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses zur Förderung der Landesplanung Bremen—Niedersachsen“ seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Ich stelle fest, der Antrag ist abgelehnt.

Wir haben jetzt noch auf der Tagesordnung einen Punkt, und zwar den Punkt Nummer 13, Mitbestimmung an der Universität Bremen.

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir jetzt in eine Mittagspause eintreten.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Klein.

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben jetzt getagt seit 9.15 Uhr. Ich halte es für angemessen, jetzt die Mittagspause zu beginnen. Wir können entsprechend früher heute nachmittag die Sitzung eröffnen. Dann haben wir den großen Vorteil, daß wir uns jetzt stärken können, wie es wohl angebracht ist, nachdem wir seit 9.15 Uhr tagen, um dann eine geschlossene und, wie ich hoffe, fruchtbare Debatte zu bestreiten. Das halte ich für wichtig.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren! Wir sind in der Situation, daß einige Abgeordnete wahrscheinlich bis 15 Uhr disponiert haben. Wir müßten dann also um 15 Uhr die Beratung fortsetzen. Ich bitte aber dann darum, daß wir heute abend keine Schlußzeit setzen, sondern die Tagesordnung ausschöpfen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bis 15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.38 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 15.00 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir fahren in den Beratungen fort. Wir haben bis auf den Tagesordnungspunkt 13 alle Tagesordnungspunkte der Bürgerschaft (Landtag) abgehandelt. Ich würde Sie sehr herzlich darum bitten, daß wir die Verhandlungen heute so durchführen, daß wir die Tagesordnung des Landtags nach Möglichkeit abschließen können. Wenn wir heute abend allerdings nicht fertigwerden, werden wir so lange tagen, auch wenn es in die späten Abendstunden hinein geht, bis wir die Tagesordnung erledigt haben.

- (C) Ich möchte Sie ferner davon unterrichten, daß heute keine Rundfunkübertragungen sind.

(Heiterkeit)

Mitbestimmung an der Universität Bremen

Antrag der Fraktion der CDU vom 2. Mai 1972
(Drucksache 8/260)

Wir verbinden hiermit:

Mitbestimmung an der Universität Bremen

Antrag der Fraktion der FDP vom 12. Mai 1972
(Drucksache 8/264)

Der dringlichen Behandlung dieses Antrags hat die Bürgerschaft (Landtag) zu Beginn der gestrigen Sitzung zugestimmt.

Weiter verbinden wir hiermit den von der Fraktion der SPD vorgelegten Entschließungsantrag vom 15. Mai 1972:

Drittelparitätische Besetzung der Organe und Gremien der Universität Bremen

(Drucksache 8/266)

(D)

Dazu Herr Senator Thape, ihm beigeordnet Herr Senatsdirektor Kreuser.

Der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 8/260, der als Punkt 13 auf der Tagesordnung steht, trägt die Unterschrift des Abgeordneten Klein und Fraktion der CDU. Der Antrag liegt gedruckt vor. Er hat folgenden Wortlaut:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert zu verhindern, daß

1. die von Gremien der Universität Bremen vertretene Mitbestimmungskonzeption verwirklicht wird;
2. die innere Verfassung der Universität Bremen in Widerspruch gerät zu dem vom Bundestag zu verabschiedenden Hochschulrahmengesetz.“

Der Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP ist hektographiert verteilt worden und lautet folgendermaßen:

„Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, unter Beachtung des Beschlusses der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) vom 15. 6. 1971 alle Möglichkeiten, die das im Entwurf vorliegende Hochschulrahmengesetz eröffnet, auszuschöpfen, um zu einem annehmbaren Kompromiß in der Frage der Mitbestimmung an der Universität Bremen zu gelangen.“

- (A) Meine Damen und Herren, die beiden soeben verlesenen Anträge stellen nach meiner Auffassung ihrem Inhalt nach Entschließungen dar, der, allerdings in der interfraktionellen Besprechung nicht unbestrittenen Auffassung, da es zumindest zweifelhaft erscheint, ob die Bürgerschaft die geforderten Beschlüsse rechtsverbindlich fassen kann. Da sich die Anträge jedoch auf einen Beschluß des Plenums vom Juni 1971 beziehen, wurde dahingehend Übereinstimmung erzielt, daß in Abweichung der entsprechenden Geschäftsordnungsbestimmungen beide Vorlagen als Anträge behandelt werden. Die Fraktionsvorsitzenden sind sich jedoch darüber einig, daß die Frage der Entschließungen grundsätzlich einer Prüfung bedarf und daß Gespräche über dieses Problem in der nächsten Zeit erfolgen werden.

Der Abgeordnete Horst-Werner Franke und die Fraktion der SPD haben zu diesem Tagesordnungspunkt, wie bereits erwähnt, einen Entschließungsantrag vorgelegt, der hektographiert verteilt wurde und folgenden Wortlaut hat:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

1. Der Senat wird ersucht, die vom Gründungssenat der Universität Bremen beschlossene vorläufige Universitätsverfassung mit der Maßgabe zu bestätigen, daß alle entscheidungsbefugten Selbstverwaltungsorgane und -gremien drittelparitätisch besetzt werden.

- (B) Die Bremische Bürgerschaft hält es für erforderlich, daß eine Universität, die die Kooperation aller Gruppen bis zu einem Optimum anstrebt, die Drittelparität als angemessene Form der Selbstverwaltung erprobt und mit den gewonnenen Erfahrungen der Hochschulreform im ganzen Bundesgebiet dient.

2. Der Senat wird ferner gebeten, von der Universität nach dem Sommersemester 1973 einen Bericht über die Erfahrungen mit der drittelparitätischen Besetzung der Organe und Gremien anzufordern.“

Gemäß Paragraph 30 Absatz 1 der Geschäftsordnung finden Abstimmungen über Entschließungen in der Regel ohne vorherige Aussprache statt. Ich nehme jedoch an, daß die in der Entschließung angesprochenen Probleme Gegenstand der Aussprache über die vorliegenden Anträge sein werden. Insofern schlage ich dem Hause vor, daß auf die Entschließung im Rahmen der nun folgenden Aussprache eingegangen werden kann.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Das Wort zur Begründung des Antrags der Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Neumann.

Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach unserem Antrag soll der Senat aufgefordert werden, die von den Gremien

der Universität Bremen vertretene Mitbestimmungskonzeption nicht zu verwirklichen. (C)

Wie sieht die von den Gremien der Universität und inzwischen auch von der SPD-Fraktion vertretene Mitbestimmungskonzeption nun aus? Gefordert wird die uneingeschränkte Drittelparität für alle Bereiche und Entscheidungen in der Hochschule. Das heißt, folgende drei Gruppen wirken und entscheiden in der Universität gleichberechtigt mit:

a) die Hochschullehrer. Hierin sind enthalten die Professoren, Dozenten und Assistenten.

b) die Studenten und

c) die Vertreter des Dienstleistungsbereichs. Hierzu gehören: angefangen bei den Raumpflegerinnen, die Heizungsmonteure, Hausmeister, Sekretärinnen, Dienstboten, Angestellten und die Computertechniker.

(Abg. Franke [SPD]: Diplom-Bibliothekare auch noch!)

Wir, die CDU, sind der Auffassung, daß mit der überkommenen Struktur der Hochschule zu brechen ist, einer Struktur, in der eine kleine Zahl von Professoren fast uneingeschränkt über Forschungsvorhaben, Lehrinhalte und wissenschaftliche Karrieren bestimmt. Wir streben die konstruktive Mitarbeit aller Mitgliedergruppen in der Selbstverwaltung der Hochschule an. Dabei gehen wir allerdings — und hier unterscheiden wir uns von den Vorstellungen der Universitätsgremien — von einer funktionsgerechten und qualitativ differenzierten Mitbestimmung aus.

Das Ausmaß der Mitwirkungsrechte wird aufgrund von Kriterien bestimmt, die sich aus der Funktion der Mitglieder und ihrer Bindung an die Hochschule ergeben. Unter diesem Gesichtspunkt sollte unserer Meinung nach eine Einschränkung der Mitwirkungsrechte seitens der Studenten und der Vertreter des Dienstleistungsbereichs in Fragen der Forschung, der Ergänzung des Lehrkörpers und der Abnahme von Prüfungen stattfinden.

Meine Damen und Herren, sicherlich gibt es eine Reihe von Fragen in der Universität, wie zum Beispiel Rektorenwahl, Studiengliederung, hochschulpolitische Themen und soziale Belange, die sämtliche Gruppen der Universität gleichermaßen betreffen und von diesen auch gleich qualifiziert entschieden werden können. Hier wäre die Möglichkeit drittelparitätischer Entscheidungen durchaus ins Kalkül zu ziehen.

Aber, meine Damen und Herren, es gibt auch Entscheidungen, deren Bewältigung zwangsläufig eine bestimmte Qualifikation voraussetzt. Ich kann mir zum Beispiel nicht vorstellen, wie Studenten der ersten Semester, in der Regel sind es diese ja, die noch die Zeit haben, in studentischen Vertretungen mitzuarbeiten, wie diese Studenten in Fragen der Forschung, in Berufungsfragen oder bei Prüfungen sachkundig gleichberechtigt mitwirken und entscheiden sollen, wenn sie die Materie, über

(D)

- (A) die es zu entscheiden gilt, selbst erst studieren wollen.

(Beifall bei der CDU — Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz)

Noch viel weniger kann ich mir vorstellen, daß diese Entscheidungen von Vertretern des Dienstleistungsbereichs sachkundig getroffen werden können, die häufig dann mit wissenschaftlichen Problemstellungen erstmalig konfrontiert werden. Ich muß ja wohl davon ausgehen, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, daß Sie die Vertretung des Dienstleistungsbereichs nicht nach elitären Gesichtspunkten auswählen wollen, sondern entsprechend ihrer sozialen Zusammensetzung insgesamt.

Vertreter der SPD — wir haben ja schon Gespräche vor dieser Debatte untereinander geführt — wenden dabei ein, alle Entscheidungen, die in der Universität zur Geltung kommen, beinhalten eine gesellschaftliche Relevanz, und über diese gesellschaftliche Relevanz sollten alle Mitglieder der Universität durchaus entscheiden.

Ich unterstelle einmal, daß auch die gesellschaftliche Bedeutung eine Rolle spielt, aber unstrittig ist doch wohl für die Mehrheit dieses Hauses, daß bei Prüfungen, bei Forschungsfragen und bei Berufungen die fachliche Qualifikation das wichtigste Kriterium sein muß. Aus dieser Sicht verfügen eben Professoren über qualifiziertere Voraussetzungen als Studenten und Vertreter des Dienstleistungsbereichs.

Der oft wiederholte Hinweis auf die Mitbestimmungsregelungen in der Wirtschaft sticht meiner Ansicht nach nicht. Die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie teilt die Macht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, nicht aber zwischen Lehrlingen und Meistern. Und vor allem, sie hält durch strikte Regelungen, Normierung der Friedenspflicht und so weiter die Gremien entscheidungsfähig, während drittelparitätische und ähnliche Regelungen in der Universität gerade dazu führen, daß sich niemand mehr für Entscheidungen zuständig und verantwortlich fühlt.

Nach unserer Auffassung kann wirklich nur eine funktionsgerechte und differenzierte Mitbestimmung verhindern, daß sich die Tätigkeit der Hochschule in endlosen und ermüdenden, oft sinnlosen Sitzungen der einzelnen Gremien erschöpft. Wir halten daher das Ziel des SPD-Antrags — schematische Übertragung der Drittelparität auf alle Bereiche der Hochschule — von der Sache her für falsch.

Meine Damen und Herren, wenn man in so einem kleinen Land wie Bremen etwas Neues einführen will, sollte man auch nicht unberücksichtigt lassen, wie Mitbestimmungsfragen in anderen Bundesländern und vielleicht auch in anderen Staaten geregelt sind.

Ich will hier einmal mit einigen Aussagen zum Ausland anfangen: In enger Beziehung zum Verhältnis von Hochschule und Staat steht der Um-

fang der für die Funktionsfähigkeit einer Hochschule so entscheidenden studentischen Mitbestimmung. Hier ist in den meisten Ländern eine interessante Erscheinung festzustellen: Dort, wo die Autonomie der Hochschulen begrenzt und dementsprechend die Mittel des Staates, in die Belange der Hochschule einzugreifen, stärker sind, gibt es vor allem bei den die Ausbildung betreffenden Fragen eine stärkere studentische Mitbestimmung. Das gilt insbesondere für Frankreich und Schweden, teilweise auch für Norwegen.

Auf der anderen Seite ist die studentische Mitbestimmung dort geringer, wo die Universitäten weitgehend selbst bestimmen und der Staat dementsprechend kaum Einflußmöglichkeiten auf die Hochschule hat.

In Frankreich ist jedoch die sehr hohe Mitbestimmungsbeteiligung der Studenten, die zum Beispiel im Gesamtrat der Universitäten bis zu 50 Prozent betragen kann, davon abhängig, daß sich zumindest 60 Prozent der Studenten an der Wahl beteiligen. Liegt die Wahlbeteiligung der Studenten unter diesem Quorum von 60 Prozent, verringert sich die Zahl der Studenten in den Gremien entsprechend. Dieses Quorum hat vielfach dazu geführt, daß viele der den Studenten zustehenden Sitze nicht besetzt sind. Ganz klar eingeschränkt ist in Frankreich die studentische Mitbestimmung in Fragen der Forschung und der Berufung. Hier entscheiden nur Hochschullehrer.

In England ist das Ausmaß der studentischen Mitbestimmung in den einzelnen Hochschulen unterschiedlich, in den neueren Universitäten ist sie größer als etwa in den alten Universitäten Oxford und Cambridge, wo die Studenten in den meisten Gremien nur beratende Stimme haben. Selbst in den neuen Universitäten sind nur wenige Sitze den Studenten vorbehalten. Eine funktions- und sachgerechte Mitbestimmung wird gewünscht, aber nicht mehr!

In Norwegen und Schweden versucht man zur Zeit, die ohnehin schon seit langem vorhandene studentische Mitbestimmung zu erweitern. Im allgemeinen hat dort der Staat jedoch die Möglichkeit, durch gezielte Maßnahmen einer drohenden Radikalisierung vorzubeugen. Außerdem ist durch die Tätigkeit der Nationalen Forschungsräte die Mitwirkung der Universität und damit auch die Mitbestimmung der Studenten in Forschungsfragen wesentlich geringer, als sie in Deutschland gefordert wird.

Vielleicht noch ein Ausblick auf die Verhältnisse in den kommunistischen Ländern! Polen: In dem Gesetz über das Hochschulwesen vom 5. November 1968 ist eine Mitbestimmung der Studenten nicht vorgesehen. In Polen wie auch in anderen Ostblockländern ist zu beachten, daß Regierungsorgane weitgehende Aufsicht und Eingriffsrechte gegenüber den Hochschulen haben. Deren Selbstverwaltung kann daher nur bedingt mit der Selbstverwaltung westlicher Universitäten verglichen werden. Im Se-

(C)

(D)

- (A) nat und auch im Fakultätsrat sind neben den Hochschullehrern noch die Direktoren der zur Fakultät gehörenden wissenschaftlichen und didaktischen Organisationseinheiten vertreten. Im Fakultätsrat sind zusätzlich die Vertreter der Lehrbeauftragten und Assistenten in einer Zahl vertreten, die der Rektor bestimmt. In beiden Gremien wirken außerdem ein Mitglied der zentralen Gewerkschaftsorganisation und mit Zustimmung des Rektors auch andere Personen mit, gleich, ob sie der Hochschule angehören oder nicht.

Dies können Sie ausdehnen auf sämtliche anderen kommunistischen Länder. In der DDR ist es ähnlich. Dort sind zwar auch die Studenten in die Mitbestimmung einbezogen, aber der festgelegte Delegiertenschlüssel wird ausschließlich vom Rektor bestimmt.

Das mag für das Ausland genügen!

Ich wil jetzt noch einmal zwei Beispiele aufzeigen, die das Inland betreffen, und zwar zwei Bundesländer, in denen die Mitbestimmung der Studenten, die Mitbestimmung aller Gruppen in weitem Ausmaß geregelt sind. Das ist einmal das Bundesland Hessen und zum anderen die Freie Universität Berlin, wobei man bei denen davon ausgehen muß, daß dort noch die herkömmliche Dreiergruppierung besteht: Professoren, Assistenten und Studenten. Das heißt, daß die Mehrheit in der Regel über eine wissenschaftliche Qualifikation verfügt, während der Dreierblock, der in der Bremer Universität genannt wird, ja nur zu einem Drittel aus Personen besteht, die über eine wissenschaftliche Qualifikation verfügen müssen, eben die Professoren.

(B)

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Wie sieht es nun in Hessen aus? Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren aus einem Aufsatz von Herrn Professor Steidle, der an der Philosophischen Fakultät in Frankfurt tätig ist. Da heißt es in seinem Aufsatz:

„Die Erwartung der Väter des Hessischen Universitätsgesetzes, die Studenten würden in großem Umfang von der ihnen durch Gesetz gebotenen Möglichkeit der Mitbestimmung Gebrauch machen, hat sich nicht erfüllt. Die meisten wollen immer noch vor allem studieren. Die studentische Mitsprache ist deshalb weitgehend den linksradikalen Ideologen und Revolutionären überlassen.“

Jetzt überspringe ich einiges. Dann heißt es weiter:

„Mit Hilfe gezielter Agitation und der jetzt möglichen Mitsprache nicht Qualifizierter bei der Festsetzung von Prüfungs- und Leistungsanforderungen wird eine lebhaftige Kampagne gegen den“, wie es heißt, „unerträglichen Leistungsdruck geführt. Als unmittelbare Folge hiervon sind bereits die Leistungen in einigen Fächern merklich abgesunken, oder es muß, um die Aufrechterhaltung des an einer Universität nun einmal unabdingbaren Leistungs-

prinzips sozusagen Punkt für Punkt ein zäher Verteidigungskampf geführt werden. Die Auflösung der alten Fakultäten und die Einrichtung der Fachbereiche durch das Hessische Universitätsgesetz sollten nach der Absicht des Gesetzgebers die Selbstverwaltungsarbeit beschleunigen, sie effizienter machen. Die Zahl der Teilnehmer an den einzelnen Sitzungen ist durch die Beteiligung der Studenten und der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter nicht geringer geworden. Häufigkeit und Dauer der Sitzungen haben sich erschreckend vermehrt, und vielfach kommt es nicht einmal zu Ergebnissen, sondern es wird nur endlos palavert. Innerhalb der einzelnen Fachbereiche und Fächer herrschen zum Teil anarchische Zustände. Entweder ist der Einfluß der für das jeweilige Fach bisher Verantwortlichen zurückgedrängt oder sie haben sich selbst aus der ihnen sinnlos erscheinenden Mitarbeit so weit wie möglich zurückgezogen.“

(C)

Eine weitere Bemerkung zu der Freien Universität Berlin: Die gesetzliche Verankerung vorgeblicher Demokratisierungsbestrebungen unter dem Deckmantel der von den linken Gruppen bekundeten Bereitschaft zur Mitarbeit führte in der Freien Universität Berlin zur vordergründigen Durchsetzung hochschulfremder, primär machtpolitisch ideologischer Interessen. Verlust der Arbeitsfähigkeit und Funktionsreduzierung der Berliner Universität sind die zum Teil erwarteten, aber auch schon festzustellenden Ergebnisse dieser Entwicklung. Der Leistungsverfall wird noch beschleunigt durch die stetige Zunahme zahlreicher Selbstverwaltungsgremien, die neben der erfolgten Überbürokratisierung eine der weiteren Folgen der den Universitäten verordneten Mitbestimmung sind.

(D)

Es ist hier interessant, von der Berliner Universität einmal einige Zahlen zu nennen, die mit der Mitbestimmung zusammenhängen. Allein an der Berliner FU, die ja zum Teil für die Hochschulpolitik der Bundesrepublik exemplarischen Charakter hat, werden — als Ergebnis der jüngsten Reformen — in der Zukunft ständig 348 Assistenten, 346 Studenten und 62 Dienstkräfte benötigt, um die vorgesehenen Mitbestimmungsfunktionen wahrzunehmen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Neumann, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten von Hassel zu beantworten?

Abg. Neumann (CDU): Ich möchte mir die Antwort im Augenblick deswegen versagen, weil ich mit meinen 30 Minuten Redezeit auskommen muß.

Ich darf fortfahren! Die bürokratische Überkapazität führt aber auch zu einer großzügigen Verschwendung öffentlicher Gelder. Die Steigerung des FU-Etats von 208 Millionen DM im Jahr 1968 auf 430 Millionen DM, die für 1972 veranschlagt sind, läßt sich sicherlich nicht durch Mehraufwand im Personalbereich und nicht nur mit Baufinanzierung ausreichend begründen.

- (A) Meine Damen und Herren, bei dieser ganzen Diskussion, so ist zumindest meine Auffassung, ist auch interessant der politische Hintergrund derjenigen, die sich an die Spitze dieser Forderung stellen. Und in diesem Zusammenhang möchte ich wieder den Bogen nach Bremen finden. Es ist unbestritten so, daß in den studentischen Vertretungen an der Bremer Universität die Mehrheit aus kommunistischen oder kommunistisch orientierten Studenten besteht. Das ist sicherlich unstrittig, wenn Sie beispielsweise den Studentenrat nehmen, der 15 Mitglieder hat, und von diesen 15 Mitgliedern gehören 7 der „Roten Liste“ an, zwei dem „Marxistischen Studentenbund“ und 6 dem „Sozialdemokratischen Hochschulbund“.

(Abg. Fluß [SPD]: Das ist doch kein Gremium!)

Herr Kollege Fluß, ich gehe doch mit Ihnen darin konform, daß diese Universität so demokratisch ist, daß sich in den Wahlen auch das Verhältnis des Meinungsbildes in der Universität niederschlägt.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Das wird man nicht bestreiten können. In ihrer Repräsentation sind diese Studenten kommunistisch ausgerichtet. Das werden Sie sicherlich auch beklagen. Dieser AstA hat ja nicht uns in erster Linie, sondern den Senat als Hauptgegner bezeichnet, und das findet die Ursache darin, daß diese Studentenschaft, ihre Vertretung zumindest, mehrheitlich nicht sozialdemokratisch, sondern kommunistisch orientiert ist.

(Beifall bei der CDU)

In einem Flugblatt anlässlich der Forderungen nach Drittelparität heißt es — das ist auch interessant für uns, für diejenigen, die darüber abstimmen sollen —: „Flugblatt der kommunistischen Studentenorganisationen“, Sie werden es sicherlich kennen, es ist vor der Bürgerschaft verteilt worden:

„Die drittelparitätische Besetzung aller Gremien dient dem Schutz der fortschrittlichen Interessen der Studenten an ihrer Ausbildung. So können in Berufungskommissionen besonders reaktionäre Hochschullehrer abgelehnt und stattdessen fortschrittliche vorgeschlagen werden.“

Meine Damen und Herren, Ihnen ist doch klar, was mit „reaktionär“ gemeint ist. Damit sind doch nicht nur diejenigen gemeint, die erz-konservativ sind, sondern es sind zum Teil diejenigen gemeint, die in Ihren eigenen Reihen sitzen und Hochschullehrer werden wollen. Die sind hier gemeint!

(Beifall bei der CDU)

Ich zitiere weiter: „Ebenso besteht die Möglichkeit, in Projekten und Lehrveranstaltungen materialistische Inhalte personell und finanziell abzusichern und imperialistischer Forschung entgegenzutreten“. Dann heißt es weiter: „Die Angehörigen

- (C) des Dienstleistungsbereiches haben als Lohnabhängige zunächst ein Interesse daran, über ihre Arbeitsbedingungen inhaltlich mitzubestimmen und hierarchische Strukturen abbauen zu können. So können zum Beispiel die Sekretärinnen über die gemeinsamen Ausschüsse den Versuch ordinarialer Hochschullehrer abwehren, sie als private Hilfskräfte einzusetzen. Während die Drittelparität hier eine objektive Verbesserung der Arbeitsbedingungen bringt, zeigen sich auch bereits ihre Grenzen. So wird man über Überstundenbezahlung im Kapitalismus nicht drittelparitätisch abstimmen.“

Es heißt zum Schluß: „Beide, Studenten wie Angehörige des Dienstleistungsbereichs, haben ein gemeinsames Ziel, den Sturz des Kapitalismus.“

(Abg. Klein [CDU]: Hört, hört!)

Die Studenten, weil sie erst dann, von der Ausrichtung ihrer Ausbildung und ihrer späteren Tätigkeit auf die Profitinteressen des Monopolkapitals befreit, Wissenschaft im Dienst des Volkes betreiben können. Die Angestellten und Arbeiter an der Universität, weil erst dann Ausbeutung und Mehrwerterschöpfung abgeschafft sind, weil erst dann die Voraussetzung zur Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit gegeben ist.

(Abg. Schepers [CDU]: Das hat Hitler auch gesagt!)

- (D) Der Beitrag, den die Studenten als Bündnispartner der Arbeiterklasse im Kampf für den Sozialismus leisten können, ihre Perspektive und ihr Ziel heißen: Kampf der kapitalistischen Ausbildung.“

Meine Damen und Herren, sicherlich ist es nicht so, daß diese Aussagen, obwohl Sie für die Drittelparität sind, Ihre Meinung darstellen. Aber es ist doch wichtig zu wissen, welche Vertreter nachher im Rahmen der Drittelparität in der Universität mitwirken, und das sind zu einem Drittel diese. Ich meine, das ist wichtig, und das müssen wir bei dieser Diskussion sehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf zu meinem dritten Abschnitt kommen. Wie sieht nun der Stand der Hochschulgesetzgebung auf Bundesebene aus? Hier kommen wir zu einem ganz zentralen Thema in der Diskussion.

Sie haben ja selbst im Juni des vergangenen Jahres — wenn ich Sie sage, meine ich die SPD — einen Antrag beschlossen, in dem der Senat ausdrücklich ersucht wird, bei der Bestätigung der vorläufigen Universitätsverfassung, vor dieser Situation stehen wir jetzt, auf die Einhaltung der Bestimmungen des zu erwartenden Hochschulrahmengesetzes des Bundes zu achten.

(Abg. Klein [CDU]: Eben!)

Dies gilt, so heißt es in Ihrem Beschluß, vor allem hinsichtlich der inneren Struktur der Universität.

(A) Jetzt muß man fragen: Wie sieht nun der Stand dieser Hochschulgesetzgebung auf Bundesebene aus? Hier will ich mich gar nicht orientieren an den Vorstellungen der CDU, sondern für Sie wird interessant sein, wie Ihre eigenen Parteifreunde auf Bundesebene und in den anderen Bundesländern zu dieser Problematik stehen. Sie wissen, daß sich in der Diskussion in Bonn im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft ein Entwurf zum Hochschulrahmengesetz befindet mit dementsprechenden Änderungsvorschlägen.

Ich darf hier nur einmal zitieren, welches die Position Ihrer Partei, die Position der Sozialdemokratischen Partei ist, und zwar nicht erst nach einem Kompromiß, der muß dann noch gefunden werden, sondern als Ausgangsposition. Da heißt es nämlich zu Paragraph 16 in den SPD-Vorschlägen zum Hochschulrahmengesetz: „Soweit Fragen der Forschung, der Anstellung von Professoren und Assistenzprofessoren sowie der Prüfungsordnung zur Zuständigkeit eines Gremiums gehören, müssen die Professoren“ und so weiter „sowie die Studenten stimmbe-rechtigt vertreten sein. Es entscheidet die einfache Mehrheit.“

Dann heißt es unter Abschnitt 2: „Ein Beschluß kommt jedoch nur zustande, wenn in der Mehrheit mindestens die Hälfte der Stimmen enthalten ist, über die die an der Beschlußfassung teilnehmenden Professoren und Assistenzprofessoren zusammen verfügen.“ Das heißt, in der Ausgangslage, im grundsätzlichen Beitrag Ihrer Partei in Bonn geht man davon aus, daß in den Fragen der Forschung, der Berufung von Professoren und der Prüfungsordnungen die Mehrheit der Professorenstimmen in den Abstimmungsergebnissen enthalten sein muß.

Ich will momentan gar nicht davon reden, wie der Entwurf meiner Partei aussieht. Aber Sie müssen im Hinblick darauf noch einmal davon ausgehen — in Anbetracht der politischen Konstellation im Deutschen Bundestag —, daß der SPD-Vorschlag sicherlich nicht die endgültige Lösung sein kann, denn man wird sich in der Diskussion um das Hochschulrahmengesetz zu einem Kompromiß zusammenfinden müssen. Das bedeutet, daß die von der SPD angestrebte Mitbestimmungsregelung mit Sicherheit noch wird eingeschränkt werden müssen, wenn man zu einem Kompromiß mit der CDU kommen will. Ihr Vorschlag hier in Bremen — und insofern ist er einmalig — steht diesem Anliegen diametral entgegen.

Jetzt muß ich Herrn Senator Thape ansprechen! Herr Senator Thape, Sie haben noch bis vor wenigen Wochen eindeutig den Standpunkt Ihrer Partei in Bonn vertreten.

(Abg. J o h n [FDP]: Vor wenigen Tagen, solange ist das noch nicht her!)

Vor wenigen Tagen haben Sie also diesen Standpunkt noch vertreten. Sie haben ihn eindeutig in einem Schreiben an die Universität deutlich gemacht. Es heißt darin: „Gleichwohl wird es für er-

(C) forderlich erachtet, daß die Hochschullehrer einen starken Einfluß in den Organen und Gremien der Universität erhalten.“

Was, Herr Senator Thape, hat Sie dazu bewogen, in dieser Sache jetzt einen völlig anderen Standpunkt einzunehmen? Hier kann man doch nicht sagen, nur weil das Hochschulrahmengesetz noch nicht verabschiedet worden ist, weil dies vielleicht noch drei, vier oder fünf Monate dauert, stimmt der Ansatz in der Sache nicht mehr. Das ist doch keine Zeitfrage, Herr Senator Thape, sondern das ist eine Grundsatzfrage.

Wie die von Ihnen ursprünglich vorgeschlagene Regelung aufgefaßt wird, geht aus Kommentaren seitens der Universität hervor. Ich darf hier zitieren eine bremische Tageszeitung vom 18. April. Darin heißt es beispielsweise, ausgesagt von Dr. Heide Gerstenberger, Mitglied des Gründungssenats: „Eine Regelung“ — das bezieht sich auf die konkrete Situation — „nach dem Rahmengesetz sei auch deshalb nicht einzusehen, weil man mit dem Bremer Weg bislang gut gefahren sei.“ „Die Kernfrage“ — so Hans-Dieter Müller von der Uni-Informationsabteilung — „ist, ob der Senat sich an Bonn oder Bremen orientiert.“

(Abg. K l e i n [CDU]: Hört, hört!)

Hier wird eindeutig klargemacht, daß der Senat, wenn er sich an Bremen orientiert, nicht mehr den Sachstand in Bonn berücksichtigt. Selbst ausgesagt von Mitgliedern der Universität!

(D) Und ich darf weiter zitieren aus einer bremischen Tageszeitung vom 3. Mai, aus einem Bericht über eine Sitzung der Universitätsgremien. Zitat:

„Wie die Neunerkommission vor der Vollversammlung berichtete, hat die Landesregierung ihre Absicht, Beschlußregelungen zugunsten der Hochschullehrer-Stimmen zu verändern, mit einem Beschluß der Bürgerschaft vom vergangenen Sommer begründet, wonach die Universitätsverfassung sich am Entwurf zum Hochschulrahmengesetz orientieren müsse. Außerdem begründet der Senat mit Rücksicht darauf, daß zumindest die SPD-regierten Bundesländer Finanzhilfe leisten, er habe Sorge zu tragen, daß die Bremer Universität in die bundesdeutsche Hochschullandschaft passen müsse. Schließlich wolle die Landesregierung die Universität als ein Hochleistungsinstrument der Bildung gesichert sehen, was nur mit einer Stärkung der Position der Hochschullehrer in den drittelparitätlich besetzten Unigremien zu erreichen sei.“

Ich frage Sie, Herr Senator Thape, warum stehen Sie nicht mehr zu dieser Aussage, was hat sich geändert?

(Beifall bei der CDU)

Und ein Letztes! Um die Einschätzung, die politische Einschätzung der Haltung des Senats in Verbindung mit der Drittelparität deutlich zu machen, zitiere ich wieder aus einem Flugblatt, für das die Sektion Uni verantwortlich ist. Dort heißt es: „Der

- (A) Beschluß der SPD-Parlamentarier für die uneingeschränkte Drittelparität hat zwar der SPD-Führung eine politische Schlappe eingebracht, deren bildungspolitische Stoßrichtung auf staatliche Reglementierung des Ausbildungswesens, auf Abbau der demokratischen Rechte aber nicht berührt".

Meine Damen und Herren, hier wird der Sachverhalt so bezeichnet, wie er wirklich ist. Herr Senator, Sie haben mit Ihrer Vorstellung — anders kann ich es nicht feststellen — eine politische Schlappe erlitten, und das ist schade für Bremen!

(Abg. Klein [CDU]: Fürwahr! — Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt zu Ihrem Antrag selbst, Herr Dr. Scherf, kommen. In Ihrem Entschließungsantrag heißt es — wir wollen ihn ja hier mit im Zusammenhang diskutieren —: „Der Senat wird ersucht, die vom Gründungssenat der Universität Bremen beschlossene vorläufige Universitätsverfassung mit der Maßgabe zu bestätigen...“ — und dann kommt die Sache mit der Drittelparität. Das heißt, ganz klar ausgedrückt, es geht nach diesem Antrag nicht nur darum, die Drittelparität zu bestätigen, das ist nur eine Maßgabe, sondern wir sollen hier mehr oder weniger in einem Blankoscheck die gesamte vorläufige Universitätsverfassung bestätigen.

- (B) (Abg. Klein [CDU]: Sehr wahr!)

Dazu frage ich Sie, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei, wie steht dieses Wollen nach Gesamtbestätigung der vorläufigen Universitätsverfassung mit dem Beschluß Ihrer Fraktion vom 15. Juni 1971 in Einklang? In diesem heißt es: „Der Senat wird ersucht, die vorläufige Universitätsverfassung vor ihrer Bestätigung durch den Senat der Bremischen Bürgerschaft zur Kenntnis zu bringen.“

Diese Satzung, meine Damen und Herren, ist uns bisher noch nicht zur Kenntnis gegeben worden.

(Abg. Klein [CDU]: Genau!)

Im Gegenteil, wir hatten nicht die Möglichkeit, darüber zu diskutieren! Und diese Satzung wollen Sie nun mit einem Handstreich von uns allen per Blankoscheck gleich mit genehmigen lassen. Das ist ein Verfahren, das eindeutig dem Beschluß vom Juni 71 widerspricht.

(Beifall bei der CDU — Abg. John [FDP]: Von der SPD-Fraktion, von uns nicht!)

Aber das wäre ein formaler Einwand.

Ein weiterer Einwand besteht noch zusätzlich! Und hier muß ich wieder Herrn Senator Thape ansprechen und auch die Vertreter der SPD, falls sich Herr Dr. Scherf beim ersten nicht immer gleich angesprochen fühlt!

(C) Herr Senator Thape, Sie haben unter anderem auch an die Universität ein Schreiben gerichtet, in dem Sie nicht nur als Forderung Ihrer Verwaltung die Drittelparität ansprechen, sondern Sie haben darüber hinaus geschrieben, daß Sie zwar beabsichtigen, der vorläufigen Universitätsverfassung zuzustimmen, aber daß, und das müßte in der Universitätsatzung zusätzlich enthalten sein, die Einrichtung von Studiengängen, Studienbereichen in Fachsektionen und weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen der Genehmigung des Senats der Freien Hansestadt Bremen bedarf.

Darin heißt es ferner: „Die Satzungen und Ordnungen der Universität, insbesondere die Zulassungs- und Übungsordnung, ... sollen der Genehmigung des Senats der Freien Hansestadt Bremen bedürfen.“

Diese Dinge sind von uns bisher überhaupt nicht diskutiert worden! Sie sind in der jetzigen Form, besonders wenn ich an die Uni-Satzung Paragraph 19 und folgende denke, eindeutig anders geregelt, als Sie es gefordert haben. Haben Sie auch das über Bord geworfen, oder gilt es heute noch? Dann bitte ich Sie, das zu sagen! Auch das müssen wir in der Diskussion berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich sehe die rote Lampe, und bei „rot“ passe ich immer besonders auf, deswegen werde ich zum Schluß kommen!

(D)

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich folgendes sagen: Wenn wir, wenn die CDU primär parteiegoistisch dächte, dann müßten wir Sie und die Universität in ihrer Entwicklung uneingeschränkt gewähren lassen. Nichts wäre für unseren bisherigen kritischen Standort besser, beweiskräftiger, als eine Universität, die durch Leistungsabfall, politische Indoktrination oder sogar durch Funktionsunfähigkeit gekennzeichnet sein würde.

Wir könnten eigentlich frohlockend auf die Situation mit all ihren politischen Komplikationen warten, die mit Sicherheit auf Sie zukommt, wenn Sie diesen Entschließungsantrag der SPD genehmigen; auf eine Situation, in der Sie nämlich aufgrund der Bestimmungen eines verabschiedeten Hochschulrahmengesetzes — und das kommt, und auch noch in diesem Jahr, so sagt es wenigstens Ihre Bundesregierung, und hin und wieder glaube ich ihr noch —, aufgrund der Bestimmungen eines verabschiedeten Hochschulrahmengesetzes die weitgehenden Mitbestimmungsrechte zweier Gruppen an der Universität wieder entscheidend einschränken müssen. Mir ist nicht klar, Herr Senator, wie Sie diese Situation, da Sie ohnehin in der gegenwärtigen schon Schwierigkeiten haben, meistern wollen.

Aber, meine Damen und Herren, das alles wollen wir nicht. Wir fühlen uns verantwortlich, einmal verantwortlich für die Bürger, mit deren Steuergel-

(A) dern diese Universität finanziert wird, aber auch für die Studenten, die an diese Universität kommen, nicht nur, um Mitbestimmung zu üben, sondern um entsprechend ihren Fähigkeiten zu einem optimalen Leistungserfolg zu gelangen. Und das, meine Damen und Herren, ist sicherlich noch die große Mehrheit der Studenten.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, lassen Sie sich nicht aufgrund eines — aus meiner Sicht — unrealistischen, falschen Demokratieverständnisses, aufgrund vielleicht vermeintlicher Progressivität in eine Entwicklung drängen, die, so zeigen die Erfahrungen, zu einem Ergebnis führt, das Sie selbst doch nicht wollen können. Machen Sie nicht aus Opportunismus den Fehler, auf einen fahrenden Zug, dessen Richtung Sie bald selbst nicht mehr bestimmen können, noch aufzuspringen!

(Zuruf des Abg. S c h n a k e n b e r g [SPD])

Auf einen Zug, Herr Schnakenberg, bei dem selbst Herr Fluß sich früher oder später nur noch auf dem rechten Trittbrett wird halten können!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auf einen Zug, dem, wie es sich heute wieder zeigt, Ihr langjähriger Universitätsexperte, Dr. Czichon, noch nicht einmal mehr vom Bahnhof her wird nachwinken können!

(B)

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Bitte unterstützen Sie unseren Antrag für eine demokratische, aber auch leistungsfähige Universität.

(Starker Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Fluß.

Abg. Fluß (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es reizt natürlich, auf die vielen Polemiken und Halbwahrheiten,

(Abg. Klein [CDU]: Was machen Sie denn?)

die Herr Neumann eben gebracht hat, einzugehen. Nur ein Beispiel: Könnten Sie den Widerspruch erklären? Zum Schluß sagten Sie, die große Mehrheit der Studenten möchte hier studieren! Am Anfang sagten Sie, die große Mehrheit der Studenten hier an der Universität Bremen, das hätte man bei den Wahlen gesehen, seien rein kommunistisch orientiert und wollten nur Agitation!

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Sie müssen besser zuhören! — Abg. Neumann [CDU]: Das ist Verdrehung!)

Aber das ist nur ein Punkt! Ich will es mir jetzt in

meinem ersten Beitrag versagen, auf viele dieser Unrichtigkeiten einzugehen, (C)

(Abg. Klein [CDU]: Beweisen Sie die Halbwahrheiten, die Herr Neumann ausgesprochen hat! Beweisen Sie sie, sonst sind Sie kein Politiker, sondern ein Demagoge! — Zuruf von der SPD: Was soll das, Herr Klein?)

Das werde ich heute noch tun!

Ich möchte am Anfang lieber den Antrag der SPD-Fraktion begründen und damit auch klarmachen, warum wir den CDU-Antrag ablehnen werden.

Wenn die SPD-Fraktion den hier vorliegenden Entschließungsantrag stellt, so ist sie sich dabei bewußt, daß dieser Antrag nicht der Entschließung der Bürgerschaft vom Juni 1971 vollinhaltlich entspricht.

(Abg. John [FDP]: Überhaupt nicht! Genau das Gegenteil!)

Das heißt, der von uns hier gestellte Antrag soll die damalige Entschließung ersetzen. Der von uns selbst herbeigeführte

(Abg. John [FDP]: Ja eben!)

Beschluß vom 15. 6. 1971 war damals sachlich voll gerechtfertigt.

(Abg. John [FDP]: An dem haben Sie ja damals noch gar nicht mitgewirkt!)

Wir sehen uns jedoch vor eine veränderte Situation gestellt, die eine Modifizierung des alten Beschlusses notwendig macht, eine Modifizierung, auf die ich im folgenden noch genauer eingehen werde. (D)

(Abg. Ingeborg Förster [CDU]: Da bin ich aber gespannt!)

Wie hat sich die Situation gegenüber dem Juni 1971 nun verändert?

(Abg. Ingeborg Förster [CDU]: Negativ!)

Die Bürgerschaft ging bei ihrem damaligen Beschluß davon aus, daß das Hochschulrahmengesetz im Herbst desselben Jahres, also etwa bei Eröffnung des Lehrbetriebs an der Universität Bremen, in Kraft treten würde. Also war die damalige Entschließung nur eine folgerichtige Konsequenz der These eines des damaligen Bundesministers Leussink zum Hochschulrahmengesetz, in der es heißt — ich zitiere —: „Bei der Errichtung von Hochschulen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes sind die Vorschriften dieses Gesetzes, des Hochschulrahmengesetzes, zu beachten“. — Ende des Zitats.

Wir alle, meine Damen und Herren, wissen, daß das Hochschulrahmengesetz nicht verabschiedet wurde, daß es immer wieder vertagt wurde, und daß nicht einmal sicher ist, ob das Gesetz überhaupt noch in dieser Legislaturperiode kommt.

(Abg. Jackisch [CDU]: Bei den Mehrheitsverhältnissen bestimmt nicht!)

- (A) Na also! Das paßt mir sehr gut, daß Sie das gesagt haben, Herr Kollege Jackisch!

Auch wenn man allerdings gestern in der Presse lesen konnte, daß der zuständige Ausschuß im kommenden Monat zu einem Kompromiß kommen möchte, ist bezeichnend für die Situation, daß der gleiche Artikel mit den Worten beginnt — ich zitiere wieder mit Genehmigung des Herrn Präsidenten —: „Das seit Monaten in der parlamentarischen Beratung befindliche Hochschulrahmengesetz des Bundes wird möglicherweise für den Rest der Legislaturperiode auf Eis gelegt. Zumindest steht jedenfalls fest, daß das Hochschulrahmengesetz nicht mehr vor der Sommerpause kommen wird.“

Ich will hier nicht darüber rechten, wer für diese Verzögerung verantwortlich ist, aber man kann doch immerhin

(Abg. Neumann [CDU]: Die Mehrheit!)

soviel sagen, daß zwischen Regierungskoalition und CDU in Bonn ein Einigungszwang besteht, da das Gesetz im Bundesrat Zustimmung finden muß — das wissen Sie auch, Herr Neumann —, und dieser Einigungszwang war einer zügigen Behandlung der Gesetzgebung nicht sehr förderlich. Sie sehen, meine Damen und Herren von der CDU, ich drücke mich sehr vorsichtig aus, ich hätte auch sagen können, die CDU bremst mal wieder.

- (B) Für die Universität Bremen und den Senat bedeutet das aber, daß man nicht noch länger auf die endgültige Formulierung des Hochschulrahmengesetzes warten kann, wenn man nicht weiter mit einem Gründungsrektor und einem auswärtigen Gründungssenat arbeiten wollte.

(Abg. John [FDP]: Sprechen Sie jetzt auch für den Bildungssenator?)

Ich spreche für die Fraktion, das habe ich schon am Anfang erklärt!

(Abg. Neumann [CDU]: Noch darf er selbst sprechen! — Abg. John [FDP]: Im Moment noch nicht!)

Die SPD-Fraktion ist daher der Meinung, daß Universität und Senat jetzt schnell zu einer Einigung über die vorläufige Universitätsverfassung kommen sollten, damit die danach zu wählenden Organe im Wintersemester dieses Jahres ihre Arbeit aufnehmen können.

Der Gründungssenat der Universität Bremen hat eine vorläufige Universitätsverfassung vorgelegt, die einerseits eine Institutionalisierung der Hochschul- und Studienreform in Bremen, wie sie von der SPD politisch getragen wird, darstellt, und andererseits mit Ausnahme eines Punktes völlig den Grundsätzen, oder besser, dem jetzigen Diskussionsstand des Hochschulrahmengesetzes, entspricht.

Das wird besonders deutlich an der wichtigen Frage der Personalstruktur. Hier ist genau wie in den Thesen des ehemaligen Wissenschaftsministers

- (C) Leussink und in den Entwürfen aller Parteien die Unterteilung in Professoren auf Lebenszeit und Assistenzprofessoren auf Zeit eingeführt, die im übrigen in Bremen schon praktiziert wird.

(Glocke — Abg. John [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Herr John, ich würde Sie bitten, die Frage am Schluß zu stellen! Ich bleibe auch hier! Ich glaube, es werden sich einige Fragen erübrigen, wenn Sie mir weiter zuhören.

(Abg. John [FDP]: Ich komme darauf zurück! Aber ich glaube es nicht!)

Des weiteren entsprechen erstens die Untergliederung der Universität in studiengangbezogene organisatorische Einheiten, nämlich die Studien- und Fachbereiche, zweitens die Institutionalisierung der Studienreform, und drittens die Planung der Universität durch Aufstellung eines Universitätsentwicklungsplans voll den derzeitigen Vorstellungen zum Hochschulrahmengesetz.

Diese Gemeinsamkeiten bezüglich der inneren Struktur der Universität ließen sich noch im einzelnen ausführen, aber ich möchte darauf verzichten und zur einzigen wesentlichen Differenz zwischen vorläufiger Universitätsverfassung und der jetzigen Formulierung des Hochschulrahmengesetzes kommen.

- (D) Obwohl in dem Gesetzentwurf zum Komplex der Mitbestimmung keine Aussage über Paritäten gemacht wird, also die Drittelparität in den einzelnen Gremien damit zugelassen wird, so sind doch in Fragen der Forschung und Fragen der Berufung von Hochschullehrern Beschlußregeln eingeführt, die darauf hinauslaufen, den Hochschullehrern gewisse Privilegien bei den entsprechenden Entscheidungen zu gewähren. Wenn die SPD-Fraktion in ihrem Antrag dennoch die reine Drittelparität für die Besetzung für alle entscheidungsbefugten Selbstverwaltungsorgane und Gremien fordert, so tut sie dies aus folgenden Gründen:

1. Es scheint uns bei dem arbeitsteiligen Prozeß, wie ihn die Wissenschaft darstellt, in dem jede der Gruppen, Hochschullehrer, Studenten und Dienstleistende, ihre bestimmte Funktion hat, nicht gerechtfertigt, irgendeine Gruppe zu privilegieren. Jede Sachentscheidung in einem der Organe berührt in mehr oder weniger starkem Maße die Interessen der einzelnen Gruppen. Daher ist es notwendig, daß, wenn man sich zur Demokratisierung durch Mitbestimmung bekennt, und das tun wir in der SPD, jede Gruppe in gleicher Weise an allen Entscheidungen in der Hochschule beteiligt wird.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet aber nicht, wie es so oft von Gegnern der Mitbestimmung wissentlich falsch unterstellt wird, daß jede Kommission oder jeder kleinste Arbeitsausschuß unbedingt drittelparitätlich besetzt sein muß. Es geht hier nur um die ent-

- (A) scheidungsbezugten Organe, wie auch in unserem Entschließungsantrag formuliert worden ist, die so zu besetzen sind.

Würde man im übrigen der Gruppe der Hochschullehrer zum Beispiel in Forschungsfragen ein Privileg lassen, so würde sich sofort die Schwierigkeit der Abgrenzung ergeben, da bei der in Bremen durchgeführten Arbeit in Projekten Forschung und Lehre integriert sind, so daß sich fast jedes Problem auf eine Forschungsfrage reduzieren ließe.

2. Wir sind weiterhin der Meinung, daß eine moderne Universität nur dann besonders leistungsfähig ist, wenn die in ihr vertretenen Gruppen optimal kooperieren. Das beinhaltet auch, daß die Universität in die Lage versetzt werden muß, Konflikte zwischen den Gruppen auf sachlicher Ebene zu lösen und nicht durch Oktroi einer einzigen privilegierten Gruppe. Dafür, so meinen wir, bietet die Drittelparität die beste Voraussetzung. Daß auch die Universität diese Kooperation zwischen den einzelnen Gruppen in besonderem Maß anstrebt, beweist sie dadurch, daß in den Beschlußregeln des Paragraphen 75 der Universitätsverfassung ein Minderheitenschutz eingebaut ist, der verhindert, daß Beschlüsse, die gegen die Mehrheit einer Gruppe gefaßt werden, sofort wirksam werden.

3. Nicht zuletzt hat uns auch der Umstand bewogen, für die reine Drittelparität an der Uni zu plädieren, daß man bisher seit der Universitätseröffnung mit der Drittelparität gearbeitet hat und durchaus positive Erfahrungen gemacht hat. Ja, sogar unter Professor Killy, unter dessen Gründungssenatsvorsitz Sie, meine Damen und Herren von der CDU, ja auch noch das Bremer Modell mitgetragen haben, wurden die entscheidend wichtigen Fachbereichskommissionen drittelparitätlich besetzt.

(Abg. John [FDP]: Der hat Ihnen natürlich gar nicht gefallen, der Herr Killy!)

4. Es ist noch darauf hinzuweisen, daß die Gruppe, die von den Gegnern der Drittelparität eine Privilegierung erfahren soll, nämlich die der Hochschullehrer, diese ja gar nicht will, weil sie genau weiß, daß diese Privilegierung sachlich nicht gerechtfertigt ist und nur vermeidbare Konflikte heraufbeschwört.

Trotz dieser für die reine Drittelparität sprechenden Gründe war die SPD-Fraktion nicht so euphorisch zu sagen, daß diese Form der Mitbestimmung das einzig denkbare, um jeden Preis zu verteidigende Modell ist. Sie fordert vielmehr in ihrem Entschließungsantrag eine Erprobung dieses Modells über einen längeren Zeitraum. Weiterhin bittet die SPD-Fraktion den Senat, nach dem Sommersemester 1973 einen Bericht von der Uni über die Erfahrungen mit der Drittelparität anzufordern, um eine Auswertung zu ermöglichen und gegebenenfalls bundespolitische Reformen zu beeinflussen.

(Abg. Neumann [CDU]: 1973 ist das Hochschulrahmengesetz längst verabschiedet!)

Insgesamt läßt sich über die vom Gründungssenat vorgelegte vorläufige Universitätsverfassung sagen, daß sie sowohl den Grundsätzen des Hochschulrahmengesetzes mit Ausnahme des soeben ausführlich geschilderten Punktes entspricht, als auch eine satzungsmäßige Absicherung der begonnenen und geplanten Reformen des Bremer Universitätsmodells beinhaltet.

Und wir, die SPD-Fraktion, bitten daher den Senat, die vorläufige Universitätsverfassung mit der im Entschließungsantrag beschriebenen Maßgabe zu bestätigen.

Zum Schluß sei mir noch ein Wort zu dem vorliegenden CDU-Antrag gestattet. Es wäre zu fragen, welches Mitbestimmungsmodell die CDU anstelle der reinen Drittelparität sehen möchte. Es steht zwar nicht in ihrem Antrag, aber es ist zu vermuten, daß die Bremer CDU wie auch die Bonner CDU die Hochschullehrer privilegieren möchte. Nur, diese Hochschullehrer an der Bremer Universität, das sagte ich bereits, wollen diese Privilegien ja gar nicht. Und außerdem, meine Damen und Herren von der CDU, ist es für uns im höchsten Maße verwunderlich, daß Sie gerade die Gruppe mit mehr Rechten ausstatten wollen, die Sie seit über einem Jahr immer wieder als Hauptträger, als Exponenten dieser sozialistischen Kaderschmiede unentwegt verurteilen. Aber vielleicht können Sie das erklären.

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Fluß, sind Sie jetzt bereit, eine Zwischenfrage von Herrn John anzunehmen?

Abg. Fluß (SPD): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr John!

Abg. John (FDP): Herr Kollege Fluß, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß es für Bremen als Bundesland und für das Ansehen der Bremer Universität gleichermaßen wichtig ist, wenn Bremen und seine Universität auch auf diesem Gebiet Bundesstreue bewahren?

Abg. Fluß (SPD): Ich habe ja eben schon in meinen Ausführungen gesagt, daß das Hochschulrahmengesetz in allen wichtigen Prinzipien, bis auf eben dieses eine, das ich erläutere, voll der Universitätsverfassung, beziehungsweise umgekehrt, entspricht.

Warum wir gerade dieses Prinzip der Drittelparität einführen wollen, habe ich auch gerade sachlich erläutert. Wir sind der Meinung, daß bei dem derzeitigen Stand der Diskussion noch gar nicht abzusehen ist, welche Mitbestimmungsfrage sich durchsetzen wird. Deswegen möchten wir hier in Bremen beweisen, daß dieses drittelparitätische Modell gangbar ist und dem Bund vielleicht wertvolle Anregungen liefert.

(Glocke)

(C)

(D)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Herr Kollege Fluß, sind Sie bereit, nun eine Zwischenfrage des Abgeordneten Neumann anzunehmen?

Abg. **Fluß** (SPD): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Neumann!

Abg. **Neumann** (CDU): Herr Kollege Fluß, sind Sie nicht auch mit mir der Meinung, daß, wenn Sie den hier vorhin zitierten Beschluß berücksichtigen, der von der Mehrheit Ihrer Partei getragen wurde, in dem es heißt, der Senat wird ferner ersucht, die vorläufige Universitätsverfassung vor ihrer Bestätigung der Bürgerschaft zur Kenntnis zu bringen, aber feststellen, daß das nicht geschehen ist, daß wir dann doch praktisch gegen diesen Beschluß hier handeln, wenn wir heute insgesamt, ohne daß wir die vorläufige Universitätsverfassung kennen, hier ja sagen?

Abg. **Fluß** (SPD): Sie selbst haben zu dieser Frage gesagt, daß sie eine formale wäre, und Sie selbst haben damit unterstellt, daß Sie als politisch Interessierte sich diesen Universitätsentwurf schon längst zu Gemüte geführt haben, der schon seit Dezember vorliegt. Zumindest kennen Sie ihn ja sehr genau, und Sie sind ja auch auf ihn hier vorhin eingegangen,

(B) (Abg. **Klein** [CDU]: Darum geht es doch nun wirklich nicht! — Abg. **Neumann** [CDU]: Aber das Parlament! — Abg. **Klein** [CDU]: Hier soll doch debattiert werden!)

und wir debattieren hier heute darüber, und Sie alle haben diesen Entwurf! Aber vielleicht will der Senator darüber noch etwas sagen!

Herr Neumann, lassen Sie mich das noch einmal sagen: Sie selbst haben doch gesagt, daß das eine formale Frage ist, und Sie selbst sind davon abgerückt und haben gesagt, wollen wir nicht über diese Formalie streiten, gehen wir zum Inhalt. Das haben Sie in Ihren Worten etwa hier zum Ausdruck gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lahmann.

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wenn der Vorgang nicht so traurig und gleichzeitig nicht so alarmierend wäre, dann würde ich mit einem gewissen Genuß meine Feststellung von gestern wiederholen: Die Bremer SPD ist umgefallen.

(Abg. **Franke** [SPD]: So etwas genießt ein FDP-Mann immer, das Umfallen!)

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich hinzufügen, ich empfinde keine Freude bei dieser

Feststellung, ich empfinde eine tiefe Enttäuschung (C)

(Vizepräsident **Ehlers** übernimmt den Vorsitz)

bei dieser Feststellung.

(Abg. **Klein** [CDU]: Das kann man aber auch!)

Ich frage mich, was denn die SPD mit dem vor sechs Monaten so oft wiederholten Wort der Kontinuität der SPD-Universitätspolitik gemeint haben kann. Wenn ich diese Feststellung hier treffe, dann muß ich sagen: Sie hat offenbar eine absolute Diskontinuität dieser Universitätspolitik gemeint. Ich bedaure das. Die Plötzlichkeit des Sinneswandels ist aufschlußreich. Auch die Begleitumstände sind aufschlußreich. Lassen Sie mich darum auf die Vorgeschichte und auf Ihre bisherige Haltung eingehen.

Ich erlaube mir, zunächst die Haltung des Senats darzustellen, die er in seiner Dokumentation vor nicht gar zu langer Zeit dargestellt hat. In dem achtseitigen Vorspann dieser Ihnen allen bekannten Senatsdokumentation taucht mindestens sechsmal die Versicherung auf, daß der Senat zum Hochschulrahmengesetzentwurf stehe. Ich erlaube mir, mit Genehmigung des Präsidenten, aus dieser Dokumentation einige Zitate zu bringen und bedaure dabei ausdrücklich, daß Herr Bürgermeister Koschnick heute nicht bei uns ist.

Ich möchte beginnen mit einem Zitat aus seiner Erklärung vom 11. März 1971, die er gegenüber den Ministerpräsidenten der anderen deutschen Länder abgegeben hat und die zur Grundlage der (D)

(Abg. **Klein** [CDU]: Der Finanzierung!)

Vereinbarung über die Finanzierung gemacht worden ist. Es findet sich in dieser Erklärung des Herrn Bürgermeisters Koschnick folgender wörtlicher Satz:

„Bei der Errichtung der Universität Bremen geht der Senat der Freien Hansestadt Bremen von der für ihn selbstverständlichen Voraussetzung aus, daß die Grundsätze der deutschen Hochschulentwicklung, wie sie in der Rahmenkonzeption des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft festgelegt sind, beachtet werden.“

(Abg. **John** [FDP]: Hört, hört!)

Dieser Satz ist in seinem Inhalt völlig eindeutig, ich brauche ihn nicht zu kommentieren.

Ich springe auf Seite drei dieser Dokumentation. Hier findet sich folgendes Zitat. Der Senat beschreibt hier die Bedeutung des Universitätserrichtungsgesetzes. Er schreibt dazu unter anderem:

„Neben der Rechtsaufsicht obliegt dem Senat gemäß Paragraph 1 Absatz 4 des Universitätserrichtungsgesetzes auch die Aufsicht in den Angelegenheiten, bei denen es aufgrund von Verpflichtungen der Freien Hansestadt Bremen gegenüber dem Bund oder gegenüber den anderen Ländern geboten ist.“

(A) Und nun folgt eine Interpretation dieser Vorschrift durch den Senat, indem der Senat jetzt wörtlich fortfährt:

„Der Senat versteht unter diesen Verpflichtungen auch die Unterstützung der vom Bund gewünschten Einheitlichkeit im Hochschulbereich.“

Meine Damen und Herren, ich erlaube mir in aller Bescheidenheit hier anzumerken: Dieser Satz bedeutet doch, daß der Senat es nach dieser Interpretation für einen Verstoß gegen das bremische Universitätserrichtungsgesetz ansehen würde, gegen Paragraph 1 Absatz 4 nämlich, wenn jetzt die uneingeschränkte Drittelparität eingeführt würde.

Nun, meine Damen und Herren, ein Wort wiederum aus dieser Dokumentation darüber, wie der Senat sich in Zukunft verhalten wollte. Der Senat sagt dazu:

„Der Senat wird auch in Zukunft dafür Sorge tragen, und hierin wird er von der Bürgerschaft (Landtag) unterstützt,“ — es folgt dann die Bezugnahme auf den schon vorhin hier zitierten Beschluß — „daß die Vorschriften des Bundes und auch die anderen Ländern gegenüber eingegangenen Verpflichtungen eingehalten werden.“ Und, meine Damen und Herren, noch ein weiteres Zitat:

„Der Senat der Freien Hansestadt Bremen stellt abschließend fest, daß er bisher nicht von seinen erklärten Zielen abgewichen ist und daß seine Beschlüsse und Erklärungen auch weiterhin wirksam sind. Der Senat wird der deutschen Öffentlichkeit beweisen, daß er keinen Schritt von seinen Positionen abgehen wird.“

(B)

(Abg. Kauffmann [CDU]: Starker Senat!)

So viel, meine Damen und Herren, zur Haltung des Senats!

Nun lassen Sie sich vorhalten, was ich über die Haltung der SPD-Fraktion weiß. Der SPD-Antrag vom 8. Juni 1971 und der entsprechende Beschluß der Bürgerschaft vom 15. Juni 1971 sind hier schon zitiert worden. Diese Vorgänge, die sich vor acht Monaten abgespielt haben, haben zu einer Debatte geführt, in der der von mir nun doch zunehmend geschätzte Dr. Czichon, der leider im Moment nicht da sein kann, eine geradezu prophetische Gabe entwickelt hat.

Herr Dr. Czichon hatte damals nämlich bei der Begründung dieses Antrags befürchtet, es könnte sich einer finden, der sagen würde — und hier zitiere ich Herrn Dr. Czichon wörtlich —: „Seht ihr, die Sozialdemokraten wollen noch nicht einmal die Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes einhalten.“ Herr Dr. Czichon fährt fort: „Weil wir das genau wissen und weil das Gegenteil stimmt, haben wir uns gezwungen gesehen, einen Entschließungsantrag einzubringen.“

Und ein wenig später sagt er, ich erlaube mir auch das zu zitieren:

(C) „Nur die vorläufige Universitätsverfassung kann die Fragen der inneren Struktur der Universität regeln und nur anlässlich der Bestätigung dieser Verfassung können staatliche Stellen auf die Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes achten, falls die Universität sie in der Tat außer acht lassen sollte. Die SPD-Fraktion ersucht deswegen den Senat, bei der Bestätigung der vorläufigen Universitätsverfassung auf die Einhaltung der Bestimmungen des zu erwartenden Hochschulrahmengesetzes des Bundes zu achten.“

Und nun sagt er folgendes:

„Auch wir wissen selbstverständlich, meine Damen und Herren, wie total überflüssig eine solche Forderung ist, denn etwas anderes beabsichtigt der Senat ohnehin nicht. Aber angesichts der geradezu babylonischen Sprach- und Begriffsverwirrung kann man auch Selbstverständliches nicht oft und nicht deutlich genug immer wieder in diesem Hause sagen.“

Noch ein weiteres Zitat, meine Damen und Herren!

(Abg. Kauffmann [CDU]: Scholastische Philosophie!)

Es dauert noch eine Weile! Diese Aussagen müssen Sie sich heute vorhalten lassen, meine Damen und Herren! Wir wollen uns damit ja auseinandersetzen!

Herr Dr. Czichon sagt im ähnlichen Stil ein wenig später folgendes:

(D)

„Unser Antrag ist aber nicht nur deswegen sachlich überflüssig, weil er beim Senat offene Türen einrennt, sondern auch deswegen, weil die Universität Bremen das Hochschulrahmengesetz von vornherein bei ihren Überlegungen in allen Einzelheiten berücksichtigt hat, und zwar nicht nur in Fragen der inneren Struktur, sondern auch in Fragen der Gesamthochschule, der Personalstruktur und aller übrigen Fragen. Keine andere Universitätsgründung in Deutschland hat das auch nur annähernd so konsequent getan wie die Bremer.“

Und nun, meine Damen und Herren, ein letztes Zitat aus dieser Rede von Herrn Dr. Czichon, die zeigt, daß er gerade auch unseren Fall, der heute hier aktuell ist, im Auge gehabt hat und nicht etwa bei dieser Argumentation übersehen hat. Er sagt nämlich hier wörtlich:

„So ist, um ein Beispiel zu nennen, unter anderem geplant, die Gültigkeit von Beschlüssen in Forschungsfragen nicht von der Mehrzahl der Hochschullehrer und Graduierten insgesamt, sondern von der Zustimmung der Mehrheit der Hochschullehrer allein abhängig zu machen, was eindeutig über die Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes hinausgeht.“

Meine Damen und Herren, tempora mutantur, die Zeiten ändern sich!

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Jetzt ist alles im Fluß!)

(A) Noch eines, meine Damen und Herren, wenn Sie sagen, das ist „alter Schnee“ — das werden wir ja noch hören — „vor elf Monaten geschehen“! Ich habe Ihnen noch eine Äußerung in Erinnerung zu rufen. Diese Äußerung ist nicht elf Monate alt, sondern einen Monat alt und ist hier von dieser Stelle aus gemacht worden. Ich meine wiederum eine Äußerung von Herrn Dr. Czichon. Leider habe ich, weil das Protokoll dieser Bürgerschaftssitzung — es handelt sich um die Haushaltsberatungen — noch nicht vorliegt, nur den Protokollauszug über meine Erwiderung auf die Äußerung von Herrn Dr. Czichon. Erlauben Sie, mich ausnahmsweise selbst zu zitieren, in einem Beitrag vom 14. April 1972. Hier heißt es:

„Und noch ein anderer Punkt gibt mir Veranlassung zu einer kurzen Bemerkung, ein Punkt, den Herr Dr. Czichon hier angesprochen hat. Er hat erklärt, daß die SPD-Fraktion in diesem Hause anders als die CDU — vornehmlich in anderen Ländern — geneigt ist, das Hochschulrahmengesetz, das bisher nur im Entwurf vorliegt, schon zu praktizieren. Die FDP — habe ich hinzugefügt — „ist hoch erfreut über diese Mitteilung. Auch wir sind der Meinung, daß das Hochschulrahmengesetz so, wie es jetzt im Entwurf vorliegt, schon praktiziert werden sollte.“

Meine Damen und Herren, das hatte Herr Dr. Czichon vorher gesagt. Ich habe es wiederholt. Kein Mensch von Ihnen hat widersprochen. Und das ist fast auf den Tag genau vier Wochen her!

(B)

(Beifall bei FDP und CDU — Abg. Dr. Cassens [CDU]: Und dann kamen ein paar rote Fahnen und alles war wieder herum!)

Aus diesen Zitaten, meine Damen und Herren, ergibt sich also ganz eindeutig die Festlegung der SPD auf das Mitbestimmungskonzept des Hochschulrahmengesetzes.

Aber hier wie überhaupt kommt es anders als man glaubt. Die Universität macht ein paar laute Versammlungen, kündigt Demonstrationen an, eine Handvoll Studenten dringt mit roten Fahnen ungeladen in eine Veranstaltung des Senats im Rathaus ein.

(Abg. John [FDP]: Und der Senat geht in die Knie!)

Das Establishment — wenn ich so sagen darf — der SPD weicht, zaghaft muß man wohl sagen, zurück, die sogenannte progressive Gruppe nutzt die Gunst der Stunde, die SPD-Fraktion beschließt uneingeschränkte Drittelparität.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Das ist die Wahrheit!)

Sie läßt damit zum zweiten Mal in kürzester Zeit ein engagiertes Fraktionsmitglied — neulich war es Frau Stieringer in der Affäre Fluß, jetzt ist es Herr

Dr. Czichon, der eindeutig auf das Hochschulrahmengesetz festgelegt ist — bedenkenlos fallen, (C)

(Beifall bei FDP und CDU)

ganz zu schweigen vom Bildungssenator und vom Senat, der, allerdings offenbar ohne Kampf, das Feld geräumt hat.

(Glocke)

Vizepräsident Ehlers: Herr Abgeordneter Lahmann, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Fluß zu beantworten?

Abg. Lahmann (FDP): Ich möchte nach Ihrer Praxis verfahren und am Ende meiner Ausführungen die Frage beantworten.

(Abg. Fluß [SPD]: Ich will Ihnen nur helfen!)

Nun kommt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Franke — genannt Thomas —, und spricht von einem Lernprozeß, den eine demokratische Partei durchgemacht habe und der nun zu einer besseren Erkenntnis geführt hätte. Meine Damen und Herren, angesichts der Überstürzung, angesichts der Tatumstände — möchte man schon sagen —, angesichts auch der menschlichen Problematik, die in dieser Entwicklung steckt, halte ich das für eine Behauptung, die ich geradezu als zynisch empfinde, die mich jedenfalls nicht überzeugt.

Dieser Zustand der SPD — desolat mag er vielleicht noch nicht sein, aber bedenklich, scheint mir — könnte einem ja gleichgültig sein. Das ist ein parteiinternes Problem der SPD. Aber es ist doch beängstigend, wenn man bedenkt, daß diese Partei die absolute Mehrheit hat, sich als staatstragend empfindet, die den Senat prägt und die hier in einer derartigen Weise Beschlüsse umwirft, Fraktionsmitglieder fallen läßt und geradezu den Parlamentarismus zu einer Farce geraten läßt. (D)

(Abg. Brückner [SPD]: Der eine hat schon ein Bein ab, so lassen wir sie fallen!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich sagen, wie nun nach dieser von mir beklagten Entwicklung die FDP zur Drittelparität steht. Wir sehen die Drittelparität als eine Forderung der studentischen Protestbewegung. Diese Forderung ist übernommen worden vom Mittelbau, von den Assistenten und von den Räten. Es handelt sich auch um eine alte Forderung der FDP. Wir werden, wenn Sie das wünschen, Ihnen im Laufe der Debatte den Beweis noch antreten. In zahlreichen Fällen, Papieren, Konzepten ist von der FDP die Drittelparität an den Hochschulen gefordert worden.

Nun bedeutet die Drittelparität in Bremen nicht, paritätische Besetzung von Beratungs- und Beschlussgremien durch Hochschullehrer, Mittelbau und Studenten, sondern nach Wegfall des Mittelbaus von Hochschullehrern, Dienstleistungsbereich und Stu-

(A) denten. Auch diese Form der Drittelparität begrüßen wir. Sie trifft unsere Vorstellung, denn wir begrüßen die demokratischen Ziele, die mit dieser Drittelparität verbunden sind. Sie fördert das Engagement und die Motivation aller Hochschulmitglieder durch Beteiligung an allen Entscheidungen. Durch dieses Modell werden Denk- und Verhaltensweisen eingeübt, die in der demokratischen Gesellschaft in allen Bereichen praktiziert werden sollten, also Überwindung der Autoritätsgläubigkeit, der Bürokratisierungstendenzen und der Beschränkung demokratischer Prozesse.

Demokratisches Ziel der Drittelparität ist auch, was wir begrüßen, der Abbau von Privilegien, die rational nicht mehr begründbar sind, von tradierten anachronistischen Strukturen zugunsten der Reformfähigkeit der Hochschule als einer Produktivkraft von steigender gesellschaftlicher Bedeutung. Andererseits aber, meine Damen und Herren, unterwirft die Drittelparität auch die langfristigen Strukturen und Bedürfnisse den möglicherweise relativ rasch wechselnden politischen und wissenschaftspolitischen Tendenzen.

Sie birgt damit die Gefahr in sich, daß temporäre, also vorübergehende Bedürfnisse oder Tendenzen etwa durch Schaffung von Planstellen und Ernennung von Lebenszeitbeamten verewigt werden, also zu Lasten langfristiger Bedürfnisse und Entwicklungen, zu Lasten ausgewogener Strukturen gehen. Sie birgt auch die Gefahr, daß temporäre Bedürfnisse durch die Festlegung von Studiengängen in zu häufigem Wandel eine wissenschaftliche Kontrolle verhindern und alle Beteiligten verunsichern. Sie bringt ebenso die Gefahr mit sich, daß temporäre, also vorübergehende Bedürfnisse in der Konstitution von Lehr- und Forschungsprojekten durchschlagen, ohne daß die Gewähr bestünde, daß die Beschlüsse durchgehalten werden können.

Eine Beschränkung der Drittelparität zugunsten der Hochschullehrer ist dagegen langfristig und tendenziell geeignet, die Unterordnung der Universitäten unter rasch wechselnde Moden oder Strömungen zu erschweren und eine gewisse Kontinuität und Ausgewogenheit zu fördern.

(Abg. J o h n [FDP]: Sehr richtig!)

Die Auseinandersetzung in Bremen über diese Frage, meine Damen und Herren, scheint mir durch ein allgemeines Element gekennzeichnet zu sein. Das „Bremer Modell“ wird fetischisiert, also zum absoluten Wert erklärt, an dem nicht gerüttelt werden darf. Dahinter stecken sowohl begrüßenswerte demokratische Tendenzen als auch einseitige ideologische Motive, die im Modell nicht festgelegt sind, aber in der Regel zum Bestandteil des Modells erklärt werden.

Das trifft vor allem auf die Modellteile zu, die gegenüber der Außenwelt wichtig sind und ihr gegenüber die Autonomie der Universität demonstrieren und sichern sollen: Organisation, Personal,

Finanzen! Die Drittelparität ist dabei der Haupthebel, um die Inhalte der Universität intern festzulegen und zu sichern und die Interventionsmöglichkeiten von außen zu beschränken. Auch die Drittelparität wird, so scheint mir, wie ein Fetisch behandelt, an dem man uneingeschränkt festhalten will, weil es sich eben um ein Merkmal handelt, dem man Absolutheitscharakter zugewiesen hat, der ihm jedoch nicht zukommt.

Meine Damen und Herren, die FDP tritt also für die eingeschränkte Drittelparität ein, und zwar aus sachlichen Gründen. Wir halten die Hochschullehrer für ein stabilisierendes Reformelement, ich betone Reformelement. Gerade dies scheint mir die Chance zu bieten, die in Bremen wahrgenommen werden kann. Wir wollen die Einschränkung, wie der Entwurf des Hochschulrahmengesetzes sie vorsieht, nur auf Fragen der Forschung, der Einstellung von Hochschullehrern und auf die Prüfungsordnung eingrenzen. Wir sehen sonst die Gefahr der Minimalisierung von Prüfungsanforderungen, wir sehen eine einschneidende Behinderung der Forschung. Und gerade im Bereich der Forschung braucht die Universität Bremen dringend einen guten Ruf.

Nun, wir stützen uns auf den Entwurf des Hochschulrahmengesetzes. Wir stützen, im Gegensatz zur SPD, die Vorstellungen der sozialliberalen Bundesregierung in Bonn. Und wir sagen darüber hinaus: Bremen darf nach unserer Überzeugung aus der Front des Hochschulrahmengesetzes nicht ausscheren. Bitte, vergessen Sie doch nicht, meine Damen und Herren vor allem von der SPD, daß das Hochschulrahmengesetz, das sicher ein Kompromiß ist und sein wird, Fortschritte bringt in ganz erheblichem Umfang, zum Beispiel für die Länder Bayern und Baden-Württemberg. An Bremen darf doch der Fortschritt gerade in diesen Ländern nicht scheitern!

Vergessen Sie doch bitte nicht: Wenn Sie unannehmbare Forderungen für Bundesrat und Bundestag hier durchzusetzen versuchen, dann mobilisieren Sie doch geradezu das konservative Potential, das im Bund noch gegen die Reformvorstellungen vorhanden ist. Sie fordern es doch geradezu heraus. Warum also diese Überspitzung?

Und noch ein Hinweis, meine Damen und Herren: Es stehen dem Senat wieder Verhandlungen ins Haus über den neuen Kostenverteilungsschlüssel im Betriebskostenabkommen, zur Finanzierung der Betriebskosten der Universität Bremen. Sie wissen, oder ich darf in Ihre Erinnerung zurückrufen, daß der Kostenaufbringungsschlüssel für das Betriebskostenabkommen nur bis zum Ende des Jahres 1972 gilt. Ab 1973 muß dieser Schlüssel neu verhandelt werden. Wenn das unter Mißachtung alles dessen geschehen soll, was zu der Konzeption, was über die Treue zum Hochschulrahmengesetz in der Vergangenheit gesagt worden ist gerade von unseren Verhandlungsführern in der Regierung, wenn das alles über Bord geworfen wird, dann weiß ich nicht, wie diese Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden können. Ich jedenfalls fordere Sie dringend

(C)

(D)

(A) auf, gerade weil wir für die gemeinsame Finanzierung dieser Universität eintreten, diese Verhandlungen nicht durch einen derartigen Vorstoß zu erschweren.

Ich wiederhole noch einmal, meine Damen und Herren: Wollen Sie sich dem Vorwurf aussetzen, der nach der Interpretation des Senats gerechtfertigt wäre, dem Vorwurf, mit dieser Mitbestimmungskonzeption gegen das bremische Universitätsserrichtungsgesetz zu verstoßen? Wie der Senat aus dieser Schwierigkeit herauskommen will, das muß er mir noch erklären!

(Abg. John [FDP]: Darauf bin ich gespannt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir lehnen den SPD-Antrag aus diesen Gründen ab. Wir lehnen auch ab, daß nebenher durch diese Debatte und die anschließende Abstimmung die vorläufige Universitätsverfassung, die wir, wie richtig gesagt worden ist, noch nicht einmal offiziell zur Kenntnis bekommen haben, mit gebilligt wird. Wir sollten uns wenigstens an das, was die Bürgerschaft in der letzten Legislaturperiode in diesem Punkt beschlossen hat, halten.

Wir sind auch über den CDU-Antrag nicht glücklich. Wir sehen in der Formulierung des CDU-Antrags eine konfliktschürende Tendenz.

(B) (Abg. Klein [CDU]: Na, na!)

Die Schürung des Konflikts wollen wir nicht! Darum haben wir einen Antrag eingebracht, der auf einen Kompromiß abzielt, der den Senat auffordern soll, einen Kompromiß zu suchen. Und der Gründungssenat scheint mir doch kompromißbereit zu sein — im Augenblick ist ja noch der Gründungssenat der Gesprächspartner des Staates in diesem Bereich! Einen Kompromiß, meine Damen und Herren, den wir vor allem darin erblicken, oder die Möglichkeit für einen Kompromiß, die wir vor allem darin erblicken, daß hier das besondere Prinzip des forschenden Lernens selbstverständlich nicht zu einer wortgetreuen Übernahme der Regelungen des Hochschulrahmengesetzentwurfs führen kann. Aber hier gerade ist eine Zone, die noch ungeklärt ist, die also zu Kompromissen geradezu drängt. Darum sollte man diese Möglichkeit ergreifen.

Wir wollen nicht den maximalen Konflikt, wir wollen die faire Kooperation versuchen. Eines der wesentlichen Prinzipien des „Bremer Modells“, Kooperation, Zusammenarbeit, vertrauensvolle Zusammenarbeit nach Möglichkeit zwischen Universität und staatlichen Stellen, wollen wir unterstreichen, zu dieser fairen Kooperation wollen wir den Senat durch unseren Antrag ermuntern. Wenn allerdings die Universität den maximalen Konflikt wollen sollte, wovon ich noch nicht bereit bin auszugehen, dann müßte er notfalls auch in diesem Fall exemplarisch aufgenommen werden.

(C) Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einem chinesischen Sprichwort, das Ihnen ja nicht unsympathisch sein mag, schließen:

(Abg. Kähler [SPD]: Wat nul!)

„Wer sich zum Schaf macht, den fressen die Wölfe.“ — Dieses Schicksal wollen wir, die FDP-Fraktion, auch in der Opposition dem Senat nicht wünschen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Kollege Lahmann, ich darf anknüpfen an Ihr letztes Wort. Diese tiefe chinesische Weisheit ist sicherlich nachdenkenswert, nur muß man auch daran denken, daß es Wölfe im Schafspelz gibt, und darauf trifft dieses Sprichwort sicherlich nicht zu, und ich denke also auch an Wölfe im Schafspelz, wenn ich hier mir einige Kollegen aus den Reihen der SPD betrachte oder wenn ich an den einen oder anderen Senator denke. Das ist eine besondere bremische Komplikation des Problems.

Zu der Einstellung der FDP zu unserem Antrag möchte ich folgendes bemerken: Herr Kollege Lahmann, Sie waren so freundlich zu meinen, unser Antrag, den ich als außerordentlich unterkühlt betrachte, habe eine etwas aufreizende, eine schürende Wirkung. Ich habe volles Verständnis für diesen philologischen Subjektivismus. Wenn also unser Antrag wider Erwarten das Schicksal erleidet, abgelehnt zu werden, werden wir Ihrem Antrag zustimmen, weil er in der Sache ja genau unserem Antrag entspricht.

(D) Ich freue mich, Herr Dr. Borttscheller, daß Sie so beifällig dazu nicken, denn in der Tat wollen wir ja bei dem Beschluß vom Juni 1971 bleiben, ihn vollzogen wissen, und wir wollen nicht den Vollzug des strikten Paritätendogmas, wie es uns Dr. von der Vring vor seiner Berufung hier verkündet hat. Und das wollen Sie ja nach Ihrem Antrag auch nicht.

Natürlich muß ein Kompromiß gefunden werden. Aber Kompromiß bedeutet ja Verwerfung des strikten Paritätendogmas, und genau das wollen wir hier und auch im Bund. Denn die Lage im Bund ist ja so, daß das Hochschulrahmengesetz ein Zustimmungsgesetz ist. Im Bundesrat haben wir die Mehrheit. Die Patt-Situation spielt im Augenblick überhaupt keine Rolle in diesem Punkt. Und deswegen wird man sich einigen zwischen den hier vom Kollegen Neumann bezeichneten Positionen der SPD in Bonn und der CDU, und das wird sicherlich nicht das strikte Paritätendogma sein, das Ihnen hier vorschwebt. Das also ist die klare Erklärung der CDU zu dem Antrag der FDP: Lehnt man unseren Antrag, der wahrscheinlich als erster zur Abstimmung gestellt wird, weil er früher eingegangen ist, ab, werden wir uns der FDP anschließen, weil sachlich unserem Antrag damit entsprochen wird.

(A) Meine Damen und Herren, eigentlich müßte ich mich jetzt freuen, ich müßte stolz und mit Genugtuung auf das verweisen, was ich im letzten Jahr vor der Wahl gesagt habe. Aber mir gelingt das nicht, ich muß das offen bekennen. Wir haben vor der Wahl durch viele Beispiele, durch viele Fakten gestützt, gesagt, dieses bremische Universitätsmodell wird dem bremischen Senat aufgezwungen, es ist nicht sein ureigenstes Anliegen, es wird — so haben es mal die studentischen Vertreter im Gründungssenat formuliert — dem politischen Senat, ich zitiere sinngemäß aus dem Gedächtnis, aufgezwungen mit Hilfe der linken, vornehmlich der Juso-Kräfte in Bremen, und natürlich der linken Gründungsmitgliedern außerhalb Bremens.

Das hat sich dann gezeigt bei der Berufung von Herrn Dr. von der Vring, das hat sich gezeigt bei der Universitätspersonalpolitik, die ja der Senat zu verantworten hatte. Heute ist er der Gefangene dieser Personalpolitik, denn selbst die Hochschullehrer wollen das strikte Paritätendogma. Es hat sich gezeigt auch an den Entwicklungen, die zum Bruch der Koalition führten.

Und nun kommt der krönende Schlußbeweis! Herr Bürgermeister Koschnick hat mit der Publizität, die ihm in Bremen eigen ist, den Ministerpräsidenten der Bundesrepublik und der bremischen Öffentlichkeit gegenüber die Bundestreue beschworen und damit die dogmatischen ideologischen Bestrebungen getarnt, die jetzt hier fröhliche Urständ feiern, nachdem jemand eine Wahl gewonnen hat, der nicht als Juso aufgetreten und angetreten ist.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Das ist die eigentliche demokratische Tragik dieser Entwicklung.

Bürgermeister Koschnick müßte aber jetzt — und das verlangen wir von ihm — hier stehen und kämpfen! Und wo ist er?

(Zuruf von der CDU: Weg! — Abg. Schnakenberg [SPD]: Wo ist er denn? In Bonn, im Auswärtigen Ausschuß, das wissen Sie doch!)

Er ist nicht da! Das erinnert mich an folgende Lage: Während der Straßenbahnkrawalle hatte Bürgermeister Koschnick mit wichtigen Mitgliedern des Senats — damals Senator Blase — sich für ein hartes Durchgreifen entschlossen. Dann merkte er, daß das nicht so klappte, wie es ihm vorschwebte, machte eine Dienstreise nach Düsseldorf und ließ Frau Bürgermeister Mevissen die Sache auf eine andere Weise auf der Straße klären. Genau dieser Knick in der politischen Haltung ist das, was mir zur begründeten Sorge heute Anlaß gibt.

(Beifall bei der CDU — Abg. Franke [SPD]: Dem sind die Ostverträge wichtiger als Ihre Tiraden hier!)

Ich habe Bürgermeister Koschnick von diesem Platz aus zugerufen, als er sein Wort den deutschen

Ministerpräsidenten gegenüber verpfändete: Herr Bürgermeister, ich unterstelle Ihnen guten Glauben, bestes Wissen und Gewissen, Sie wollen das, aber, Herr Bürgermeister, Sie können es nicht, und Sie werden immer weniger die politische Kraft haben, das, was Sie hier feierlich verkündet, wofür Sie Ihr Amt verpfändet haben, zu vollstrecken!

(C)

Und heute haben wir den Beweis! Heute wird die Juso-Gründung vollzogen schlußendlich, die sich damals gegen den Senat unterschwellig angebahnt hat unter Deckung und Tarnung des Senats. Auch Herr Kollege Dr. Czichon war letztlich ein funktionalisiertes Tarninstrument in dieser Entwicklung. Heute bricht sie auf, nachdem die Jusos in der Fraktion der SPD diese beherrschende Stellung eingenommen haben.

Daß wir, meine Damen und Herren, über diese Bestätigung unserer Besorgnisse nicht froh und nicht glücklich sein können, liegt auf der Hand. Hier wird Abbruch getan dem Ansehen Bremens, und hier wird Abbruch getan einem wohlverstandenen sachgerechten Demokratieverständnis. Funktionsgerechte Mitbestimmung ist nichts Reaktionäres, funktionsgerechte Mitbestimmung ist ein konstituierendes Merkmal eines evolutionären Fortschritts. Es ist ideologische Verblendung — ich habe es heute vom Kollegen Fluß gehört —, wenn er meint, daß der Ausweis durch Qualifikation ein abschaffenswertes Privileg sei. Wer das sagt, der ist letztlich reaktionär, der wird den evolutionären Fortschritt in Frage stellen und beseitigen auf Dauer. Und genau das wollen wir nicht.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Dieses Totalitäre, was in einem solchen Denkansatz steckt, ist das, was dem sachgerechten Fortschritt sich in den Weg stellt, und bei ernsthaftem Nachdenken können Sie das nicht mit verantworten. Ich habe immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben, daß einige Kollegen der SPD-Fraktion sich an die Beratungs- und Beschluslage des Senats und der Bürgerschaft vor den Wahlen erinnern und daraus die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Noch einige Bemerkungen zu den Reden der Kollegen! Herr Fluß meinte auch im Blick auf die Paritätenvorstellungen, Mitbestimmungsvorstellungen der CDU: Ja, die Hochschullehrer wollen doch selbst nicht. Das können Sie doch nur auf Bremen beziehen.

(Abg. Fluß [SPD]: Das soll sich ja auch nur auf Bremen beziehen!)

Daß die Hochschullehrer das nicht wollen, ist doch Ausfluß Ihrer Unterwanderungskampagne! Diese Hochschullehrer sind doch nicht repräsentativ für die deutschen Hochschullehrer.

(Abg. Fluß [SPD]: Aber wir machen das Gesetz doch nur für Bremen!)

Sie wollen ein Modell für die Bundesrepublik, und dieses Modell wollen wir nicht, weil wir diese Zu-

- (A) stände in der Bundesrepublik nicht wollen, natürlich selbstverständlich auch nicht in Bremen.

(Beifall bei der CDU)

Die Satzungsvorlage, das sei eine Formalie. Sie wollen, ohne daß Sie das ausdrücklich erwähnen, gar nicht mehr die Debatte in diesem Hause,

(Abg. Fluß [SPD]: Weil wir nicht zuständig sind!)

wie wir das gewollt haben, gemeinsam, und wie wir das verschiedentlich gefordert haben. Ohne daß das zum Ausdruck kommt, wollen Sie das mehr oder weniger durch einen formalistischen Trick vom Tisch haben, daß hier die Satzung in aller Öffentlichkeit diskutiert wird. Wir werden das nicht zulassen. Wir werden beweisen, daß auch in anderen Punkten der Senat umgefallen ist und politisch wortbrüchig geworden ist

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

in der Debatte dieser Satzung, die Sie für gut halten, im Gegensatz zu dem, was Sie früher und was der Senat früher für richtig gehalten hat. Ich darf noch darauf verweisen —

(Glocke)

- (B) **Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Fluß anzunehmen?

Abg. Klein (CDU): Bitte sehr!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Fluß!

Abg. Fluß (SPD): Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, Herr Kollege Klein, daß das Wort „formal“ in diesem Zusammenhang zuerst vom Kollegen Neumann gebraucht worden ist?

Abg. Klein (CDU): Aber in einem ganz anderen Sinne, als Sie es zu interpretieren belieben. Wenn Sie doch von formal sprechen, sieht man doch schon immer die Doppelstrategie durchschimmern. Für Sie ist doch die rechtsstaatliche Form nur ein Instrument, um etwas ganz anderes zu vollziehen. Glauben Sie nur nicht, daß wir das nicht erkennen. Wir haben es vor der Wahl erkannt — wir hatten weniger Anhänger —, und diese Entwicklung wird immer offenkundiger.

(Zurufe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten von Hassel anzunehmen?

Abg. Klein (CDU): Aber gern!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr von Hassel!

Abg. v. Hassel (SPD): Darf ich die Aussage, die Sie eben gemacht haben, Herr Kollege Klein, so auslegen, daß Sie behaupten wollen, daß der Kollege Fluß nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht?

Abg. Klein (CDU): Er steht nicht auf dem Boden des Grundgesetzes, wenn ich ernst nehme die Beschlüsse der Juso-Kongresse, mit denen er sich sicherlich identifiziert. Er steht nicht auf dem Boden des Grundgesetzes in dem Sinne, wie das rechtsstaatliche Demokraten definieren. Das ist meine höchstpersönliche Überzeugung.

(Abg. v. Hassel [SPD]: Das ist eine böse Unterstellung, Herr Klein! — Abg. Kähler [SPD]: Das ist eine böse Unterstellung! Herr Präsident, das ist unerhört!)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Klein, ich habe eine Frage an Sie! Ich bin gerade darauf hingewiesen worden, wir haben es oben nicht feststellen können, daß ein Ausdruck gefallen sein soll, daß der Abgeordnete Fluß nicht rechtsstaatlich denke oder nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stünde — in dieser Form.

Ich würde nur mal feststellen wollen, wieweit Sie diese Äußerung machen. Ich meine, jedermann in diesem Hause denkt rechtsstaatlich, befindet sich auf dem Boden des Grundgesetzes. Meine Damen und Herren, ich kann mir nicht vorstellen, daß es Parlamentarier gibt, die außerhalb der parlamentarischen Ordnung stehen. Ich muß erst mal unterstellen, daß jeder Abgeordnete sich zum Parlamentarismus und seiner Ordnung bekennt.

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, das können Sie aber allenfalls nur subjektiv unterstellen. In dieser gefährlichen Entwicklung, in der sich die deutsche parlamentarische Demokratie befindet und sich auch und gerade Kommunisten verbal auf den Boden des Grundgesetzes stellen, muß es einem Politiker überlassen bleiben, erlaubt sein zu sagen, wenn sie das machen, was zum Beispiel in den Juso-Kongressen formal beschlossen worden ist, dann stehen sie nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes. Das tue ich hiermit, und dazu stehe ich,

(Beifall bei der CDU)

und ich habe noch keinen Jungsozialisten in Bremen gehört, der sich von den Beschlüssen der Juso-Kongresse distanziert hätte. Natürlich tritt Herr Kollege —

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Klein, jetzt müßte ich noch einmal weiter fragen,

(Pfui-Rufe bei der SPD — Der größte Teil der SPD-Fraktion verläßt den Sitzungssaal — Abg. Klein [CDU] verläßt das Rednerpult)

Herr Abgeordneter Klein, Sie haben gerade gesagt, wenn das und das gegeben ist, dann steht er nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes. Kann ich mal hören, was das für Bedingungen sind?

(Abg. Klein [CDU]: Herr Präsident! Sie sprechen zur Sache und nicht zur Geschäftslage! — Weitere Erklärungen —)

(C)

(D)

(A) Herr Abgeordneter Klein, das möchte ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen! Ich bin dabei festzustellen, ob eine formale Beleidigung ausgesprochen wurde, ja oder nein, und da muß ich nach Paragraph 46 der Geschäftsordnung tätig werden. Darum geht es hier! Herr Abgeordneter Klein, es tut mir leid, wenn ich diese Frage nicht klären kann, muß ich einen Ordnungsruf erteilen.

Wir fahren fort in der Beratung.

Das Wort hat der Abgeordnete John.

(Zurufe)

War das eine Meldung zur Geschäftsordnung? — Dann bitte ich, eine Korrektur vornehmen zu dürfen:

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Horst-Werner Franke.

Abg. Franke (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir würden gern geprüft haben, ob hier wirklich vom Kollegen Klein der Vorwurf gegen Abgeordnete — es ging dann ja weiter, nicht nur auf den Abgeordneten Fluß bezogen —, gegenüber Sozialdemokraten erhoben worden ist, sie stünden nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes. Das wird sicherlich durch eine Prüfung des Protokolls festzustellen sein.

Bis das festgestellt ist und wir dementsprechend uns beraten haben, sehen wir uns nicht mehr imstande, an einer Diskussion mit der CDU teilzunehmen. Wir bitten solange um eine Unterbrechung der Sitzung.

(B)

(Abg. Klein [CDU]: Zur Geschäftsordnung!)

Präsident Dr. Klink: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie haben mir gerade einen Ordnungsruf erteilt mit der Begründung, Sie müßten klären, da Sie nicht klären könnten, ob ich das oder das gesagt hätte. Ich bitte, auch diese Entscheidung zu überprüfen, denn wenn Sie noch etwas klären wollen, können Sie auf einen ungeklärten Sachverhalt keinen Ordnungsruf stützen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind im übrigen mit einer Unterbrechung der Sitzung einverstanden.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, damit stelle ich fest, daß der Abgeordnete Klein den Ordnungsruf annimmt.

(Widerspruch bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Nein, habe ich nicht gesagt, entschuldigen Sie, Herr Präsident, das ist eine nicht mehr —)

Entschuldigung, ich habe erklärt, weil ich nicht in der Lage bin, festzustellen, wie die Ausführungen

waren und ich auf Befragen keine Antwort bekommen habe, erteile ich dem Abgeordneten Klein einen Ordnungsruf. Daraufhin sagen Sie mir jetzt, weil es nicht geklärt werden konnte und Sie mir einen Ordnungsruf erteilt haben, ist die Sache erledigt.

(Abg. Klein [CDU]: Nein! Das habe ich nicht gesagt! — Abg. John [FDP]: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete John das Wort.

(Abg. Klein [CDU]: Nun wird es aber heiter!)

Abg. John (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn zwei Abgeordnete, der eine von der SPD- und der andere von der CDU-Fraktion, hier einen Streit miteinander haben, dann muß dies durch das Präsidium geklärt werden. Wenn die Mehrheit der einen Fraktion es für nötig hält, den Raum zu verlassen, dann sehe ich nicht ein, weshalb Zeit verloren und die Sitzung unterbrochen werden soll.

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, daß die Sitzung fortgeführt werden soll. In solchen Fällen ist es parlamentarisch durchaus üblich, daß Beobachter der Fraktion, die den Raum verlassen hat, im Saal bleiben. Wir bitten darum, daß die Sitzung fortgeführt wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Dr. Klink: Es ist ein Antrag auf Unterbrechung der Sitzung gestellt worden.

(Zurufe — Abg. Franke [SPD]: Ich möchte zur Geschäftsordnung noch einmal sprechen! — Die SPD-Fraktion betritt wieder den Plenarsaal — Lachen bei der CDU)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Horst-Werner Franke.

Abg. Franke (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man einem Abgeordneten in diesem Hause oder wenn man sogar einer Gruppe von Abgeordneten, denn, wie ich — das wird noch zu prüfen sein — glaube, mich an die Worte des Abgeordneten Klein erinnern zu können, hat er ja praktisch allen Abgeordneten, die unter 35 Jahre und SPD-Mitglieder sind, hier unterstellt, sie stünden nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes,

(Abg. Koschek [CDU]: Stimmt doch nicht!)

wenn ein Mitglied dieses Hauses in der Debatte sich zu solchen parlamentarischen Entgleisungen verleiten läßt,

(Unruhe bei der CDU)

(C)

(D)

(A) dann muß das, meine ich, einmal von der beleidigten Fraktion beraten werden, damit sie ihre Konsequenzen daraus ziehen kann.

Erstens also: Prüfung des Protokollauszugs, zweitens dann Beratung in unserer Fraktion! So lange können wir mit dem Abgeordneten Klein eine Debatte nicht fortführen, als wenn nichts geschehen sei.

(Unruhe bei der CDU — Beifall bei der SPD)

Meine Fraktion beantragt deswegen Unterbrechung der Sitzung.

Präsident Dr. Klink: Es ist ein Antrag auf Unterbrechung der Sitzung gestellt worden.

Ich möchte ferner darauf hinweisen, da vorhin nicht alle Abgeordneten da waren, daß wegen der gefallenen Äußerung der Abgeordnete Klein einen Ordnungsruf erhalten hat.

Der Antrag auf Unterbrechung ist gestellt.

Ich lasse über diesen Antrag abstimmen.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und FDP)

(B) Das erstere war die Mehrheit. Damit ist die Sitzung unterbrochen. Ich schlage vor, die Sitzung um 17.15 Uhr fortzusetzen.

(Unterbrechung der Sitzung 16.38 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 18.37 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Wir setzen die unterbrochene Beratung der Bürgerschaft (Landtag) fort.

(Abg. John [FDP]: Zur Geschäftsordnung!)

Wir befinden uns in der Beratung des Punktes 13. Sie wissen, daß wir aufgrund eines Vorgangs eine Unterbrechung hatten. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß der Paragraph 46 Absatz 3 vorschreibt: „Der Ordnungsruf und der Anlaß hierzu dürfen von den nachfolgenden Rednern nicht erörtert werden.“

Das Präsidium hat sich mit der anstehenden Frage befaßt. Es liegt jetzt auch ein Protokollauszug vor, so daß sich jedermann über den authentischen Protokollauszug informieren kann.

Wir setzen die Beratungen fort.

(Abg. Franke [SPD]: Zur Geschäftsordnung! — Zuruf von der CDU: Herr John war als erster! — Unruhe)

(C) Ja, meine Damen und Herren, es kommt darauf an, wann ich die Beratung eröffne, sonst könnte man ja sonstwann Meldungen zur Geschäftsordnung abgeben. Es kommt jeder mal zu Wort.

(Abg. Franke [SPD]: Als Sie die Beratung eröffnet haben, habe ich mich gemeldet! — Zurufe von der CDU)

Ich gebe das Wort zur Geschäftsordnung dem Abgeordneten Horst-Werner Franke.

(Zurufe von CDU und FDP — Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich bitte, hier eines klarzustellen, ich werde es im Präsidium klären: Es ist richtig, daß sich der Abgeordnete John zuerst gemeldet hatte, aber zu einem Zeitpunkt, als die Beratung noch nicht eröffnet war. Da kann man doch keine Wortmeldung annehmen. Da könnten Sie ja wahrscheinlich heute um drei schon Wortmeldungen aufgeben und erwarten dann, daß ich sie zum gegebenen Zeitpunkt aufnehme.

(Abg. Fischer [CDU]: Sie haben doch gesagt, wir setzen die Beratung fort! — Unruhe)

Herr John, Sie bekommen gleich das Wort, nachdem der Abgeordnete Franke gesprochen hat.

Bitte sehr, Herr Franke!

(D)

Abg. Franke (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben die Unterbrechung dazu benutzt, das Protokoll dieser Phase der Bürgerschaftssitzung ausführlich zu prüfen. Wir sehen uns nach Prüfung dessen, was das Protokoll hergibt, nicht mehr imstande, die heutige Sitzung zusammen mit der Opposition, mit der CDU-Opposition, fortzusetzen. Meine Fraktion beantragt daher die Vertagung der heutigen Sitzung.

(Abg. Kähler [SPD]: Und Überweisung!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, uns scheint das Vorkommnis, das ich materiell jetzt nicht erörtern werde, weil es durch einen Ordnungsruf abgeschlossen ist, schwerwiegend genug zu sein, um gleichzeitig zu beantragen, diesen Vorgang im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß zu beraten, was ich hiermit beantrage.

Präsident Dr. Klink: Es liegen hier zwei Anträge vor: Einmal ein Vertagungsantrag, und dann ein Überweisungsantrag. Ich werde diesen Antrag sofort zur Aussprache stellen.

Ich erteile jetzt zu einem Beitrag zur Geschäftsordnung das Wort dem Abgeordneten John.

Abg. John (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den achteinhalb Jahren, die ich diesem Hause angehöre, habe ich noch nicht einen

- (A) so eklatanten Mißbrauch der absoluten Mehrheit einer Partei erlebt.

(Starker anhaltender Beifall bei FDP und CDU)

Namens der FDP-Fraktion muß ich ganz energisch gegen das Verfahren protestieren, das in den letzten zwei Stunden hier angewendet worden ist. Das mindeste, was man hätte erwarten können, ist, daß eine Interfraktionelle Sitzung einberufen worden wäre, um sich darüber zu verständigen, wie in diesem Hause heute weiter verhandelt werden sollte.

(Starker Beifall bei FDP und CDU)

Das ist bedauerlicherweise nicht geschehen.

Wir werden als Fraktion der FDP Gelegenheit nehmen, in der nächsten interfraktionellen Besprechung, von der ich hoffe, daß sie sehr bald einberufen wird, darauf zurückkommen. Ich halte es für unmöglich in einer parlamentarischen Demokratie, daß eine Parlamentsfraktion, die im Besitz der absoluten Mehrheit ist, glaubt, wenn ihr es paßt, die Beratung solange zu vertagen, wie es in ihrem Ermessen liegt. Das, meine Damen und Herren, ist ein schlechter parlamentarischer Stil, gegen den wir ganz energisch protestieren!

(Erneut starker anhaltender Beifall bei FDP und CDU)

- (B) **Präsident Dr. Klink:** Herr John! — Nun beruhigen Sie sich mal mit dem Klatschen! Nun beruhigen Sie sich mal!

(Abg. Neumann [CDU]: Wir können solange klatschen, wie wir wollen! — Unruhe)

Herr Abgeordneter John! So, wenn jetzt Ruhe ins Haus gekommen ist! Das Präsidium ist an die Geschäftsordnung gebunden. Wir haben so lange Zeit benötigt, weil wir die Vorschrift des Paragraphen 62 Absatz 3 einhalten müssen. Ich werde Ihnen das einmal vorlesen. „Stenographische Aufnahmen von Reden dürfen vor ihrer Prüfung durch den Redner einem anderen als dem Präsidenten nur mit Zustimmung des Redners zur Einsicht überlassen werden.“

Ich bitte Sie — vielleicht können Sie das intern einmal tun —, fragen Sie einmal den Kollegen von der CDU-Fraktion, der in dieser Frage mit uns zusammengesessen hat, wie lange wir gesessen haben, um den Sachverhalt zu klären, um dann überhaupt eine Grundlage in die Dinge hineinzubekommen.

Herr John, was Sie wollen, wäre, daß wir in eine Interfraktionelle Sitzung hineingegangen wären, ohne überhaupt eine feste Grundlage zu haben,

(Abg. John [FDP]: Über den Gang der Verhandlungen!)

und so etwas, glaube ich, werden Sie vom Präsidium nicht erwarten können.

- (C) Wir sind in einer Geschäftsordnungsdebatte. Es ist ein Antrag vom Abgeordneten Franke auf Vertagung vorgelegt worden. Dazu heißt es in der Geschäftsordnung in Paragraph 39 Absatz 2: „Anträge auf Vertagung... sind jederzeit sofort zur Verhandlung zu stellen... Zu solchen Anträgen erhalten nicht mehr als zwei Redner dafür und zwei dagegen das Wort. Die Abstimmung über einen Antrag auf Vertagung geht derjenigen über den Antrag auf Schluß der Beratung voraus.“

Das heißt, ich frage jetzt, wer gegen diesen Antrag sprechen möchte und wer für diesen Antrag sprechen möchte. Ich kann noch je zwei Wortmeldungen annehmen.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Cassens.

Abg. Dr. Cassens (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat ist es ein sehr ungewöhnlicher Vorgang, daß die SPD-Fraktion die übrigen Kollegen zwei Stunden lang warten läßt, um dann zu erklären: Wir wollen Vertagung.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Dr. Cassens, Sie waren doch selbst mit dabei, als wir zusammengesessen haben. Sie wissen, das war nicht eine Fraktion, sondern das war im Grunde genommen Schuld, wenn Sie so wollen, des Präsidiums, weil wir besorgt waren, daß keine Veröffentlichung hinauskam, die nicht die Billigung eines Mitglieds Ihrer Fraktion erhält. Das war doch das Problem. Deswegen haben wir gewartet, und Sie waren dabei. Hier entsteht jetzt der Eindruck, als würde die SPD-Fraktion verzögern.

(D)

Abg. Dr. Cassens (CDU): Diese Ihre Argumentation besteht nicht. Das Entscheidende ist, daß wir als Kollegen zwei Stunden lang gewartet haben. Jetzt kommen Sie mit dem überraschenden Vorgang, daß Sie diesen Sachverhalt zum Anlaß nehmen zu einer Vertagung. Meine Fraktion widerspricht diesem Vertagungsantrag.

Der Präsident hat auf Paragraph 46 Absatz 3 hingewiesen. Wir haben es hier mit einem Vorgang zu tun, der durch einen Ordnungsruf geahndet worden ist. Nicht zu Unrecht sagt ja die Geschäftsordnung aus wohlwollenen Gründen, daß hierzu von den nachfolgenden Rednern der Sachverhalt nicht mehr erörtert werden soll. Ich sehe in diesem Ihrem Verfahren gleichwohl einen Nachvollzug, das heißt, Sie wollen Paragraph 46 Absatz 3 überspringen, um Ihre Argumente, die Sie haben, fortsetzen zu können.

Wir sehen den Sachverhalt so: Der Präsident hat den Ordnungsruf erteilt. Wir müssen die Geschäftsordnung, Herr Präsident, mit Punkt und Komma einhalten. Daher sehe ich in diesem Ihrem Antrag einen geschäftsordnungswidrigen Antrag. Wir beantragen, in der Sache fortzufahren, weil wir nur dann auf dem Boden unserer Geschäftsordnung stehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Wünscht noch jemand zur Geschäftsordnung das Wort dafür oder dagegen?

(Abg. **Frank e** [SPD]: Ich wollte auf Herrn John antworten!)

Nein, das geht jetzt nicht! Möchte jemand dafür oder dagegen sprechen?

(Abg. **Gassdorf** [CDU]: Ich habe eine Frage, das ist mir nicht ganz klar: Wann soll denn fortgesetzt werden?)

Der Vorstand der Bürgerschaft wird zusammenkommen und wird dann beraten. Ich könnte mir vorstellen, daß fortgesetzt wird am 14. Juni 1972 in der nächsten ordentlichen Sitzung.

Meine Damen und Herren, will sich noch jemand geschäftsordnungsmäßig äußern?

Das Wort zu dem Geschäftsordnungsantrag hat der Abgeordnete Filzen.

Abg. **Filzen** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sozialdemokratische Partei hat beantragt, diese Sitzung abubrechen, zu vertagen, und hat ausdrücklich durch das Wort des Herrn Franke erklärt, daß sie nicht bereit ist, vorerst mit der CDU-Fraktion weiter zu tagen. Den Antrag auf Vertagung hätte ich verstanden, die Prämisse dazu verstehe ich aber nicht, und wir werden uns überlegen, wann wir es für richtig halten, mit Ihnen wieder zusammen zu tagen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen zum Vertagungsantrag liegen nicht vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und FDP — Abg. **Dr. Cassens** [CDU]: Das ist ein gesetzwidriger Beschluß, der hier gefaßt wird!)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) — —

Herr Abgeordneter Dr. Cassens, ich weise das zurück, daß das ein gesetzwidriger Beschluß ist! Die Bürgerschaft ist autonom. Wir haben den Paragraphen 46 Absatz 3 strikt eingehalten.

(Abg. **John** [FDP]: Eben nicht, Herr Präsident!)

Es ist kein Bezug genommen worden auf den Vorgang selbst.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Das ist eine Begründung dafür!)

(C) Wenn eine Fraktion eine Vertagung beantragt, dann ist es in das Benehmen des Hauses gestellt, diesem Vertagungsantrag zu entsprechen oder nicht. Es bleibt Ihnen unbenommen, diese Frage im Verfassungs- und Geschäftsausschuß zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, ich kann jetzt nur den Beschluß vollziehen. Ich vertage diese Sitzung. Wir werden, wenn keine anderen Überlegungen uns leiten lassen, termingemäß am 14. Juni 1972 wieder in die Beratung der Bürgerschaft (Landtag) eintreten.

(Abg. **Dr. Cassens** [CDU]: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Cassens.

Abg. **Dr. Cassens** (CDU): Herr Präsident, Sie haben vorhin davon gesprochen, daß die Bürgerschaft autonom ist, einen Vertagungsantrag zu stellen. Das ist sicherlich richtig. Aber diese Bürgerschaft ist nicht autonom, wenn sie gegen gesetzliche Vorschriften verstößt. Ich habe in meiner Argumentation sehr deutlich gemacht, warum ich in diesem Antrag einen Verstoß gegen Paragraph 46 Absatz 3 der Geschäftsordnung sehe. Ich möchte Sie, Herr Präsident, bitten, diesen meinen Vorwurf zur Kenntnis zu nehmen.

(D) **Präsident Dr. Klink:** Herr Dr. Cassens, ich habe ihn bereits zur Kenntnis genommen, und ich habe Ihnen gesagt, daß ich durchaus bereit bin, diese Frage im Verfassungs- und Geschäftsausschuß zu diskutieren. Es ist Ihr Recht, diese Frage anzusprechen. Ich sage eindeutig meine Meinung: Für mich gibt es keinen Zweifel, daß selbstverständlich eine Fraktion einen Vertagungsantrag stellen kann.

Jetzt hat aber noch das Wort der Abgeordnete Hardegen — das war heute morgen besprochen —, und zwar gemäß Paragraph 42 Absatz 2 beziehungsweise Absatz 3 der Geschäftsordnung.

Abg. **Hardegen** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Gemäß Paragraph 42 Absätze 2 und 3 der Geschäftsordnung habe ich folgende persönliche Erklärung zur Abwehr eines persönlichen Angriffs abzugeben:

Herr Bürgermeister Koschnick hat gestern nachmittag meine Anfrage vom Vormittag erneut zitiert. Als ich ihm in einem Zwischenruf, der von den Stenographen nur unvollständig erfaßt wurde, erklärte, daß er den Kernpunkt meiner Frage, nämlich die roten Fahnen im Rathaus, überhaupt nicht beantwortet habe, erwiderte Bürgermeister Koschnick mit einer massiven persönlichen Beleidigung, mit der er gleichzeitig die gesamte Deutsche Kriegsmarine des Zweiten Weltkrieges beleidigte. Die Parallelen zwischen den roten Fahnen von 1918 und heute liegen sicherlich nicht bei der Marine.

(A) Ich halte es auch grundsätzlich für unparlamentarisch, einen Abgeordneten, der sein Mandat als Verpflichtung der ganzen Bevölkerung gegenüber ausübt, mit seiner beruflichen Tätigkeit in Verbindung zu bringen, besonders, wenn er diesen Beruf in ehrenhafter Form ausgeübt hat. In diesem Fall aber die Verbindung in beleidigender Form zu äußern, ist mir unverständlich.

Wenn 1918 auch in der Kaiserlichen Marine rote Fahnen gezeigt wurden, so haben doch die Reichsmarine und die Kriegsmarine, denen ich angehört habe, keinerlei Anlaß gegeben, hier noch eine Verbindung herzustellen, und sie haben nie unter einem solchen Trauma gelitten. Die Leistungen der Kriegsmarine und ihre saubere innere Haltung sind niemals bestritten und selbst im Nürnberger Pro-

zeß von allen ehemaligen Feindmächten ausdrücklich bestätigt worden.

Ich würde es daher begrüßen, wenn Herr Bürgermeister Koschnick diese seine persönlichen und allgemeinen beleidigenden Äußerungen vor diesem Hause zurücknimmt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren! Ich meine, daß der Vertagungsantrag deutlich eine Willenskundgebung des Hauses gezeigt hat.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Schluß der Sitzung 18.53 Uhr)

(B)

(D)

